



Landtag von Baden-Württemberg

92. Sitzung

12. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 20. Juli 2000 • Haus des Landtags

Beginn: 9:33 Uhr

Schluss: 15:52 Uhr

INHALT

- Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten 7237
- Ausscheiden des Abg. Kuhn 7237
- Eintritt des Abg. Phillip Müller 7237
- Glückwünsche zum Geburtstag der Abg. Birgit Kipfer . 7237
- Begrüßung einer Gruppe von Schülerinnen und Schülern des Gymnasiums Münsingen mit ihren Lehrern .. 7258
1. Große Anfrage der Fraktion Die Republikaner mit der Antwort der Landesregierung – **Einzelhandel in Baden-Württemberg** – Drucksache 12/1933 .. 7237
- Abg. Deuschle REP 7237, 7245
- Abg. Rosely Schweizer CDU 7238
- Abg. Schmiedel SPD 7239
- Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen .. 7240
- Abg. Hofer FDP/DVP 7241
- Minister Dr. Döring 7242
2. Aktuelle Debatte – **Strukturreform der Bundeswehr und Erhalt der Standorte im Land** – beantragt von der Fraktion der CDU 7246
- Abg. Haasis CDU 7246
- Abg. Brechtken SPD 7248
- Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen . 7249, 7260
- Abg. Dr. Glück FDP/DVP 7251
- Abg. Dr. Schlierer REP 7251, 7262
- Abg. Behringer CDU 7252
- Ministerpräsident Teufel 7253
- Abg. Maurer SPD 7258
- Abg. Maurer SPD (zur Geschäftsordnung) 7264
3. **Vereidigung von Mitgliedern des Staatsgerichtshofs** 7265
4. Aktuelle Debatte – **Katastrophales Management des Landes bei der Ausweisung von FFH- und Vogelschutzgebieten in Baden-Württemberg** – beantragt von der Fraktion der SPD 7265
- Abg. Dr. Caroli SPD 7265, 7270
- Abg. Hauk CDU 7266, 7271
- Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen . 7267, 7273
- Abg. Dr. Glück FDP/DVP 7269, 7274
- Abg. König REP 7269, 7274
- Ministerin Gerdi Staiblin 7275
- Abg. Dr. Caroli SPD (persönliche Erklärung) ... 7277
5. **Fragestunde** – Drucksache 12/5353
- 5.1 Mündliche Anfrage des Abg. Ulrich Deuschle REP – **Abschiebep Praxis bei straffälligen EU-Ausländern** 7278
- Abg. Deuschle REP 7278, 7279
- Minister Dr. Schäuble 7278, 7279
- Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen 7278, 7279
- Abg. Krisch REP 7279
- 5.2 Mündliche Anfrage des Abg. Norbert Zeller SPD – **Schaffung eines länderübergreifenden Hauptzollamtes Bodensee** 7279
- Abg. Zeller SPD 7279, 7280
- Staatssekretär Rückert 7279, 7280, 7281
- Abg. Bebbler SPD 7281

5.3 Mündliche Anfrage des Abg. Norbert Zeller SPD – Hagelschäden in der Bodenseeregion	7281	gitalen Signatur (e-Bürgerdienste-Gesetz) – Drucksache 12/5240	
Abg. Zeller SPD	7281, 7283	Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 12/5312	7291
Ministerin Gerdi Staiblin	7281, 7282, 7283	Abg. Rech CDU	7291
Abg. Dagenbach REP	7282	Abg. Rosa Grünstein SPD	7292
Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen	7282	Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen	7293
Abg. Krisch REP	7283	Abg. Veigel FDP/DVP	7293
Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen	7283	Abg. Käs REP	7293
		Minister Dr. Schäuble	7293
5.4 Mündliche Anfrage des Abg. Ulrich Deuschle REP – Tour de France – Kostenübernahme	7283	Beschluss	7294
Abg. Deuschle REP	7283, 7284	8. Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 12/5309, 12/5340, 12/5341, 12/5342	7294
Staatssekretär Mappus	7284	Beschluss	7294
Abg. Brechtken SPD	7284	9. Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksachen 12/5311, 12/5348	7294
Abg. Dagenbach REP	7284	Beschluss	7294
5.5 Mündliche Anfrage des Abg. Wolfram Krisch REP – Gesetz über die Stiftungsinitiative „Erinnerung – Verantwortung – Zukunft“	7284	10. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 13. Juni 2000, Az.: 2 BvF 1/00 – Verfassungsgerichtliches Verfahren zur Überprüfung der Entscheidung des Hessischen Wahlprüfungsgerichts – Drucksache 12/5345	7294
Abg. Krisch REP	7285, 7286	Beschluss	7294
Staatssekretär Rückert	7285, 7286	11. Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialaus- schusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 23. Juni 2000 – Unterrichtung des Land- tags in EU-Angelegenheiten; Mitteilung der Kommission der Europäischen Gemeinschaf- ten „Die Beschäftigung vor Ort fördern – Eine lokale Dimension für die europäische Beschäftigungsstrategie“ – Drucksachen 12/5303, 12/5316	7294
Abg. Dagenbach REP	7285, 7286	Beschluss	7294
Abg. Schonath REP	7285	Nächste Sitzung	7294
Abg. König REP	7286		
6. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Abgeord- netengesetzes – Drucksache 12/5282			
Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 12/5344	7287		
Abg. Kurz CDU	7287		
Abg. Birzele SPD	7287		
Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen	7288		
Abg. Drautz FDP/DVP	7289		
Abg. Deuschle REP	7290		
Beschluss	7291		
7. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landes- regierung – Gesetz zur Erprobung elektroni- scher Bürgerdienste unter Verwendung der di-			

Protokoll

über die 92. Sitzung vom 20. Juli 2000

Beginn: 9:33 Uhr

Präsident Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 92. Sitzung des 12. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Urlaub für heute habe ich den Herren Abg. Döpfer, Kleinmann und Teßmer erteilt.

Krank gemeldet sind die Herren Abg. Brinkmann und Herbricht.

Dienstlich verhindert ist die Ministerin für Kultus, Jugend und Sport, Frau Dr. Schavan.

Meine Damen und Herren, Herr Abg. Fritz Kuhn hat sein Landtagsmandat zum 27. Juni dieses Jahres niedergelegt. Der Landeswahlleiter, den ich davon unterrichtet habe, hat mir mit Schreiben vom 19. Juli mitgeteilt, dass das Mandat auf Herrn Phillip Müller, Stuttgart, übergegangen ist. Er hat die Wahl am 19. Juli angenommen und damit von diesem Tag an die rechtliche Stellung eines Abgeordneten des 12. Landtags von Baden-Württemberg erworben.

Herr Müller, ich begrüße Sie im Namen des ganzen Hauses sehr herzlich und wünsche Ihnen für Ihre Arbeit als Abgeordneter viel Erfolg.

(Beifall bei allen Fraktionen – Abg. Phillip Müller
Bündnis 90/Die Grünen: Danke!)

Meine Damen und Herren, heute hat Frau Kollegin Kipfer Geburtstag. Im Namen des ganzen Hauses gratuliere ich ihr

(Beifall des Abg. Schmiedel SPD)

in Abwesenheit

(Heiterkeit)

sehr herzlich und wünsche ihr alles Gute.

Wir treten dann in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Große Anfrage der Fraktion Die Republikaner mit der Antwort der Landesregierung – Einzelhandel in Baden-Württemberg – Drucksache 12/1933

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, für das Schlusswort fünf Minuten.

In der Aussprache erteile ich Herrn Abg. Deuschle das Wort.

Abg. Deuschle REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Einzelhandel in Baden-Württemberg beschäftigt in 54 000 Betrieben 260 000 Mitarbeiter, stellt 16 000 Ausbildungsplätze zur Verfügung und setzt jährlich ca. 90 Milliarden DM um. Er steht seit Jahren in einem sehr starken Konzentrationsprozess. Das zeigt sich zum Beispiel am Marktanteil der mittelständischen Facheinzelhandelsbetriebe, der von 55 % im Jahr 1980 auf 36 % im Jahr 1995 zurückgegangen ist. Für 2010 wird dieser Wert deutschlandweit nach Schätzungen des Hauptverbands des Deutschen Einzelhandels auf 25 % zurückgehen.

Was Baden-Württemberg betrifft, sind die Zahlen ähnlich: 35 000 Unternehmen, das heißt also ca. 60 % der Betriebe, haben nur noch einen Anteil von knapp 7 % des Gesamtumsatzes. Andererseits decken 250 Unternehmen mit jeweils rund 25 Millionen DM Umsatz zwei Drittel – 67 % – des Gesamtumsatzes ab.

Die kleinen und mittleren Unternehmen mit ihren strukturellen Nachteilen, wie zum Beispiel einem geringen Einkaufsvolumen, der Verdrängung aus den besseren Standorten in der Innenstadt, der Unterkapitalisierung mit Folgen für die Kreditbeschaffung, drohen immer mehr zu den Verlierern des Verdrängungswettbewerbs im Einzelhandelsbereich zu werden.

Diese Entwicklung widerlegt alle, die der Auffassung waren, dass der Einzelhandel aufgrund seiner lokalen Abhängigkeit von Einkaufs- und Konsumgewohnheiten am wenigsten globalisierungsanfällig sei. In der jüngsten Zeit zeigt sich sehr deutlich, welche Wirkungen vom Globalisierungsschub durch den EU-Binnenmarkt ausgehen. Im Rahmen dieses EU-Binnenmarkts haben expansionistische Strategien von Einzelhandelsgiganten wie dem französischen Carrefour oder dem US-amerikanischen Konzern Wal-Mart diese neuen Möglichkeiten.

Sollte es zum Beispiel Wal-Mart gelingen, den deutschen Lebensmittelkonzern Metro zu übernehmen, wäre Wal-Mart mit einem Schlag Marktführer in Deutschland. Damit würde sich auch die jetzige Struktur im Lebensmitteleinzelhandel nochmals ganz erheblich verändern. Die Marktanteile würden noch stärker auf einige wenige größere Unternehmen konzentriert.

Auch wenn der Verbraucher kurzfristig von dieser Entwicklung in Form niedrigerer Preise profitieren wird, wird er langfristig keine Freude haben, denn spätestens nach dem Ende der so genannten Marktberingung wird ihm die Rechnung mit höheren Preisen präsentiert.

(Deuschle)

Schon jetzt ist festzustellen, dass sich der Lebensmitteleinzelhandel aus der Fläche zurückzieht. In vielen Gemeinden, aber interessanterweise jetzt auch in immer mehr Stadtbezirken einzelner Großstädte – ab 1 500 bis 2 000 Einwohnern – gibt es schon keine Geschäfte mehr. Dazu kommt, dass Kleinbetriebe mit einem Einkaufsvolumen von bis zu einer Dreiviertelmillion Mark es immer schwerer haben, überhaupt noch Ware zu bekommen, da es für Lieferanten immer unattraktiver wird, derartige Betriebe zu beliefern.

Aber auch das Verbraucherverhalten forciert diese Entwicklung. Die Erlebniswelten auf der grünen Wiese haben im Vergleich zu den Geschäften im Stadtzentrum entscheidende Kostenvorteile, die sich natürlich auch auf den Endpreis auswirken. Die Geschäfte im Stadtzentrum, wo in der Regel hohe Mieten erhoben werden, können da oft nicht mithalten.

Erschwerend hinzu kommt das sehr strenge Vorgehen gegen den Individualverkehr in den Innenstädten. Wir Republikaner sind der Meinung, dass der öffentliche Nahverkehr zwar seine Berechtigung hat, aber das Auto nicht ersetzen kann. Wer dennoch an der Verdrängung des Autos aus den Innenstädten arbeitet, ist verantwortlich dafür, dass die Geschäfte dort mehr und mehr um ihre Existenz kämpfen müssen.

Die Ertragssituation dieser Geschäfte ist zurzeit so schlecht, dass viele Betriebe mit der Eigenfinanzierung nicht mehr zurechtkommen und deswegen eine notwendige Modernisierung oder Erweiterung nicht mehr selbst finanzieren können. Die Betriebe sind dann also zunehmend auf Fremdfinanzierung angewiesen. Hierin liegt das Problem. Viele Betriebe haben immer größere Schwierigkeiten, Herr Pfister, vernünftige Finanzierungskonditionen von den Banken zu bekommen. Deshalb fordern wir Republikaner auch die Landesregierung, Herr Döring, auf,

(Minister Dr. Döring: Ja!)

die mittelständischen Finanzierungseinrichtungen wie die Bürgerschaftsbank oder die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft stärker zu fördern als bisher.

(Beifall bei den Republikanern)

Meine Damen und Herren, bei der Errichtung von Einzelhandels großflächen auf der grünen Wiese ist die Politik gefordert. Das Konkurrenzgerangel zwischen den Gemeinden um die Ansiedlung immer neuer Erlebnisparks hat inzwischen nicht mehr hinnehmbare Folgen angenommen. Wenn dieser Entwicklung nicht entgegengesteuert wird, droht nicht nur die Verödung der Innenstädte, sondern dann drohen Versorgungsengpässe im ländlichen Raum, aber auch in manchen Stadtbezirken. Diese Entwicklung kann auch nicht im Sinne des Landes Baden-Württemberg sein, Herr Wirtschaftsminister.

Immerhin gibt es inzwischen eine Reihe von Vorschlägen, wie dieser Entwicklung begegnet werden kann. Konkret meinen wir Republikaner zum Beispiel den Vorschlag, beim großflächigen Einzelhandel die Planungshoheit der Kommunen gegenüber der Region einzuschränken. In diesem Zusammenhang hat auch der Verband Region Stuttgart einen meines Erachtens vorbildlichen Weg gewiesen.

Die Region will durch ein mit den Gemeinden und Städten abgestimmtes Märktekonzept diesen Wildwuchs in geordnete Bahnen lenken und durch die Festlegung im Regionalplan geordnete Strukturen schaffen. Ich meine, dass dieses Vorgehen immerhin eine gewisse kleine Chance für die vielen Einzelhändler in den Ortskernen darstellt, die von dem Verdrängungswettbewerb auf den Grünflächen mehr und mehr bedroht werden.

Inwieweit auch das Konzept des City-Marketing, bei dem wohl auch das Wirtschaftsministerium etwas beteiligt war, Herr Minister,

(Minister Dr. Döring: Ja!)

hier weiterhelfen kann, das wird sich in der Praxis sehr schnell vor Ort entscheiden. Das kann an einem Ort klappen, und an einem anderen Ort braucht das bei weitem nicht zu klappen.

Ich möchte jetzt zum Schluss noch einmal ganz deutlich sagen: Die Fraktion Die Republikaner wird sich auch weiterhin für die berechtigten Anliegen der Einzelhändler einsetzen und sich dagegen wenden, dass diese zu Opfern der Globalisierung werden.

(Beifall bei den Republikanern und des Abg. Bloemcke CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Schweizer.

Abg. Rosely Schweizer CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese Große Anfrage Drucksache 12/1933 ist zwar in vielen Punkten schon überholt, aber sie zeigt doch einige Trends auf, die sich in den letzten zwei Jahren noch deutlich verstärkt haben. Sie haben das schon gesagt, Herr Deuschle: Es geht um den Trend zur grünen Wiese, den Trend zur Großfläche, den Trend zum Erlebnispark, zum Einzelhandel in Verbindung mit Großkinos, zu Sport- und Spaeinrichtungen, Veranstaltungs- und Musical-Palästen in Kombination mit Handel.

Warum? Das hat mehrere Gründe. Der Mobilitätsgrad der Bevölkerung, und zwar aller Altersgruppen, hat sich sicher noch erhöht, und die Bequemlichkeit auch. Mit Sicherheit verändert sich der Lebensstil. Der Trend geht mehr dahin, dass wir nicht nur einkaufen wollen, sondern beim Einkaufen auch etwas erleben wollen. Wir wollen die Kombination zwischen Gastronomie, Einzelhandel und Freizeitangeboten, eben ein insgesamt spannendes Angebot. Auch die Arbeitszeiten haben sich verändert. Die Flexibilisierung der Arbeitswelt hat uns andere zeitliche Freiräume gegeben. Dadurch nehmen wir manchmal auch längere Entfernungen in Kauf. Außerdem nutzt der Konsument zunehmend die neuen Medien. Der Konsument wendet sich nicht nur den neuen Medien, sondern auch einer ganzen Reihe anderer Handelsschienen zu.

Wie reagiert der Handel jetzt auf diese Situation? Eine große Wirtschaftszeitung hat neulich geschrieben: „Der deutsche Lebensmittelhandel betreibt kollektiven Selbstmord.“ Das ist im Augenblick auch die Situation. Daran ist der Handel selber aber ganz intensiv beteiligt.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: So ist es!)

(Rosely Schweizer)

Es herrscht ein gnadenloser Preiskampf, sodass sehr viele aufgeben müssen, inzwischen nicht nur die Kleineren, sondern auch Große. Wenn Wal-Mart mit Metro verhandelt, dann reden wir von einer Kaufpreisvorstellung von 40 Milliarden Dollar. Das sind Größenordnungen, bei denen nur noch wenige auf der Welt mitbieten können.

Es geht also um Flächenzuwachs und Umsatzzuwachs, koste es, was es wolle. Das haben Sie schon gesagt. Der Konsument kann sich freuen. Man fragt sich: Sind 1,39 DM für ein halbes Pfund Butter unter Einstandspreis?

(Zuruf von der CDU: Ja!)

– Eigentlich ja. Das Kartellamt hat versucht, dagegen vorzugehen. Letztes Jahr sind Metro und Rewe freigesprochen worden. Der Tiger ist zahlos.

(Abg. Deuschle REP: Ja!)

Als Produzenten zahlen wir inzwischen – das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen – „Auslistungsvermeidungsgelder“ oder „Umsatzankurbelungsrabatte“. In diesem Rabatt Dickicht kennt sich keiner mehr aus, und auch das Kartellamt kann nichts machen. Alle diese Nachlässe dürfen die Handelsketten auf die Preise aufschlagen, und damit können sie fast immer nachweisen, dass der Preis nicht unter den Einstandskosten liegt. Außerdem ist das ein Gebiet, auf dem sehr selten jemand klagt, weil sich diese Klage meistens wieder gegen einen selber wendet.

Was kann man machen? Der Wandel ist in allen Bereichen deutlich zu fühlen. Die grüne Wiese ist ja nicht qua Gesetz vorgegeben. Es ist überhaupt nicht einzusehen, warum wir den Wandel nicht innerhalb der Tore unserer Städte und Gemeinden vollziehen können.

Hier kann die Politik eingreifen. In den USA hat man FOCs gebaut, die versuchen, die Atmosphäre unserer Innenstädte künstlich herzustellen. Wir aber sehen nicht, was wir wertvolles Gewachsenes haben.

Lange Zeit hatten wir mit den hohen Mieten zu kämpfen. Sie haben es gesagt. Viele Handelsgeschäfte im Innenraum sind kaputt gegangen. Oft stehen Geschäfte leer. Damit gehen die Mieten herunter,

(Abg. Deuschle REP: Etwas!)

und es wird wieder interessanter, in die Innenstädte zu gehen.

Wir haben oft zu wenig Parkplätze, aber das kann man ändern. Die Verkehrsanbindung haben Sie angesprochen. Die Akzeptanz aller, auch der Anwohner, wächst, Freizeit, Gastronomie und Handel in den Innenstädten anzusiedeln und zu einer gemeinsamen Erlebniswelt zu machen.

Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schmiedel.

Abg. Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Bevor ich etwas zu den strukturellen Prob-

lemen des Einzelhandels sage, möchte ich etwas zu den konjunkturellen Schwierigkeiten sagen, mit denen der Einzelhandel in Baden-Württemberg in den letzten Jahren zu kämpfen hatte: Seit Beginn der Neunzigerjahre stagnieren die Umsätze, in einzelnen Bereichen gab es sogar Rückgänge. Das ist auch nicht verwunderlich. Bei den hohen Steuern und Abgaben hatten die Arbeitnehmer jedes Jahr real weniger im Portemonnaie als im Jahr zuvor und konnten entsprechend weniger ausgeben.

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

Die von Jahr zu Jahr wachsende Arbeitslosigkeit tat ein Übriges dazu, dass auch das Geld, das zur Verfügung stand, zurückgehalten wurde aus Angst, dass die alte Regierung die Arbeitslosigkeit nicht in den Griff kriegt und man selber betroffen sein könnte. Das hat den Einzelhandel in Baden-Württemberg in enorme Schwierigkeiten gebracht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Und wer ist schuld daran?)

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, war der vergangene Freitag natürlich ein Befreiungsschlag für den baden-württembergischen Einzelhandel, und zwar in doppelter Hinsicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Krisch REP – Oh-Rufe von der CDU)

Natürlich kommt es jetzt zu der dringend notwendigen Entlastung der Betriebe im Einzelhandel in Baden-Württemberg,

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Das hätten Sie schon vor Jahren haben können, Herr Kollege!)

25 Milliarden DM allein für den Mittelstand. Außerdem haben die Kunden, die Verbraucher wieder mehr Geld im Portemonnaie, weil von dem, was man in der Lohntüte bekommt, endlich einmal mehr übrig bleibt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Nichts als Eigentore!)

Deshalb sage ich an Ihre Adresse, Herr Wirtschaftsminister: Ich glaube, Sie waren nicht gut beraten, die Melodie im Bundesrat Ihrem Regierungspartner zu überlassen. Denn es schadet nicht nur den Interessen des Landes, wenn man sich an einer solchen Debatte nicht konstruktiv beteiligt. Vielmehr ignoriert dies auch die Interessen des Einzelhandels, der in hohem Maß daran interessiert sein muss, dass seine Verbraucher endlich wieder mehr Kaufkraft haben.

(Abg. Capezzuto SPD: Unglaublich! – Gegenruf der Abg. Rosely Schweizer CDU: Wer war das?)

Meine Damen und Herren, ich möchte zwei strukturelle Probleme ansprechen, die auch schon bei meinen Vorrednern eine Rolle gespielt haben.

Wir haben eine unglaubliche Nachfrage nach neuen Standorten auf der grünen Wiese. Es ist völlig klar, dass dann, wenn diese Wünsche alle erfüllt würden, die Hälfte der Geschäfte in den Innenstädten morgen schließen müssten –

(Schmiedel)

(Abg. Deuschle REP: Und teilweise auch auf der grünen Wiese!)

ein Verdrängungswettbewerb ohnegleichen.

In diesem Zusammenhang verstehe ich nicht, Herr Minister, dass Sie sich mit der Vorlage des Landesentwicklungsplans ewig Zeit lassen. Sie sollten endlich einmal deutlich machen, worin die Rahmenbedingungen für die Etablierung solcher großflächigen Kaufangebote oder Einkaufszentren auf der grünen Wiese bestehen müssen. Wir wollen, dass Zentren Zentren bleiben, dass Oberzentren, aber auch Mittel- und Unterzentren ihre Funktion erfüllen können. Deshalb brauchen wir in diesem Bereich eine geordnete Entwicklung. Der Wildwuchs auf der grünen Wiese muss eingegrenzt werden. Wo ist der Landesentwicklungsplan, der den Investoren Sicherheit gibt?

(Zuruf des Ministers Dr. Döring)

Sie haben angekündigt, Sie wollten uns noch vor der parlamentarischen Sommerpause mit der Vorlage befassen, damit Sie sie ins Kabinett einbringen können. Bis zur Stunde liegt sie uns nicht vor. Wir wissen natürlich, dass in Ihren Reihen auch die Tendenz vorhanden ist, dies alles dem freien Spiel der Kräfte zu überlassen. Aber Sie sind nicht nur Parteichef, sondern Sie sind auch Wirtschaftsminister, und Sie sollten die Interessen des Einzelhandels in den Städten beachten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Haas CDU)

Ein Zweites: Natürlich helfen Abwehrstrategien allein nicht weiter. Vielmehr müssen die Innenstädte in diesem Wettbewerb bestehen. Das heißt, sie müssen gleich attraktiv sein wie die Einkaufszentren auf der grünen Wiese. Es bedarf enormer Anstrengungen, um die Innenstädte attraktiv zu gestalten, um Zugangsmöglichkeiten mit dem Auto zu eröffnen, um dort eine attraktive Umgebung zu schaffen, wo man das Auto verlässt und von wo man zu Fuß in die Innenstadt weitergeht.

(Abg. Rosely Schweizer CDU und Abg. Deuschle REP: Hört, hört!)

Es bedarf auch enormer Summen, die die Städte ausgeben müssen,

(Zuruf des Abg. Dagenbach REP)

um dies zu gewährleisten. Deshalb, Herr Wirtschaftsminister, sollten Sie es nicht mehr zulassen, dass die Städtebauförderung Jongliermasse des Finanzministers zum Ausgleich von Haushalten wird.

(Zuruf des Ministers Dr. Döring)

Denn die Städtebauförderung ist eine Daueraufgabe. Sie erfordert Verlässlichkeit und Planungssicherheit. Deshalb benötigen wir auch eine verlässliche Städtebauförderung in diesem Land.

Lassen Sie mich zum Schluss noch eines ansprechen: Der Strukturwandel vollzieht sich heute nicht mehr nur von Klein zu Groß, sondern er erstreckt sich auch auf die direkte Beziehung zwischen Hersteller und Verbraucher unter

Ausschaltung des Einzelhandels überhaupt. In diesem Zusammenhang ist es enorm wichtig, dass unsere gewachsenen Einzelhandelsbetriebe in den Innenstädten von dieser Entwicklung nicht abgehängt werden.

Ich frage mich: Wo ist die konzentrierte Anstrengung, um diese Geschäfte jetzt ins Netz zu bringen, sie online zu bringen, Angebote über E-Mail-Einkauf, über Direktverkauf zu machen, Internetangebote zu machen? Natürlich wird in diesem Bereich gegenwärtig nichts verdient. Aber wenn wir so lange warten, haben die Großen den Markt in der Zwischenzeit besetzt. Jeder kann doch sonntags die Anzeigen von Schlemmer lesen: „Heute können Sie die Produkte bestellen.“ Wenn wir dieses Geschäft allein den Großen überlassen, haben die Kleinen verspielt.

Es gibt einige Anstrengungen – ich weiß das –

(Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

– ich bin gleich fertig, Herr Präsident –, aber diese sind von der EU und vom Bund gespeist. Ich frage mich: Wo ist eigentlich die konzentrierte Aktion des Landes Baden-Württemberg, damit der Einzelhandel an dieser Entwicklung teilhaben kann?

Es gibt also eine Menge zu tun. Wir müssen uns um die Rahmenbedingungen kümmern. Wenn Sie, Herr Minister, sich dem zuwenden, haben Sie unsere Unterstützung.

(Beifall bei der SPD – Abg. Rosely Schweizer CDU: Der ist immer noch bei der Planwirtschaft!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Schlager.

Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Stimmung im Einzelhandel ist nach wie vor angespannt. Das hat handfeste Ursachen. Meine Vorrednerin und meine Vorredner haben es schon aufgezählt, deswegen sage ich es stichwortartig: schwache Renditen, geringes Umsatzwachstum, anhaltender Beschäftigungsabbau, harter Preiswettbewerb und vor allem die Expansion in die Fläche. Was auf der grünen Wiese passiert, ist genau das, was dem Einzelhandel die großen Schwierigkeiten bringt. Der Einzelhandel braucht bessere Rahmenbedingungen.

Auf der steuerpolitischen Seite ist das Nötige jetzt passiert. Der Wirtschaftsminister, der sich ja immer eher die Haare darüber gerauft hat,

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das sieht man!)

was in Berlin alles Schreckliches für die Wirtschaft passiert,

(Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Das würde er nie tun!
– Zuruf des Abg. Rapp REP)

hat sich sehr schnell damit abgefunden oder – wie ich sagen möchte – damit angefreundet, was jetzt in Berlin als Steuerreform verabschiedet worden ist.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Er hat sich an die Spitze der Bewegung gesetzt!)

(Sabine Schlager)

Der Handel wird das zu spüren bekommen. Ich denke, jetzt, wo die Schlacht geschlagen ist und die Debatten, wie die steuerlichen Rahmenbedingungen aussehen werden, zu Ende sind, ist Zeit und Kraft vorhanden, Herr Minister, die landespolitischen Hausaufgaben zu machen. Denn die Rahmenbedingungen, die für den Handel wichtig sind, sind auch planerische Vorgaben.

Herr Schmiedel hat es angesprochen: Der Landesentwicklungsplan muss endlich verabschiedet werden, um den Druck von der Fläche zu nehmen und um den Regionen die Möglichkeit zu geben, die Entwicklung mit Einzelhandelskonzepten zu kanalisieren. Die Region Stuttgart ist hierbei wegweisend vorangegangen. Ich habe heute Morgen in der Zeitung gelesen, dass sich die Regierungskoalition daranmachen will, jetzt auch anderen Regionen die nötigen planerischen Kompetenzen zu geben –

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Es wird Zeit!)

spät, aber dennoch, möchte ich sagen. Denn für uns Grüne heißt die Devise schon lange – was auch für den Einzelhandel wichtig ist –: mehr Region wagen, mehr Kompetenzen in die Regionen, damit dort die Flächenentwicklung für den Einzelhandel mit regionaler Kompetenz und in regionaler Zusammenarbeit sinnvoll kanalisiert werden kann.

Es geht nicht nur um den Landesentwicklungsplan und darum, den Regionen mehr Kompetenzen zu geben. Es gibt noch weitere Möglichkeiten, die das Land hat. Der Wirtschaftsminister sollte die Vorschläge des Weißbuchs Handel der EU-Kommission aufgreifen und dafür sorgen, dass er mit innovativen Projekten Strukturfondsmittel für den Handel einsetzen kann.

Das gilt beispielsweise für einen Best-Practice-Katalog über flexible Arbeitszeitkonzepte – etwas, bei dem der Handel noch mehr Möglichkeiten ausschöpfen kann und bei dem es immer sinnvoll ist, wenn die Politik Anschubhilfen und -möglichkeiten gibt. Es ist ja auch sinnvoll, wenn für gute Projekte EU-Gelder ins Land geholt werden. Unserer Meinung nach fehlt ein Konzept für die Verwendung der EU-Fördermittel.

Nicht zu vergessen sind die zahlreichen kleinen Betriebe mit ausländischen Inhabern, die mithilfe ihrer Familien oftmals die Versorgung in den Stadtteilen übernehmen, in denen sonst gar keine Läden, gar keine Nahversorgung mehr vorhanden wären.

(Abg. Deuschle REP: Oder die auch oft keine Leute mehr haben!)

Sie können Unterstützung brauchen: im Bereich ungeklärter Unternehmensnachfolge, bei der Bewältigung der Euro-Umstellung, mehr betriebswirtschaftliches Know-how. Das alles sind Ansatzpunkte für gezielte Coaching-Projekte für gerade diese Betriebe, die eine wichtige Sparte im Einzelhandel sind.

Ich möchte zum Schluss die Punkte zusammenfassen, die jetzt landespolitisch anstehen: erstens die Novellierung des Landesentwicklungsplans, zweitens die Erweiterung regionaler planerischer Kompetenzen und drittens – was ich

noch nicht erwähnt habe – die Nachbesserung des Einzelhandelserlasses, damit er kein Beruhigungsplacebo wird. So können Anregungen, zum Beispiel die in der Region Stuttgart umgesetzten, aufgegriffen werden. Gesetze müssen so sein, dass sie nicht eine Ansammlung von Hintertürchen bieten, sondern klare Vorgaben für die Betroffenen darstellen. Diesen Einzelhandelserlass, Herr Minister, sollten Sie zügig auf den Weg bringen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Ist doch schon da!)

Diese Dinge, die ich jetzt aufgezählt habe, nützen dem Handel mehr als so manche vollmundige Forderung nach einer Verlängerung der Ladenöffnungszeiten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Hauk CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hofer.

Abg. Hofer FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt keinen Zweifel, dem Einzelhandel geht es nicht gut. Es besteht auch politischer Handlungsbedarf. Während die meisten anderen Branchen den konjunkturellen Aufwind spüren, ist die Lage im Einzelhandel verhalten. 1999 lagen dort die Umsätze in Baden-Württemberg sogar noch unter dem negativen Bundestrend. Das muss man einfach einmal feststellen.

Die Charakteristika dieser Probleme wurden auch dargestellt. Ich wiederhole es noch einmal im Stakkato: schmalste Renditen, härtester Preiswettbewerb – der vor allem im Lebensmitteleinzelhandel beängstigende Dimensionen erreicht hat – und damit natürlich eine ungezügelte Flächenexpansion.

Was kann zur Verbesserung getan werden? Ich will versuchen, auf drei konkrete Dinge einzugehen.

Aber zunächst einmal, Herr Schmiedel: Die Steuerreform in Ehren, aber noch viel wichtiger für den Einzelhandel ist, dass bei uns in Baden-Württemberg wie in keinem anderen Land die Arbeitslosigkeit abgebaut worden ist; denn das setzt die Leute in Lohn und Brot, sodass sie überhaupt beim Einzelhandel einkaufen können.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Capezzuto SPD: Dank der Bundesregierung!)

Drei Themen möchte ich nennen.

Das Erste: regionale Einzelhandelskonzepte. An sich reichen die gesetzlichen Bestimmungen für die jeweilige Kommune aus, um dem Wildwuchs auf der grünen Wiese begegnen zu können. Da muss man einfach sagen – ich sage das auch als Kommunaler –: Hier fehlt es vielfach am Mut zu konsequentem Handeln. Zum Teil aber bedarf es auch regionaler Festlegung, um sich eben nicht in interkommunaler Abstimmung zu verlaufen und gegenseitig ausgespielt zu werden und sich gegenseitig die Kaufkraft abzuziehen nach dem Motto: Die eigene grüne Wiese ist für die eigene Innenstadt immer noch besser als die grüne Wiese des Nachbarn. Das muss man sehen.

(Abg. Deuschle REP: Eben!)

(Hofer)

In der Region Stuttgart geht man deshalb mutig mit einem Märktekonzept voran. Der Einzelhandelsverband hat das ja auch sehr begrüßt. Hier werden Versorgungsbereiche ausgewiesen. Nur in diesen dürfen innenstadtrelevante Sortimente in großflächigen Einzelhandelsformen angeboten werden, sonst nicht. Die Region Stuttgart hat dafür die Kompetenz und die Zuständigkeit. Wir wollen, dass auch den anderen elf Regionen des Landes über die anstehende Novellierung – noch in diesem Jahr übrigens – des Landesplanungsgesetzes eine entsprechende Kompetenz gegeben wird, wohlgerne: selbstverständlich verbunden mit einem Klagerecht. Ich freue mich, dass sich die Koalitionsfraktionen darauf bereits verständigt haben. Das wird so kommen.

Zugleich ist es wichtig, denke ich, auch von dem ganz starren Kriterium der zentralen Orte wegzukommen und zumindest in Ballungsräumen mehr auf die tatsächlichen Siedlungsstrukturen abzustellen. Da der Lebensmitteleinzelhandel sowohl von der Angebots- wie auch von der Nachfrageseite her durch steigende Sortimentsvielfalt bestimmt ist und damit auch von größerem Flächenbedarf, ist es gar nicht verwunderlich, Herr Deuschle, dass teilweise schon in Ortsteilen Lebensmittelgeschäfte mit 400 Quadratmeter Verkaufsfläche zumachen.

(Abg. Deuschle REP: Ja, mit 400 auf jeden Fall!)

Dann muss man auch den Orten ohne Zentralkriterium, den Kleinzentren zum Beispiel, oder auch den anderen Orten die Möglichkeit geben, im Ortskern einen Laden mit 1 000 Quadratmetern einzurichten, damit die Versorgung gewährleistet werden kann.

(Beifall des Abg. Pfister FDP/DVP – Abg. Rosely Schweizer CDU: Richtig!)

Da muss man weg von dieser starren Einteilung.

Der Ladenschluss ist hier erwähnt worden. Die Große Anfrage konnte damals ja noch nicht auf die Erfahrungen mit den neuen Ladenschlusszeiten eingehen. Sie datiert ja aus dem Jahre 1997. Heute eine Aufstellung zu machen, welche Auswirkungen das hatte, ist nicht nötig. Das ist müßig, denn kein vernünftiger Mensch plädiert heute mehr für ein Zurück zu diesen alten Zeiten. Im Gegenteil, die damaligen Opponenten sind eines Besseren belehrt worden.

Ich darf mit Erlaubnis des Präsidenten aus einer Presseinformation des Einzelhandelsverbands Baden-Württemberg vom 19. April zitieren. Darin heißt es:

Unsere Position ist eindeutig und wurde auf der Delegiertenversammlung im letzten Herbst in einem richtungweisenden Beschluss festgelegt. Die Delegierten sprachen sich mit absoluter Mehrheit für folgende Marschrichtung aus: völlige Freigabe der Ladenöffnungszeiten an den Werktagen, also von Montag bis Samstag, und höchstens vier verkaufsoffene Sonntage im Jahr. Jeder sollte die Freiheit haben, darüber zu entscheiden, welche Öffnungszeiten für sein Unternehmen, für seinen Standort, für sein Sortiment, für seinen Kundenkreis die optimalen sind. Man muss immer wieder sagen: Es geht nicht darum, dass jeder 24 Stunden seinen Laden geöffnet halten muss, sondern darum, dass die Freiheit zu entscheiden beim Unternehmer selbst liegen soll.

Recht hat er, der Verband. Das ist eine Position, die unsere Fraktion schon seit langem vertritt. Ich kann nur hoffen, dass im Bund und in Berlin nicht immer nur angekündigt, sondern auch einmal gelegt wird.

(Abg. Schmiedel SPD: Na, also jetzt! – Gegenruf des Abg. Pfister FDP/DVP: Ladenschlussgesetz ist Bundesgesetz!)

Schließlich noch ein Wort zum Thema „Internet und E-Commerce“. Meine Damen und Herren, ich kann eigentlich nur noch staunen, mit welcher Ruhe und Gemütlichkeit dieses Thema nicht im Wirtschaftsministerium, aber anderenorts angegangen wird, nur weil die Explosion noch nicht eingetreten ist, die aber alle Fachleute für demnächst ankündigen, auch wenn nicht in jeder Branche ein Internet-shopping-Boom eintreten wird.

Über 30 % aller Haushalte verfügen bereits über einen Internetanschluss. Der Anteil der internetfähigen Mobiltelefone nimmt zu – wir alle wissen das –, auch der anderer internetfähiger Endgeräte. Der Anteil der Käufer unter den Internetsurfern wird von 30 auf 80 % steigen und im Jahr 2004 – das zeigen die jetzigen Zahlen – eindeutig bei 35 Millionen liegen. Dieses ergibt dann selbstverständlich tief greifende Änderungen im Einzelhandel. Das bringt übrigens nicht nur Gefahren, sondern auch Chancen für die kleinen Betriebe, denn die örtlichen Vertriebssysteme haben da durchaus Vorteile. Man kann auch Offline- und Online-Angebote miteinander verbinden. Das Marketing kann und wird beide Bereiche umfassen.

Nur – darauf möchte ich abschließend noch hinweisen –: Kleinere und mittlere Betriebe können in diesem Netz nur dann erfolgreich sein, wenn auch die strategische Kooperation der Zukunft stimmt. Wenn es da keine strategischen Kooperationen gibt, werden die Händler, die auch über ein Filialnetz verfügen, im Internet die größten Chancen haben. Das ist ganz eindeutig. Dies sollte übrigens bei den Wirtschaftsförderprogrammen und -projekten noch zusätzlich beachtet werden.

Wenn wir uns fragen, welche politischen Handlungsfelder wir selbst besetzen können, außer die Dinge zu beklagen, komme ich zumindest zu diesen drei Punkten, wo ich meine, dass wir selber, der Gesetzgeber und die Politik, gefordert sind, um einen Beitrag zu leisten, damit der Einzelhandel auch längerfristig Überlebenschancen hat.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Wirtschaftsminister Dr. Döring.

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Einzelhandel, Herr Kollege Deuschle, hat mit den Selbstständigen und den dort Beschäftigten sogar noch eine größere Bedeutung für die Beschäftigungssituation in unserem Lande; er beschäftigt insgesamt 386 000 Menschen. Wir haben die Umsatzzahlen und die hohen Ausbildungszahlen. Dies alles zusammengenommen unterstreicht die Bedeutung des Einzelhandels in Baden-Württemberg. Aus dem Grund wird auch eine ganze Menge für den Einzelhandel in Baden-Württemberg gemacht. Ich will der Reihe nach versuchen, das im Zusammenhang mit den Stichworten, die Sie selber gegeben haben, aufzuzeigen.

(Minister Dr. Döring)

Herr Kollege Schmiedel, Sie verweisen auf die Steuerreform. Jede Steuerreform, die den Menschen mehr Geld in der Tasche lässt, ist mit Sicherheit hilfreich und von Bedeutung für den Einzelhandel. Aber was ich besonders erfreulich finde, ist, dass es keinem anderen Bundesland in dem Maße wie Baden-Württemberg gelungen ist, die Arbeitslosigkeit zu reduzieren. Das ist das beste Programm, das man für den Einzelhandel auf den Weg bringen konnte. Und das haben wir geschafft.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der SPD: Dank der guten Rahmenbedingungen aus Berlin!)

Lassen Sie mich aber zu den Themen Stellung nehmen, die Sie angesprochen haben. Die Arbeitslosigkeit in Baden-Württemberg wird seit 1996 Jahr für Jahr um zweistellige Prozentzahlen abgebaut. Damals waren Sie noch gar nicht an der Regierung. Wir machen das ohne die Rahmenbedingungen aus Berlin.

(Zuruf von der SPD: In Erwartung des Machtwechsels!)

Im Übrigen, wenn Sie mit Berlin anfangen: Auch dem Einzelhandel haben Sie mit Ihrer Neuregelung beim 630-DM-Gesetz einen Bärendienst erwiesen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wenn Sie von Rahmenbedingungen insgesamt sprechen, dann müssen Sie das schon mit aufnehmen. Sie wissen selber, dass dort Hunderttausende dieser Jobs verloren gegangen sind und nur im Promillebereich Sozialversicherungspflichtige eingestellt wurden.

(Abg. Schmiedel SPD: Dafür gibt es mehr Vollbeschäftigte!)

– Maulen Sie nicht ständig dazwischen. Ich habe Ihnen vorhin auch zugehört. Das war anstrengend genug für mich.

(Abg. Schmiedel SPD: Aber ich war fair!)

Im Zusammenhang mit dem Internet: Das Wirtschaftsministerium von Baden-Württemberg fördert das Modellprojekt Internetmarktplatz in Karlsruhe. Ich glaube, dass das ausreicht, Frau Kollegin Schweizer. Wir sind uns wohl einig, dass es reicht, wenn die Regierung ein Modellprojekt fördert, wir sonst aber sagen, dass das doch Aufgabe der Wirtschaft selber ist. Es kann nicht Aufgabe des Wirtschaftsministeriums oder der Landesregierung sein, jetzt jedem Einzelhändler klarzumachen, dass er jetzt ins Internet gehen muss, und das womöglich auch noch mit Fördergeldern zu unterstützen. Das wäre mit Sicherheit der falsche Weg.

Deswegen fördern wir ein Modellprojekt Internetmarktplatz in Karlsruhe mit Fördermitteln. Dies wird ja auch aufgegriffen. Der Einzelhandelsverband selber geht mit gutem Beispiel voran und hat den Marktplatz des Einzelhandelsverbands Baden-Württemberg auf den Weg gebracht. Das, was Sie einklagen, wird bereits erledigt und auch gemacht.

Nächster Punkt: Klar ist, dass wir – das ist von allen Rednern angesprochen worden – die Notwendigkeit sehen, die

Innenstädte so zu gestalten, dass man in ihnen gerne einkauft. Frau Kollegin Schlager, von 1971 bis jetzt sind 8,3 Milliarden DM für die Städtebauförderung ausgegeben worden. Alleine von 1996 bis heute sind es 1,27 Milliarden DM Städtebaufördermittel. Herr Kollege Schmiedel, Städtebaufördermittel sind genau das Instrument, das wir brauchen, um die Innenstädte so herrichten zu können, dass dort gerne eingekauft wird und man dort das von Ihnen angesprochene Erlebnis hat. Mit den 1,27 Milliarden DM in den letzten viereinhalb Jahren ist ein Investitionsvolumen von nahezu 10 Milliarden DM auf den Weg gebracht worden. Wer dem Einzelhandel helfen will, muss die Innenstädte herausputzen, muss Städtebausanierungsmittel zur Verfügung stellen. Genau dies machen wir in einem Ausmaß, in dem Sie es früher nie gemacht haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Sie sagen, es müsse mehr geschehen. Wir haben für die Jahre 2000 und 2001 je 275 Millionen DM. Das ist das Doppelte dessen, was wir vorher hatten.

(Abg. Schmiedel SPD: Zuerst haben Sie die Mittel zurückgefahren! Das ist dann ja logisch!)

Wenn wir das in den nächsten Jahren verstetigen können, werden wir die Kommunen in unserem Land sehr gut versorgen können.

Wichtig ist mir, dass wir mit allen Möglichkeiten dafür sorgen, dass die Kommunen auch eine Komplementärfinanzierung schaffen können, damit sie das, was wir aufgrund der guten Vorlagen bewilligen, auch tatsächlich abrufen können. Die Städtebausanierung ist ein Punkt.

Weiter hat die Landesregierung von Baden-Württemberg ein Programm „Innerstädtisches Wohnen“ neu auf den Weg gebracht. Ich kenne kein anderes Land, das ein solches Programm „Innerstädtisches Wohnen“ auf den Weg gebracht hätte. Wir müssen nämlich die Innenstädte wieder beleben. Auch in diesem Zusammenhang sind Ihre Vorwürfe an uns an die völlig falsche Adresse gerichtet. Wir sind froh darüber, dass das Programm „Innerstädtisches Wohnen“ auch abgerufen wird, dass wir damit in den Innenstädten Brachen für die Zurverfügungstellung von Wohnraum wieder aufmöbeln können. Dies ist eine Maßnahme, die in allererster Linie der Belebung der Innenstädte und damit dem Einzelhandel zugute kommt. Sie sollten wenigstens zur Kenntnis nehmen, dass das gemacht wird.

Nächstes Thema: Ladenschluss. Ich wundere mich schon darüber, wie man eine Debatte über den Einzelhandel beginnen und dann auch führen kann, ohne auf das Thema Ladenschlusszeiten einzugehen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr richtig! – Abg. Schmiedel SPD: Nur fünf Minuten!)

– Sie Armer! – Da Ihnen dieses Thema ein bisschen unangenehm ist, sprechen Sie es nicht an. Wir sind aber froh darüber – das passt natürlich nicht zu Ihrer Richtung –, dass der Einzelhandelsverband vor einem Jahr selber einen Vorstoß unternommen hat, der uns alle zugegebenermaßen

(Minister Dr. Döring)

überrascht hat. Er hat nämlich gesagt: Gebt endlich die Ladenschlusszeiten von Montag bis Samstag komplett frei. Der Einzelhandelsverband ist mehrheitlich vom mittelständischen Einzelhandel besetzt. Es ist eine Mär, dass dort die Großen das Sagen haben; das stimmt gar nicht. Der neue Präsident Vietz ist an die Spitze der Bewegung getreten und hat gesagt, dass er die große Sorge hat, dass dann, wenn, wie Sie das offensichtlich geplant haben, die Zeiten von 6:00 bis 22:00 Uhr festgelegt werden, die Läden tatsächlich von 6:00 bis 22:00 Uhr geöffnet sind. Der Charme der generellen Freigabe besteht darin, dass sich in den Kommunen die Einzelhändler lokal darauf einigen, welchen Spielraum sie aufgrund der gesamten Freigabe nutzen wollen. Das ist das Interessante dabei, und das ist auch das Moderne dabei.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zurufe von der SPD)

Das fordert der Einzelhandelsverband. – Dann sollte man es auch machen wie in Italien, Herr Capezzuto, wenn Sie es so gern haben wollen. Auf jeden Fall ist für mich wichtig, dass wir von der Politik – da sollten Sie Ihren hinhaltenen Widerstand aus dem 18. Jahrhundert endlich aufgeben – uns endlich den Wünschen und Anregungen des Einzelhandels fügen und den Unternehmern die Freiheit geben, die sie haben wollen. Dies ist eine liberale, sinnvolle Wirtschaftspolitik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf von der SPD)

Lassen Sie uns zum Thema Factory-Outlet-Center klar Stellung nehmen. Ich glaube, Sie, Herr Kollege Deuschle, haben es angedeutet.

(Abg. Schmiedel SPD: 16 Jahre lang hätten Sie das machen können! Nichts habt ihr gemacht!)

– Ihr wart doch immer dagegen und seid eigentlich immer noch dagegen. Immer dann, wenn es nach vorne gehen soll, steht ihr auf der Bremse, Herr Schmiedel.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wenn wir uns Factory-Outlet-Center anschauen,

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Schmiedel staut, Döring baut!)

dann haben wir für Factory-Outlet-Center in den Oberzentren grundsätzlich eine klare Regelung: In den Oberzentren werden Factory-Outlet-Center grundsätzlich restriktiv gehandhabt. Man kann aber doch nicht von vornherein die Möglichkeit für ein Factory-Outlet-Center verwehren. Wenn aus der Region heraus der Wunsch vorhanden ist, an einer sinnvollen Stelle so etwas zu machen, sollten wir die gesamten Auswirkungen prüfen und nicht von vornherein Nein sagen.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Aber doch nicht in Söllingen!)

– Herr Kollege Salomon, Sie werfen Söllingen in den Raum. Sie wissen ganz genau – –

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Söllingen ist FDP-Filz!)

– So ein Schmarrn. Herr Salomon, das ist zu billig für Sie. Sie sind eigentlich zu gescheit, als dass Sie einen so billigen Quark daherbringen müssten.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Aber aus der Region will es niemand, nur die FDP will es!)

– Nein, das ist doch gar nicht wahr. Schauen Sie sich Söllingen doch einmal an. Sie wissen genau: Wenn es dort nicht gemacht wird, entsteht es in Sichtweite, eineinhalb Kilometer entfernt auf der französischen Seite. Dann werden Sie der Erste sein, der sagt: Die verschlafenen Brüder haben zugeguckt, wie man das in Frankreich baut; das hätten wir auch bei uns bauen können. Da bin ich mir ganz sicher: Genau so würde das kommen. Deswegen führen wir ein Raumordnungsverfahren durch, in dem das alles sauber geprüft wird. Danach werden wir zu einem Ergebnis kommen.

Bevor Sie irgendeine Mär aufbauen: Wir haben bisher eines mittendrin im Oberzentrum Villingen-Schwenningen genehmigt. Bei Wertheim läuft das Raumordnungsverfahren. Wir werden noch im Herbst das Ergebnis erhalten.

(Abg. Schmiedel SPD: Das liegt aber nicht an der Grenze zu Frankreich!)

– Vielen Dank für den Hinweis, Herr Schmiedel. Sie sind schon arg gescheit. Vielen Dank.

Wir haben eines im Oberzentrum Villingen-Schwenningen genehmigt. In Wertheim läuft das Raumordnungsverfahren. Dort passiert genau das Gleiche. Bayern wird nur darauf warten, dass wir dazu Nein sagen, weil es dann auf der bayerischen Seite gemacht werden wird. Wir prüfen das deswegen.

Heilbronn macht sich jetzt gerade auf den Weg und will das machen. Heilbronn ist ein Oberzentrum und hat von der rechtlichen Seite her überhaupt keine Probleme.

Sie stellen sich hier hin und sagen, wir sollten endlich einmal den Landesentwicklungsplan auf den Weg bringen.

(Abg. Schmiedel SPD: Ins Parlament!)

Er ist am Dienstag im Kabinett auf den Weg gebracht worden und geht jetzt in die Anhörung. Von daher ist auch das erledigt, was Sie hier angemahnt haben. Der Landesentwicklungsplan ist auf dem Weg, geht in die Anhörung. Sie werden sich dazu äußern können.

Alles abgearbeitet, Hausaufgaben gemacht! Schmiedel kriegt es nicht mit und steht maulend am Wegesrand. Das ist zu wenig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Schmiedel SPD: Ankündigungsminister! Er redet die ganze Periode von der Ankündigung!)

– Nein, erledigt. Es passt halt nicht, Herr Schmiedel. Ich weiß ja, dass Sie das schmerzt. Aber das, was Sie sagen, passt halt nicht. Alles erledigt! Einzelhandelserlass erle-

(Minister Dr. Döring)

digt, genauso. Anhörung läuft, die ersten Ergebnisse aus der Anhörung sind positiv.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr positiv!)

Wir sind diejenigen, die jetzt an die Kommunen herantreten, die das bei ihren Bebauungsplänen nicht ändern, sondern nach den alten operieren wollen. Wir geben ihnen deutlich zu verstehen, dass sie in anderen Bereichen mit Sanktionen zu rechnen haben, wenn sie nicht im Interesse des Einzelhandels und im Interesse der Belegung der Innenstädte ihre Bebauungspläne ändern. Erledigt, abgearbeitet! Nichts da von Ankündigungen oder „Nicht gemacht!“, sondern konkret umgesetzt. Nur: Sie bekommen es nicht mit, weil es Ihnen nicht in Ihr Bild passt. Sie müssen einfach zur Kenntnis nehmen, dass wir das alles der Reihe nach machen.

(Abg. Bebber SPD: Sag mal! Das ist doch unglaublich! So empfindlich! – Abg. Schmiedel SPD: Er war auf der falschen Seite bei der Steuerreform, deshalb!)

– Die Steuerreform! Wissen Sie, Herr Schmiedel, diese Steuerreform hätten wir schon vor ein paar Jahren haben können.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

Wenn man sie schon vor ein paar Jahren gemacht hätte, wären die ganzen Segnungen der Steuerreform, die Sie vorhin hier verkrampt aufgeführt haben, für den Einzelhandel schon seit Jahr und Tag wirkungsvoll geworden.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Schmiedel SPD: Ihr habt es doch nicht hingekriegt! – Gegenruf des Abg. Pfister FDP/DVP: Oberblockierer!)

Deswegen sollten Sie einmal ruhig sein. Es ist eine Unverschämtheit, zu sagen, wir hätten es nicht hingekriegt. Das ging nur deshalb nicht, weil ihr blockiert habt gegen den Wunsch aller in der Wirtschaft. Gegen die Interessen der Bevölkerung habt ihr blockiert. Das war parteipolitisch.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Unruhe bei der SPD)

Ohne jedes Interesse für die Bevölkerung habt ihr agiert. Und jetzt kommen Sie daher. So kommen Sie nicht raus!

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

– War schon wieder unsachlich, Herr Salomon.

Nächster Punkt: Der Kollege Deuschle hat auch das Recht, eine Antwort zu bekommen. Er hat gesagt, die Bürgerschaftsbank und die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft sollten sich mehr engagieren.

(Anhaltende Unruhe bei der SPD)

Ich will Ihnen einmal die Zahlen vortragen, die wir im Zusammenhang mit Existenzgründungsprogramm, mit Übernehmerprogramm, mit Bürgerschaftsbank und Mittelständischer Beteiligungsgesellschaft haben: 3 106 Nachwuchs-

kräfte, die sich in den letzten viereinhalb Jahren mit der Neugründung oder Übernahme eines Einzelhandelsgeschäfts selbstständig machten, wurden mit Existenzgründungsdarlehen in Höhe von insgesamt 285 Millionen DM gefördert. Ich finde es großartig, dass wir 3 106 Nachwuchskräfte haben, die sich im Bereich des Einzelhandels selbstständig machen wollen, die eine Gründung vornehmen. Diese große Zahl unterstreicht, dass da Motivation und Optimismus herrschen, dass man auch einmal wieder bessere Zeiten haben wird.

Von diesen mehr als 3 000 Darlehen sind über 1 000 an Übernehmer gegangen. Darüber hinaus wurden im gleichen Zeitraum 443 Handelsbetriebe im Rahmen des Liquiditätshilfeprogramms, der Regionalförderung und der anderen Förderungen mit Darlehen von über 200 Millionen DM gefördert.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Nicht wie Erwin Statistiken herunterbeten!)

– Er hat doch etwas gefragt, Herr Salomon, und deshalb kriegt er eine Antwort.

Die Bürgerschaftsbank ist selbstverständlich auch bei den mittelständischen Einzelhandelsunternehmen engagiert: mit 836 Bürgschaften und Garantien für Kredite bzw. Beteiligungen im Einzelhandel in einer Höhe von 304 Millionen DM. Die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft engagiert sich bei 49 Einzelhandelsunternehmen als stiller Teilhaber. Von daher sehen Sie, dass wir das gesamte Instrumentarium der Förderung auch gezielt für den Einzelhandel zur Verfügung stellen.

Unser Ziel ist es, mit der Politik der Landesregierung von Baden-Württemberg dafür zu sorgen, dass sich die guten Zahlen vom Mai des Jahres 2000, die sich im Juni leider ein Stück weit abgeschwächt haben, kontinuierlich aufrechterhalten lassen, damit der mittelständische Einzelhandel in Baden-Württemberg eine Chance hat. Mit dieser Wirtschaftspolitik und mit dieser Landesregierung wird er diese Chance haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Deuschle.

Abg. Deuschle REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte auf ein paar Punkte der Ausführungen des Herrn Wirtschaftsministers eingehen.

Herr Wirtschaftsminister, was den Ladenschluss betrifft, bin ich anderer Auffassung als Sie. Ich habe zwar auch diese Aussage des Einzelhandelsverbands zur Kenntnis genommen, doch die war für mich schon sehr problematisch. Wir haben nämlich, was die Familien der Einzelhändler und die Einzelhändler selbst betrifft, einen so genannten Selbstaubeutungsprozess. Im Einzelhandel wird nicht über eine 35-Stunden-Woche oder gar über eine 32-Stunden-Woche diskutiert, sondern dort geht es um eine 60-Stunden-Woche, und das muss man auch sehen, wenn man hier liberalisieren will.

Wir müssen natürlich auch eines sehen: Unsere Städte und Gemeinden dünne immer mehr aus. Wer denkt denn da

(Deuschle)

noch an die Seniorinnen und Senioren? Jeder wird ja mal älter und ist nicht mehr so mobil mit Auto usw. Doch wir müssen auch für die Seniorinnen und Senioren in unserem Land etwas tun.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Vergesst die Schwerhörigen nicht!)

– Herr Kollege Dr. Salomon von den Grünen, mit diesem Zwischenruf – auch Schwerhörigkeit ist etwas, was mit dem Alter kommt – disqualifizieren Sie sich.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Nein! Das wollte ich ja ergänzen!)

Sie disqualifizieren sich, wenn Sie die Älteren hier in diesem Land mit einem solchen Zwischenruf beleidigen!

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Kollege Deuschle, ich wollte das ergänzen, was Sie gesagt haben!)

Wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass in den Städten und Gemeinden immer mehr ausgedünnt wird. Schauen Sie sich das einmal an: Die Bankfilialen werden ausgedünnt, die Postfilialen werden ausgedünnt usw. Es wird immer schwieriger, vor Ort die Möglichkeit zu haben, am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben teilzunehmen.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

– Herr Kollege Hofer, Sie stimmen mir ja zu.

Was nun, Herr Minister, den Landesentwicklungsplan betrifft, stelle ich die Frage: Bleiben Sie bei diesem Zentralorte-System mit all diesen Konsequenzen für die Ausweitung von größeren Einzelhandelsbetrieben? Bleiben Sie dabei? Oder überlegen Sie sich wenigstens für die Kernzentren unseres Landes, in denen ja die Orte immer mehr zusammenwachsen und in denen Sie diese Trennung und Aufteilung gar nicht mehr schaffen können, andere Konzepte?

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das steht alles in der Antwort! Sie müssen es lesen! Steht drin! – Abg. Rosely Schweizer CDU: Außerdem hat er es gesagt!)

– Ja, gut, das habe ich schon gelesen. – Aber was haben Sie vor, um dies in den Griff zu bekommen?

Dann noch zum letzten Punkt: Es ist natürlich richtig, dass das Land Baden-Württemberg, was die Förderung über die MBG, diese Beteiligungsgesellschaft, die ja immerhin eine mittelständische Vereinigung ist, in die ja auch der Mittelstand Geld hineinsteckt, und über die Bürgschaftsbank betrifft – – Das muss man ja immer sagen: Nicht nur das Land, sondern auch die mittelständischen Organisationen – –

(Minister Dr. Döring: Selbsthilfeorganisationen der Wirtschaft!)

Es ist richtig, dass hier einiges gemacht wird. Aber bei meinen Recherchen für diese Debatte ist mir auch vom Einzelhandelsverband gesagt worden, hier müsse man noch

mehr tun, Herr Wirtschaftsminister, und das wollte ich Ihnen heute in dieser Debatte auch gesagt haben. Dass vieles ordentlich gelaufen ist, möchte ich nicht bestreiten. Wir müssen aber für unseren Mittelstand und für unseren Einzelhandel mehr tun. Hierzu fordere ich Sie von der Landesregierung ganz konkret auf. Wenn dies möglich wird, hat es sich als richtig erwiesen, dass die republikanische Fraktion diese Debatte über den Einzelhandel vorgezogen hat. Das war richtig. In diesem Sinne: Wenn wir gemeinsam für die Einzelhändler in unserem Land etwas erreichen, dann hat sich die Debatte heute auf jeden Fall gelohnt.

(Beifall bei den Republikanern)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Punkt 1 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Strukturreform der Bundeswehr und Erhalt der Standorte im Land – beantragt von der Fraktion der CDU

Das Präsidium hat die üblichen Redezeiten festgelegt: Gesamtdauer 50 Minuten, worauf die Redezeit der Regierung nicht angerechnet wird, fünf Minuten für die einleitenden Erklärungen und fünf Minuten für die Redner in der zweiten Runde.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Haasis.

Abg. Haasis CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Am 23. Mai wurde der Bericht der Weizsäcker-Kommission der Bundesregierung, dem Bundeskanzler und dem Bundesverteidigungsminister, übergeben. Aus diesem Anlass hat Bundeskanzler Schröder erklärt – ich darf mit Genehmigung des Präsidenten zitieren –:

(Abg. Göschel SPD: Brauchen Sie nicht!)

Die Entscheidungen müssen von vornherein auf ein möglichst breites und gesellschaftliches Fundament gestellt werden. Es geht um die Zukunft Hunderttausender Menschen in der Bundeswehr und ihrer Familien. Das erlaubt uns, nun endlich Planungssicherheit zu schaffen.

Das war am 23. Mai. Es ging darum, endlich Planungssicherheit zu schaffen. Es war dann im Juni eine Regierungserklärung des Bundesverteidigungsministers vorgesehen, die aber ausgefallen ist. Dafür gab es auf Antrag der CDU eine Debatte.

Weitere vier Wochen später, jetzt im Juli, ist weder Sicherheit geschaffen, noch gibt es klare Aussagen, sondern die Unsicherheit über die Zukunft der Bundeswehr ist weiter gestiegen. Viele Soldaten und auch viele zivile Mitarbeiter sorgen sich, wo und wie sie künftig bei der Bundeswehr beschäftigt sein werden. Das heißt, das Gegenteil von dem, was angekündigt wurde, ist eingetreten; Verunsicherung greift immer mehr Platz.

Es wird auch zum Teil mit unsachlichen Argumenten gegen die Bundeswehr argumentiert, wie schlecht die Aus-

(Haasis)

stattung sei, wie übel die Bundeswehr dastehe. Ich meine, das hat sie nicht verdient. Natürlich sind Reformen notwendig, wie immer und überall. Aber es ist auch in den letzten Jahren viel geschehen, und die Bundeswehr hat immer ausgezeichnete Arbeit geleistet,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

sei es bei den Einsätzen auf dem Balkan oder auch bei uns während der Oderflut und nach dem Sturm Lothar. Auch bei solchen Ereignissen hat die Bundeswehr immer ihre Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft gezeigt.

Deshalb, so meine ich, sollte man nicht durch übereifrige politische Debatten die Bundeswehr als marodes Gebilde darstellen oder sie für unfähig erklären, ihre Aufgaben zu erfüllen. Die Soldaten und auch die Führung genießen ob ihrer Professionalität und ihrer hohen Einsatzbereitschaft zu Recht ein entsprechendes Ansehen in der Bevölkerung, und wir wissen, dass auf sie Verlass ist. Wir danken ihnen auch für ihre Pflichterfüllung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der FDP/DVP
und des Abg. Brechtken SPD)

Nun haben viele schon nach der letzten Strukturreform entdeckt, welchen wichtigen Beitrag, auch aus wirtschaftspolitischer Sicht, die Bundeswehr für die einzelnen Standortgemeinden darstellt. Das gilt auch für diejenigen, die sich vorher nicht so sehr zur Bundeswehr bekannt haben. Deshalb hoffen wir, dass auch mit der rot-grünen Koalition in Berlin doch noch eine sachliche Debatte darüber möglich ist, wie wir die Bundeswehr neu strukturieren können.

Aber dabei darf es nicht nur ums Geld und das Diktat des Bundesfinanzministers gehen. Es ist schon komisch, wenn gerade aus dem Lager der SPD kritisiert wird, es sei in den letzten Jahren viel zu wenig investiert worden, und dann in der mittelfristigen Finanzplanung, die die alte Regierung vorgelegt hat, bis zum Jahr 2004 20 Milliarden DM bei der Bundeswehr gestrichen werden. Es sind 20 Milliarden DM weniger vorgesehen.

(Abg. Schmiedel SPD: Das ist falsch!)

Ich denke, dass dies der falsche Ansatz ist. Aber wir wissen zwischenzeitlich natürlich auch, weshalb es nicht weitergeht. Es geht nicht weiter, weil sich die Regierung in Berlin über die Zukunft der Bundeswehr nicht einig ist. Man hat sich darauf geeinigt, dass nur noch 255 000 Soldaten und 80 000 bis 90 000 Zivilbeschäftigte vorhanden sein sollen, gegenüber 130 000 Zivilbeschäftigten im Moment.

Aber der Knackpunkt ist eigentlich, dass zwischen SPD und Grünen wohl noch keine Einigung zum Thema allgemeine Wehrpflicht erzielt wurde. Dazu vertritt die SPD dieselbe Meinung wie wir, die Grünen aber wohl eine andere. Deswegen bitte ich Sie, für Klarheit zu sorgen, damit die Reform der Bundeswehr weitergeht und auch an unseren Standorten hier in Baden-Württemberg die Menschen wissen, woran sie sind.

Ich kann als Beispiel meinen eigenen Wahlkreis anführen: In Meßstetten ist das Luftwaffenkommando Süd stationiert, für dessen Erhalt wir natürlich eintreten. Es gibt nur zwei

Luftwaffenkommandos, nämlich das Luftwaffenkommando Nord in Kalkar und das in Meßstetten, das nach dem Strukturbericht zwar aufgelöst wird, aber es wird Ersatz geschaffen.

Sehr viele Menschen sind ungeheuer verunsichert, wie es nun weitergeht. Nachdem der Bundesverteidigungsminister erklärt hat, alle Standorte würden erhalten, haben das am Anfang vielleicht auch viele geglaubt. Jetzt merken sie, dass das eigentlich nicht sein kann, wenn man von 330 000 Soldaten auf 255 000

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen:
280 000!)

und von 130 000 Zivilbeschäftigten auf 80 000 bis 90 000 zurückgeht. Es ist nicht klar, wie man dann alle Standorte erhalten will.

Wir appellieren an die Kollegen von der SPD und von den Grünen, in Berlin mit dafür zu sorgen, dass Baden-Württemberg fair behandelt wird, denn wir haben schon bei der letzten Strukturreform Standorte eingebüßt, und wir bitten, insbesondere auch daran zu denken, was es bedeutet, wenn im ländlichen Raum Standorte geschlossen werden, was es nicht nur für die Wirtschaftskraft, sondern was es auch für die Zeitsoldaten bedeutet, wenn ihre Standorte konzentriert werden. Denken Sie einmal daran, was Soldaten, die in der Nähe von München stationiert sind, und was Soldaten, die auf der Schwäbischen Alb sind, bei dem niedrigen Gehaltsniveau, das die Bundeswehr hat, für Miete und Lebenshaltungskosten ausgeben müssen.

(Zuruf des Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen)

– Doch. Denken Sie doch daran: Insbesondere bei der Wehrbereichsverwaltung spielt es natürlich eine Rolle, ob sie in München sein wird oder ob sie, wie bei uns, in Stuttgart oder in Sigmaringen angesiedelt ist.

(Abg. Sieber CDU: Die Bayern sind halt clever,
das ist doch logisch!)

Wir bitten Sie: Machen Sie Ihren Einfluss geltend. Das ist jetzt ein Bereich, in dem SPD und Grüne einmal etwas für das Land tun können.

(Lachen bei der SPD – Zurufe von der SPD – Abg. Hans-Michael Bender CDU zur SPD: Wollt ihr nichts tun? – Gegenruf des Abg. Bebbler SPD: Sie sind doch die Miesmacher in Person! – Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

– Doch, da können Sie etwas für das Land tun, wenn Sie in Berlin darauf einwirken, dass wir rasch Klarheit bekommen und dass zentrale Standorte in Baden-Württemberg nach Möglichkeit erhalten bleiben und wir in dem Bereich nicht benachteiligt werden, wie die rot-grüne Regierung in Berlin das ja in vielen anderen Feldern zurzeit mit Baden-Württemberg versucht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Brechtken.

Abg. Brechtken SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will mit einem Dank an die Bundeswehr, an die Soldaten und an die Zivilbeschäftigten, beginnen, die, so glaube ich, auch in einer schwierigen Zeit der Umstrukturierung ihre Pflicht erfüllen und für uns alle Großartiges leisten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU –
Abg. Dr. Schlierer REP: Dünnere Beifall!)

Das Zweite, was ich hinzufügen will, ist: Vom Grundsatz her sollten wir zuerst einmal sehr dankbar sein, dass wir eine Umstrukturierung der Bundeswehr durchführen müssen; denn das ist auch ein Stück der Friedensdividende, die wir im Zusammenhang damit haben, dass wir heute Gott sei Dank zum ersten Mal in unserer Geschichte nur von Freunden umgeben sind und dass wir zum Zweiten im Hinblick auf die neuen Notwendigkeiten des Bündnisses und auf die Struktur des Bündnisses eine Anpassung der Bundeswehr vornehmen müssen. Diese müssen wir, glaube ich, gemeinsam gestalten und entwickeln.

Nun kann man eine Aktuelle Debatte dazu beantragen. Damit habe ich kein Problem. Ich halte es für gut, dass sich der Landtag mit diesem Thema beschäftigt. Man kann aber auch Gespräche hierzu führen. Wir haben bereits am 24. Juni alle Standortgemeinden des Landes zu einem Gespräch auch mit den wehrpolitischen Sprechern der Bundestagsfraktionen eingeladen.

(Abg. Haasis CDU: Die waren schwer enttäuscht!
Die Bürgermeister waren schwer enttäuscht!)

– Ach, lieber Herr Kollege. Zu der Enttäuschung komme ich gleich. Warten Sie ab, Herr Haasis. Ich wäre jetzt an dieser Stelle ganz vorsichtig. Ich werde noch etwas Schönes zitieren.

(Abg. Haasis CDU: Fragen Sie die mal! – Gegenruf des Abg. Heiler SPD)

Dieses Gespräch war wichtig und vernünftig, weil wir natürlich auch klarmachen werden, dass wir die Interessen der Standortgemeinden für dieses Land in die Gespräche einbringen wollen. Wir wollen aber auch eine Bundeswehr, die vernünftig strukturiert ist und die die Chance hat, die Zukunft zu bewältigen. Beides muss geleistet werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Nun habe ich ja Verständnis dafür, dass Sie die Aktuelle Debatte möglicherweise auch aufgrund Ihrer Erfahrungen aus der Vergangenheit beantragt haben. Ich habe Verständnis dafür, dass Standortgemeinden bei uns in tiefer Sorge sind. Dafür habe ich Verständnis; denn die alte Bundesregierung hat ihre Sanierungen und ihre Veränderungen in der Struktur natürlich schon zulasten Baden-Württembergs durchgeführt.

(Abg. Schmiedel SPD: So ist es!)

Ich will einmal einen Vergleich zwischen Baden-Württemberg und Bayern bringen.

(Abg. Schmiedel SPD: Ja!)

Wir haben in Baden-Württemberg – aktueller Stand – ca. 35 000 Soldaten. Die Bayern haben 82 000 Soldaten.

(Abg. Schmiedel SPD: Aha!)

Wir haben in Baden-Württemberg 57 Standorte, in Bayern 99 Standorte.

(Abg. Schmiedel SPD: Aha! – Zuruf des Abg. Dr. Schlierer REP)

Wir haben bei uns 26 Standorte mit mehr als 500 Dienstposten, in Bayern sind es 51 Standorte. Zwischen 1990 und 1998 betrug die Reduzierung in Bayern 36 Standorte, in Baden-Württemberg 50 Standorte.

(Abg. Schmiedel SPD: Ach, unglaublich! Ja, wer hat denn da geschlafen? – Gegenruf des Abg. Haasis CDU: Da sind auch die Depotverwaltungen dabei! – Weitere Zurufe von der SPD und Gegenrufe von der CDU – Ministerpräsident Teufel: Saudummes Geschwätz, kann ich nur sagen!)

Dafür, dass Sie und die Standortgemeinden natürlich in besonderer Sorge sind, habe ich Verständnis.

(Anhaltende Unruhe)

– Nein, das sind die Fakten. – Aber jetzt will ich etwas zitieren. Herr Präsident, ich nehme an, dass ich das darf; denn trotz der Aktuellen Debatte muss ich das ja vorlesen.

(Abg. Haasis CDU: Zählen Sie sie einmal auf!
Aufzählen! Alle 50 aufzählen!)

Mir liegt eine Pressemitteilung vom 30. Juni vor, in der aus einem Gespräch berichtet wird, das der Herr Ministerpräsident mit Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping geführt hat. In dieser Pressemitteilung heißt es – ich sage das, weil Sie gerade einen Zwischenruf gemacht haben, mit dem Sie die Zahlen bzw. die Tendenz der Zahlen bestreiten –:

Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping will bei den anstehenden Entscheidungen über die Zukunft der Bundeswehrstandorte die weit überdurchschnittliche Belastung Baden-Württembergs bei den Truppenreduzierungen der Vergangenheit berücksichtigen.

Herr Ministerpräsident Teufel hat dies bei diesem Gespräch als eine „wertvolle Zusage und Anlass zu verhaltenem Optimismus, vor allem für den Fortbestand der Bundeswehrstandorte in den strukturschwachen Regionen des Landes“ bezeichnet.

(Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der SPD – Lebhaftere Zurufe, u. a. von der SPD: Aha! – Gegenrufe von der CDU)

Sie machen Zwischenrufe – auch der Herr Ministerpräsident – und bezweifeln die Zahlen, die belegen, dass wir in besonderer Weise belastet sind. Ich lese Ihnen aus einer Pressemitteilung vor, dass der Ministerpräsident erstens sagt, dass es stimmt, und zweitens, dass er sich über das freut, was der Bundesverteidigungsminister dazu gesagt hat.

(Brechtken)

Es gibt einen weiteren Punkt in dieser Pressemitteilung:

Es freut mich,

– so sagt Herr Teufel –

dass sich der Minister Scharping der in den Neunzigerjahren erbrachten Vorleistungen in Baden-Württemberg bewusst ist und großes Verständnis für unsere Situation aufbringt.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Er schließt dann:

Es hat mich gefreut, dass der Bundesverteidigungsminister nicht die Schließung, sondern die Optimierung von Bundeswehrstandorten als ein Ziel seiner Wehreform genannt hat.

Er weist darauf hin – und das finde ich gut so –, dass im Frühjahr weitere Gespräche stattfinden. Wir werden die Gespräche weiterführen. Wir sind in einem Boot

(Ministerpräsident Teufel: Das ist was!)

und werden selbstverständlich die Interessen des Landes auch gegenüber dem Bund vertreten.

(Abg. Haasis CDU: Jetzt wirds gut!)

Meine Damen und Herren, ich will mit der Bemerkung abschließen: Ich habe Verständnis für Ihre Sorgen, vor allem im Hinblick auf die Vergangenheit. Aber ich muss sagen: Mit Rudolf Scharping werden wir weiter kommen als mit Ihren Verteidigungsministern in der Vergangenheit.

(Beifall bei der SPD – Abg. Haasis CDU: Nichts mit Zukunft! – Abg. Schmiedel SPD zur CDU: Wie viel Freunde habt ihr noch in den eigenen Reihen?)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Salomon.

Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das ist eine Aktuelle Debatte, und manchmal fragt man sich: Herr, was tun wir eigentlich? Was ist an dieser Debatte aktuell?

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen: Nichts!)

Mir ist gestern die Antwort auf eine Kleine Anfrage des Herrn Kollegen Rech mit dem Betreff „Zukunft der Bundeswehr-Standorte in Baden-Württemberg“ auf den Schreibtisch gekommen. Darin heißt es:

Ich frage die Landesregierung:

1. Sind die Pläne der Bundesregierung zur Schließung von Bundeswehr-Kasernen so weit entwickelt, dass man konkrete Aussagen über Standortschließungen im Land Baden-Württemberg treffen kann?

Herr Innenminister Schäuble antwortet auf diese erste Frage mit Nein. Punkt.

(Abg. Haasis CDU: Das ist das Problem!)

Dann muss man umblättern. Weil es wahrscheinlich unhöflich ist, auf eine Frage nur mit Nein zu antworten, führt er in wenigen Sätzen noch Ähnliches wie der Kollege Brechtken gerade aus. Da heißt es:

Nach Angaben der Bundesregierung sollen konkrete Stationierungsentscheidungen erst nach Abschluss der Feinausplanung der Reform, spätestens bis zum Jahresende 2000, getroffen werden.

(Abg. Haasis CDU: Salomon hat sich nicht vorbereitet! Deshalb liest er CDU-Anfragen vor!)

Dann wird weiter ausgeführt:

In einem Gespräch mit Ministerpräsident Teufel am 30.06.2000 hat der Bundesverteidigungsminister zugesichert, bei den Standortentscheidungen die weit überdurchschnittliche Belastung Baden-Württembergs in der Vergangenheit zu berücksichtigen,

(Abg. Zeiher CDU: Das haben wir schon einmal gehört!)

die Präsenz der Truppe in der Fläche zu erhalten und künftig noch stärker auf eine heimat- und berufsnahe Einberufung von Wehrpflichtigen Wert zu legen.

(Abg. Haasis CDU: Das haben wir gestern schon gelesen!)

Außerdem sollen die Belange der regionalen Wirtschaftsstruktur und des Arbeitsmarktes bei den Stationierungsentscheidungen Berücksichtigung finden.

(Abg. Rech CDU: Redezeit um! – Abg. Wacker CDU: Lesestunde um!)

So weit die Antwort auf die Kleine Anfrage. Da frage ich mich, was an dieser Debatte momentan aktuell ist.

(Abg. Haasis CDU: Ist das alles, was die Grünen dazu zu sagen haben?)

Der aktuelle Stand ist, dass die Weizsäcker-Kommission ihren Bericht zur zukünftigen Struktur der Bundeswehr abgeliefert hat, dass dieser Bericht große Resonanz in der Öffentlichkeit gefunden hat

(Abg. Dr. Schlierer REP: Das Papier ist Schnee von gestern!)

und eigentlich vom Ergebnis her auch gar nicht umstritten war und dass die Bundesregierung Beschlüsse gefasst hat, die diesem Bericht der Weizsäcker-Kommission in der Schärfe und in der Gänze nicht entsprechen.

(Abg. Hauk CDU: Jetzt haben wir die Regierung gehört, jetzt würden wir auch gern mal die Grünen hören!)

Die Regierung hat sich trotz unterschiedlicher Meinungen von SPD und Grünen auf die Perspektive bis zum Jahr 2002 geeinigt.

(Abg. Hauk CDU: Regierungssprecher Salomon!)

Was daran aktuell sein soll, muss man schon fragen.

(Dr. Salomon)

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Aktuell sind die Sorgen der Menschen vor Ort!)

Sie versuchen, unter dem Deckmäntelchen „Wir wahren die Interessen des Landes“ Oppositionspolitik gegenüber dem Bund zu machen, vergessen aber eines: In der Debatte um die Reform der Bundeswehr muss man doch zuerst einmal fragen: Was für eine Bundeswehr wollen wir? Was für eine Bundeswehr brauchen wir?

(Abg. Haasis CDU: Was wollen die Grünen?)

– Das kann ich Ihnen gleich sagen, was wir wollen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Dr. Salomon, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Reinhart?

Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Aber gern doch.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Abg. Dr. Reinhart.

Abg. Dr. Reinhart CDU: Herr Kollege Salomon, ist Ihnen bekannt, dass der Bundesverteidigungsminister geäußert hat, dass er im September bereits Entscheidungen in dieser Frage treffen möchte? Deshalb frage ich Sie bei der letzten Sitzung vor der Sommerpause, was aktueller als diese Frage ist, wenn bereits im September eine Entscheidung ansteht.

Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Da sind Sie falsch informiert. Im September soll eine Entscheidung über die Grobplanung fallen, welche Struktur das Heer haben wird. Die Feinplanung, die dann die Ausgestaltung der Standorte betreffen wird, ist frühestens im Frühjahr 2001 zu erwarten. Wenn es zu Schließungen kommt, dann frühestens im Jahr 2002.

Aber die entscheidende Frage ist die, die Herr Brechtken angesprochen hat.

(Zuruf des Abg. Haasis CDU)

Sie haben in Baden-Württemberg in den Neunzigerjahren, weil es notwendig war, ohne Ende Standorte geschlossen. Jetzt kommt eine Strukturkommission unter dem Vorsitz von Altbundespräsident von Weizsäcker zu dem Ergebnis – ich will Ihnen das Ergebnis einmal vorlesen; das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen –:

(Abg. Haasis CDU: Jetzt sagen Sie einmal, was die Grünen wollen!)

Die Bundeswehr des Jahres 2000 ist mit Blick auf die genannten Forderungen nicht im Gleichgewicht. Sie ist zu groß,

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP – Abg. Dr. Reinhart CDU: Sie reden nur über andere!)

falsch zusammengesetzt und zunehmend unmodern. In ihrer heutigen Struktur hat die Bundeswehr keine Zukunft. Die Wehrform produziert zu große Personalumfänge bei gleichzeitig zu schwachen Einsatzkräften.

Das ist das Ergebnis der Weizsäcker-Kommission. Dem ist nicht widersprochen worden. Das heißt, es ist klar: Es wird zu Truppenreduzierungen kommen, und es wird auch zu Reduzierungen des Zivilpersonalbestands kommen. Das ist doch gar keine Frage. Das heißt, es wird logischerweise, da wir hier nicht auf der Insel der Seligen leben, auch in Baden-Württemberg zu Standortschließungen kommen.

(Zuruf des Abg. Wacker CDU)

Wo und in welchem Umfang dies geschieht, ist heute noch unklar. Aber dass es dazu kommen wird, ist völlig klar.

Jetzt sagen Sie einfach: Nein, nein, nein, das darf alles nicht sein. Ich würde Sie im Interesse der betroffenen Soldaten und ihrer Familien sowie der Zivilbeschäftigten und ihrer Angehörigen dringend bitten,

(Abg. Haasis CDU: Er hat vorhin gar nicht aufgepasst!)

hier nicht einfach nur den Bremser und den Neinsager zu spielen, sondern sich schon jetzt und damit rechtzeitig zu überlegen, wie man den dann betroffenen Standorten konkret helfen kann.

(Abg. Hauk CDU: Das ist dasselbe Prinzip wie überall! Berlin schließt! – Ministerpräsident Teufel: Sollte da nicht der Bund helfen?)

– Was heißt „Berlin schließt“? Sie waren 16 Jahre in Bonn verantwortlich

(Beifall des Abg. Moser SPD)

und haben etwas getan, was Sie zwar nicht gern getan haben, was Sie aber tun mussten. Sie haben den Truppenumfang reduziert. Herr Kollege Hauk, der Kalte Krieg ist beendet.

(Abg. Hauk CDU: Keine Frage! – Zuruf des Abg. Dr. Reinhart CDU)

Wir brauchen eine andere Bundeswehr, wir brauchen eine andere Struktur. Was soll das eigentlich, was Sie hier machen?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Das erinnert mich ungeheuer stark an die Debatte, die wir in diesem Haus vor drei Wochen geführt haben, als es um das Thema „Ausstieg aus der Kernenergie“ und den Standort Obrigheim ging. Sie verteidigen wider besseres Wissen den Standort Obrigheim, anstatt sich um konkrete Alternativen zu bemühen. Ich fordere von Ihnen als Landesregierung ein, dass Sie sich schon jetzt in Richtung Konversion überlegen, was man dann an den betroffenen Standorten tun kann.

(Zurufe der Abg. Hauk und Hans-Michael Bender CDU)

Es geht um die Menschen vor Ort und nicht um Ihre Ideologie.

(Lachen des Abg. Kluck FDP/DVP)

(Dr. Salomon)

Wenn Sie Opposition gegen die Regierung in Berlin betreiben wollen, müssen Sie sich schlauer verhalten.

Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Glück.

Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Am Beginn meiner Rede möchte ich der Bundeswehr kein pauschales Lob entgegenbringen. Ich verweise darauf, dass ich der Bundeswehr meinen persönlichen Respekt dadurch bekundet habe, dass ich dort 40 Jahre aktiv als Reservist tätig war.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Brechtken SPD: Welchen Rang haben Sie erreicht? – Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist unbestritten: Die Bundeswehr ist ein großer Wirtschaftsfaktor. Manche entdecken ihre Liebe zur Bundeswehr erst in dem Augenblick, wenn sie vor Ort abgezogen werden soll.

(Abg. Deuschle REP: Eben!)

Die Garnisonsstädte haben in Zeiten der Hochkonjunktur teilweise erhebliche Nachteile hinnehmen müssen, weil viele Arbeitskräfte durch die Bundeswehr gebunden und so der allgemeinen Wirtschaft entzogen waren.

In Zeiten der Arbeitslosigkeit – das ist unbestritten – hatten die Garnisonsstädte auch viele Vorteile. Denn die Bundeswehr hat sichere Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt. Hier haben sich teilweise sehr feste Strukturen gebildet, vor allem in den kleineren Gemeinden und im ländlichen Raum. Der Abzug würde vor allem solche kleinen Gemeinden ganz besonders hart treffen.

Meine Damen und Herren, natürlich müssen wir uns glücklich schätzen, dass die Armeen in Europa abgebaut werden. An diesem Abbau wird auch Baden-Württemberg letztlich nicht ganz vorbeikommen. Die Frage ist: Wie stark wird er ausfallen, und wo wird er stattfinden? Wir müssen uns vor Schnellschüssen hüten, indem wir sagen: „Hier“ oder „hier nicht“. Denn bei der letzten Reduktion der Bundeswehr hatten die bayrischen Garnisonsstädte beispielsweise eine gemeinsame Strategie, während die einzelnen Garnisonsstädte bei uns teilweise nach dem Sankt-Florians-Prinzip verfahren sind.

(Abg. Brechtken SPD: Da muss man halt organisieren und bündeln!)

– Das wird ja jetzt gemacht; darauf komme ich gleich, Herr Brechtken. – Die Bilanz war dann, dass Baden-Württemberg ungleich stärker bluten musste. Jetzt haben wir in der Tat die Situation, dass in Bayern etwa doppelt so viele Soldaten stationiert sind wie in Baden-Württemberg. Das müssen wir als gegeben hinnehmen. Aber es darf jetzt natürlich nicht die Argumentation der Bayern sein, zu sagen: „Wenn es schon so ist, dass wir doppelt so viele Soldaten haben, dann müssen auch WBK und WBV nach Bayern und mit der Nummer 6 fusioniert werden.“ Das darf nicht sein.

Meine Damen und Herren, ich bin froh, dass die Landesregierung gemeinsam mit den Garnisonsstädten eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe für ein gemeinsames Handeln gebildet hat. Herr Ministerpräsident, ich würde Sie bitten, persönlich mit Herrn Stoiber ein Gespräch zu führen, um die Südachse in diesem Deal zu stärken

(Abg. Brechtken SPD: Die Südachse geht meistens zu unseren Lasten!)

und um zu verhindern, dass es bei der Reduktion der Bundeswehr zu einem Süd-Nord-Gefälle kommt.

Die Zusagen, die vom Herrn Verteidigungsminister gemacht wurden, halte ich für wichtig, und sie können mit Recht beklatscht werden. Allerdings würde ich mich nicht allein darauf verlassen; wir müssen selbst aufpassen und gemeinsam handeln.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Kluck FDP/DVP: Sehr richtig!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Schlierer.

Abg. Dr. Schlierer REP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich habe vorhin im Verlauf der Debatte versucht, die Aktualität des Themas zu ergründen, und habe mich natürlich gefragt, ob uns die antragstellende Fraktion heute in irgendeiner Weise etwas Konkretes zu ihrer sehr allgemein gehaltenen Position vortragen kann.

Herr Kollege Haasis, ich glaube, dass der eigentliche Anlass zu dieser Debatte in Folgendem liegt: In der Tat hat die SPD-Landtagsfraktion hier am 24. Juni eine Veranstaltung durchgeführt. Im Laufe dieser Veranstaltung hat es eine sehr kontroverse Diskussion gegeben. Der Deutsche Bundeswehr-Verband, Landesverband Süddeutschland, hat im Nachgang zu dieser Diskussion dann Folgendes festgestellt – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten aus einem Schreiben des Bezirksvorsitzenden des Bezirks Ostalb-Donau-Iller –:

Es ist bezeichnend, dass die Opposition im Landtag diese Veranstaltung plant und durchführt, die Landesregierung aber offensichtlich ihren „Schlaf des Gerechten“ weiterführt.

(Abg. Schmiedel SPD: Oi! Der Schlaf des Gerechten! – Beifall und Lachen des Abg. Brechtken SPD)

Sehen Sie, das ist doch der eigentliche Anlass: Sie haben gemerkt, dass es in der Bundeswehr inzwischen natürlich eine intensive Debatte darüber gibt. Deshalb hat man dieses Register heute gezogen. Denn eines wissen auch Sie, Herr Kollege Haasis: Vor Jahresende wird es keine Standortentscheidung geben. Sie wissen zudem, dass die Bundesregierung zugesichert hat, mit allen Landesregierungen zu sprechen und zu verhandeln, bevor Standortschließungen kommen. Deswegen ist Ihre Debatte heute nur einer einzigen Sorge entsprungen: der, dass die Klientel Bundeswehr nicht genügend von Ihnen bedient werden kann. Das ist der eigentliche Anlass.

(Beifall bei den Republikanern)

(Dr. Schlierer)

Jetzt zum Thema.

(Abg. Haasis CDU: Natürlich wollen wir der Bundeswehr helfen! Das ist doch wohl klar!)

– Ja, selbstverständlich, das will jeder, mit Ausnahme der Grünen. Also, darüber brauchen wir uns nicht zu streiten. Das ist aber kein Anlass für eine Aktuelle Debatte.

Die Ausgangslage ist von einigen hier angesprochen, aber meiner Meinung nach völlig unzureichend dargestellt worden. Wir haben den Kabinettsbeschluss vom 21. Juni 2000. Herr Salomon, Sie haben noch nicht mitbekommen, dass das Papier der Weizsäcker-Kommission Schnee von gestern ist.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das habe ich schon mitbekommen!)

Der Bundesminister der Verteidigung hat eine klare Entscheidung in diesem Eckpfeilerpapier getroffen. Deswegen ist der Rückgriff auf die Diskussion, die davor gelaufen ist, völlig uninteressant.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Aber das Weizsäcker-Papier wird kommen!)

– Das war ein Papier. Sie können auch von zehn Jahre alten Papieren sprechen. Das interessiert uns im Moment nicht.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Nein, das Papier ist wieder aktuell!)

Uns interessiert die klare Entscheidung des Bundesministers der Verteidigung, für die Zukunft einen Streitkräfteumfang vorzusehen, der auf einer interessanten Überlegung beruht, nämlich auf der Überlegung, nicht das im Grundgesetz vorgesehene Ziel – nämlich das der Landesverteidigung, wie es in Artikel 87 a des Grundgesetzes steht – zur Grundlage für die Bemessung des Streitkräfteumfangs zu machen, sondern allein die Zusagen an die NATO und die EU. Sie können es im Papier nachlesen. Das ist hochinteressant.

Da wird nämlich von der Verpflichtung ausgegangen, entweder eine große Operation mit 50 000 Mann für den Zeitraum eines Jahres oder aber zwei mittlere Operationen mit jeweils bis zu 10 000 Mann über mehrere Monate hinweg stellen zu können. Das heißt, man geht bei dieser Berechnung davon aus, dass bei 30 Monaten je fünf Kontingente pro Operation zur Verfügung stehen müssten. Dann benötigt man 150 000 Mann Einsatzkräfte. Das ist die Basis. Dann rechnet man im Bundesministerium der Verteidigung noch 105 000 Soldaten dazu, die der militärischen Grundorganisation zugeordnet werden. Daraus ergibt sich der jetzt vorgesehene Streitkräfteumfang von 255 000 Soldatinnen und Soldaten.

Jetzt frage ich mich natürlich an dieser Stelle: Was ist eigentlich der Zweck unserer Streitkräfte? Für mich bleibt nach wie vor das verbindlich, was im Grundgesetz steht. Da steht drin, dass zunächst einmal die Landesverteidigung der Maßstab der Dinge ist.

(Beifall bei den Republikanern)

Deswegen sagen wir heute: Das, was uns hier als große Reform versprochen wird, basiert bereits auf einer völlig falschen Grundlage.

Jetzt gehen Sie mal zu der Truppe, fragen Sie mal Soldaten, sprechen Sie mal mit dem Bundeswehr-Verband. Sie bekommen dort eine klare Aussage. Ich weiß das von den Kameraden, mit denen ich nach wie vor in engem Kontakt bin, die mir immer wieder klar sagen: Streitkräfte brauchen wir zur Landesverteidigung, aber nicht primär zur Krisenintervention. Das sollte hier bei dieser Gelegenheit einmal deutlich gesagt werden.

(Beifall bei den Republikanern)

Ein Wort noch zu den Standorten. Die Standorte sollen ja neben der Tatsache, dass man sie natürlich für die Organisation braucht, mehrere Funktionen erfüllen. Sie sollen die heimatnahe Einberufung sicherstellen. Wenn wir davon ausgehen, dass wir die Wehrpflicht noch in entsprechend beschränktem Umfang beibehalten, dann ist vor allen Dingen darauf zu achten, dass unsere Soldaten, die hier in Baden-Württemberg einberufen werden, eben nicht Hunderte von Kilometern zum nächsten Standort fahren müssen. Wir wollen die Integration der Streitkräfte in die Gesellschaft. Das setzt voraus, dass auch die jetzt schon entstandenen Verflechtungen und Bindungen zwischen den Standorten und den Garnisonskommunen aufrechterhalten werden.

(Beifall bei den Republikanern)

Ein letzter Satz: Dass natürlich die Bundeswehr auch Wirtschaftsfaktor ist, dass die Ausgaben an den Garnisonsorten wichtig sind, die Aufträge, die Nachfrage, ist unstrittig. Aber eines, meine Damen und Herren, muss auch klar sein: Wir müssen bei der Entscheidung darüber, was künftig für unsere Landesverteidigung an Strukturen zur Verfügung steht, die Maßstäbe im Auge behalten. Da kann es nicht sein, dass zunächst die rein finanzpolitische oder die rein ökonomische Sichtweise dominiert und dann eventuell im zweiten Schritt erst gefragt wird, was wir militärisch brauchen. Umgekehrt muss die Entscheidung laufen; dann wird sie richtig.

(Beifall bei den Republikanern)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Behringer.

(Abg. Herrmann CDU: Jetzt spricht ein Mann der Praxis! Oberstabsfeldwebel! – Abg. Deuschle REP: Der rechte Flügel!)

Abg. Behringer CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CDU-Fraktion hat diese Aktuelle Debatte beantragt, weil wir in Sorge um die weitere Entwicklung der Bundeswehr sind. Standorte in Baden-Württemberg laufen Gefahr, geschlossen zu werden. Soldaten, Garnisonsbürgermeister, Landkreise, ja unsere Bevölkerung sind verunsichert, sind beunruhigt, sind betroffen von den beabsichtigten Maßnahmen der rot-grünen Bundesregierung.

Diese Bundesregierung hat nun ein Konzept für die Zukunft vorgelegt, das keine gesicherte finanzielle Grundlage hat. So werden zum Beispiel innerhalb von vier Jahren

(Behringer)

Mittel von 20 Milliarden DM gegenüber der mittelfristigen Finanzplanung der ehemaligen Bundesregierung eingespart. Damit kann weder der Umbau der Bundeswehr gestaltet noch finanziert werden, noch können durch diese Sparpläne die eingegangenen Verpflichtungen gegenüber Bündnis und EU erfüllt werden. Es geht um Glaubwürdigkeit, es geht um Planungssicherheit für Soldaten und Soldatinnen und für die zivilen Mitarbeiter, es geht um Sicherheit der Familien, Planungssicherheit für die Bundeswehrstandorte, Herr Brechtken.

Der Verteidigungsminister hat nun beschlossen, 70 000 Soldaten einzusparen. Die zivile Verwaltung soll um 50 000 Stellen abgespeckt werden. Meine Damen und Herren, nach unserer Kenntnis stehen die Verlegung der Wehrbereichsverwaltung in Stuttgart, die Defusion des Wehrbereichskommandos in Sigmaringen, die Auflösung des Luftwaffenkommandos in Meßstetten zur Disposition, obwohl der Verteidigungsminister vor kurzem in Stetten am kalten Markt erklärt hat, es würden keine Standorte geschlossen, beispielsweise Meßstetten sei gesichert.

Baden-Württemberg, meine sehr verehrten Damen und Herren, kann auf keinen Standort verzichten.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben damals bei der letzten Strukturreform erheblich mehr Federn lassen müssen, Herr Brechtken, als andere Standorte.

(Abg. Brechtken SPD: Da habt ihr euch nicht durchsetzen können!)

Wenn Sie jetzt Bayern ansprechen, dann muss man auch erkennen, dass damals die Sicherheitslage, Herr Schmiedel, eine andere war als die im Jahre 2000. Damals schrieben wir das Jahr 1990, jetzt haben wir das Jahr 2000, und die Situation ist halt eine andere.

(Beifall bei der CDU)

Aufgrund der damaligen Vorleistungen hoffen wir jetzt, dass es mit Unterstützung der SPD – ihr regiert ja in Bonn,

(Zuruf von der SPD: In Berlin!)

in Berlin – zu keinen Standortschließungen kommt.

Meine Damen und Herren, unsere Bundeswehrstandorte in Baden-Württemberg sind von der Qualität her die besten von allen Bundesländern. So haben wir zum Beispiel in Stetten am kalten Markt den am modernsten eingerichteten Standort mit Truppenübungsplatz. Im Landkreis Sigmaringen sind 6 000 Soldaten stationiert, daneben in Meßstetten über 1 000 Soldaten. Der Landkreis Sigmaringen ist der strukturschwächste und dünnst besiedelte Kreis unseres Bundeslandes, das Schlusslicht bei der Wirtschaftskraft, bei der Kaufkraft.

(Zuruf von der SPD: Wer ist denn dort der Abgeordnete?)

Unsere Garnisonen stellen für diese Region einen ganz erheblichen Wirtschaftsfaktor dar. Es wäre verheerend, wenn einer dieser Standorte geschlossen werden würde.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Brechtken hat vorhin gesagt: Wir sitzen alle in einem Boot. Das ist richtig.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das nennt sich Marine!)

Wir appellieren an die SPD. Ein Appell an die Grünen hat wohl wenig Sinn, weil sie mit der Bundeswehr und mit der Wehrpflicht nichts am Hut haben. Deswegen appelliere ich an die SPD, ihr Gewicht in Berlin in die Waagschale zu werfen,

(Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

zu helfen, dass unsere Standorte in Baden-Württemberg erhalten bleiben. Meine Damen und Herren, unsere Bundeswehr kann sich auf die Christlich-Demokratische Union verlassen.

(Zuruf von der SPD: Jawohl! – Beifall bei der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich dem Herrn Ministerpräsidenten.

Ministerpräsident Teufel: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei einer Debatte zur Bundeswehr denke ich am heutigen Tag, dem 20. Juli, zuerst an die gute Tradition, an die die Bundeswehr anknüpfen konnte, nämlich an den Widerstand von Männern und Frauen im Dritten Reich gegen das Unrechtsregime, einen Widerstand, der in der mutigen Tat unseres Landsmanns Claus Graf Schenk von Stauffenberg mündete, der am 20. Juli für seine Überzeugung sein Leben lassen musste.

Die Landesregierungen, meine Damen und Herren, von Baden-Württemberg standen und stehen zur Bundeswehr von Anfang an, seit ihrer Gründung im Jahre 1955 und durch alle politischen Streitfragen hindurch vom NATO-Beitritt bis zur Nachrüstung.

Wir haben die Bundeswehr nicht erst entdeckt, als in den Neunzigerjahren Standorte geschlossen werden sollten. Wir danken den Soldaten für ihren Friedensdienst, wir danken den Angehörigen für die großen Opfer, die sie mit ihrem häufigen Wohnortwechsel und der Mitsorge um ihre Männer und Söhne erbringen. Die derzeitigen Sorgen der Soldaten, der Zivilbeschäftigten und der Standortgemeinden sind auch unsere Sorgen.

Im Grunde ist es erfreulich – das haben mehrere Vorredner gesagt, und das möchte ich ausdrücklich bestätigen –, dass durch den Zusammenbruch des Kommunismus und der Sowjetunion im Jahre 1989 eine Zeitenwende in Europa und auch eine völlig veränderte Sicherheitslage für die Bundesrepublik Deutschland entstanden ist, die auch eine Reduzierung der Truppenstärke der Bundeswehr ermöglicht. Das hat natürlich Folgen für die Standorte, auch für die Standorte in Baden-Württemberg.

Ich möchte aus meiner Sicht ein paar Bemerkungen zum derzeitigen Stand der Bundeswehrreform und zum Ziel dieser Debatte machen, über das wir uns hoffentlich über alle Fraktionen hinweg einig sind.

(Ministerpräsident Teufel)

Es gibt das Eckpfeilerpapier von Bundesverteidigungsminister Scharping und die Beschlüsse der Bundesregierung zum Bundeshaushalt 2001. Beide bieten nun erstmals eine konkrete Grundlage für die anstehende Bundeswehrreform. Kernelemente sind neben der militärstrategischen Neuorientierung und der grundlegenden Modernisierung der Bundeswehr eine Reduzierung der Truppenstärke von 320 000 auf 277 000 Soldaten und eine Reduzierung des Zivilpersonals von 120 000 auf 80 000 Mitarbeiter. Fest steht: Ein Personalabbau in diesem Umfang – ich sage es noch einmal – wird gravierende Folgen für alle Bundeswehrstandorte haben. Nach unseren Berechnungen wird die von Herrn Scharping bereits angekündigte Überprüfung und weitgehende Schließung von 166 so genannten Kleinststandorten mit Belegstärken unter 50 Personen bestenfalls ein Zehntel der beabsichtigten Stelleneinsparungen bringen.

Der Reformprozess tritt jetzt in die Phase der so genannten Feinausplanung. Vorhin ist darüber diskutiert worden, dass dies erst im nächsten Jahr der Fall sei und deswegen diese Debatte im Augenblick nicht aktuell sei.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Ich habe gar nichts anderes gesagt!)

Herr Kollege Salomon und auch andere haben das gesagt. Der Bundesverteidigungsminister hat angekündigt – hoffentlich kommt es auch so –, dass bis Ende dieses Jahres jeder Bundeswehrangehörige und jeder Bürgermeister einer Standortgemeinde genau wisse, wohin der Weg in die Zukunft führt. Das ist die Aussage des Bundesverteidigungsministers.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Darauf stütze ich mich. Ich halte das auch für richtig. Deswegen ist Ihre Vermutung falsch; jedenfalls widerspricht sie der Aussage des Bundesverteidigungsministers.

Meine Damen und Herren, in den nächsten Wochen und Monaten wird sich auch die Zukunft der baden-württembergischen Standorte entscheiden. Für uns steht außerordentlich viel auf dem Spiel. Warum? Weil die meisten unserer großen Standorte im strukturschwachen ländlichen Raum liegen.

Verehrter Herr Kollege Brechtken, Sie sollten – nur deshalb habe ich vorhin einen Zwischenruf gemacht – nicht kleinreden, was wir in der großen Koalition gemeinsam zu diesem Thema zustande gebracht hatten. Die letzte Reduzierung, die Sie kritisiert haben, fand während der großen Koalition statt. Sie erinnern sich sicher an mehrere Debatten im Kabinett, an denen Sie ganz persönlich teilgenommen haben.

(Abg. Haas CDU: Das weiß er auch!)

Wir haben damals gesagt: Wir wollen alle Standorte in den Städten aufgeben, weil sie dort nicht zwingend notwendig sind. Wir wollten dafür alle Standorte im dünn besiedelten ländlichen Raum halten können. Das ist uns weitestgehend gelungen.

(Beifall des Abg. Haasis CDU)

Ich sage dazu nur: Keiner hat dabei solche Verdienste wie der damalige Bevollmächtigte des Landes beim Bund, Staatssekretär Wabro, der Dutzende von Gesprächen geführt hat.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir haben sämtliche Standorte im Neckar-Odenwald-Kreis halten können, wir haben sämtliche Standorte im Main-Tauber-Kreis halten können, wir haben die Standorte von Müllheim über Immendingen bis nach Pfullendorf halten können. Wir haben Sigmaringen stärken können, indem wir als einziges Land bereit waren, ein Wehrbereichskommando zu verlegen, nämlich das von Stuttgart nach Sigmaringen. Dies war unsere Politik.

Im Grunde sind am Ende zwei Wünsche übrig geblieben. Wenn ich die noch erfüllt bekommen hätte, wäre das für Baden-Württemberg eine voll befriedigende Lösung gewesen. Das waren die Standorte Bad Mergentheim und Nagold. Es war Sünd und Schand, dass diese beiden Standorte – übrigens mit besten Kasernen und mit bester Infrastruktur – aufgegeben wurden. Gleiches gilt auch für Neuhausen ob Eck, aber dort lag es am Flughafen, den die Bundeswehr nicht mehr gebraucht hat. Das war bedauerlich.

Meine Damen und Herren, wir haben damals außerordentlich viel erreicht. Man muss also schon zu Laien reden, Herr Kollege Brechtken, wenn man die Zahl der Bundeswehrsoldaten in Bayern und in Baden-Württemberg vergleicht. Ich wundere mich übrigens darüber, dass Sie nur Bayern zum Vergleich herangezogen haben. Sie hätten einen genauso eindrucksvollen Vergleich zwischen Hessen und Baden-Württemberg, zwischen Niedersachsen und Baden-Württemberg oder zwischen Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg machen können. Warum denn? Weil von Schleswig-Holstein bis Bayern bei einer Strategie der Vorwärtsverteidigung natürlich sehr viel mehr Truppen, sehr viel mehr Soldaten entlang der Zonengrenze oder entlang der tschechischen Grenze stationiert gewesen sind. Deswegen sind die Ausgangssituationen in den einzelnen Ländern natürlich völlig unterschiedlich.

(Abg. Brechtken SPD: Dann hätte man dort mehr abbauen müssen, weil sich die Gefechtslage geändert hat! Das ist genau der Punkt! Das ist doch unlogisch!)

Das ist aber der einzige Blick zurück. Also, warum machen Sie das, was Sie in der großen Koalition mit erreicht und mitgetragen haben, eigentlich schlecht?

(Beifall bei der CDU)

Natürlich können Sie jetzt sagen, man müsse in Bayern mehr abbauen. Aber wenn Sie absolut sehr viel mehr Soldaten haben, ist doch klar, dass nicht der völlig gleiche Abbau erfolgt.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Brechtken?

Ministerpräsident Teufel: Meine Damen und Herren, wäre es denn nicht vernünftig, vorwärts zu schauen? Von mir aus war es der letzte Blick zurück, und der steht auch überhaupt nicht in meinem Konzept. Ich wollte vielmehr nach vorne blicken. Es geht nämlich jetzt um die neue Standortplanung und um das, was wir jetzt erreichen wollen.

(Abg. Schmiedel SPD: Nur wer seine Vergangenheit kennt, kennt auch die Zukunft!)

Aber da Sie den Blick zurückgeworfen und ein Stück weit eigene Nestbeschmutzung betrieben haben, wollte ich das doch klarstellen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Brechtken?

Ministerpräsident Teufel: Ja, gerne. Aber dann wäre ich dankbar, wenn ich das Konzept im Zusammenhang darstellen könnte.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Abg. Brechtken.

Abg. Brechtken SPD: Herr Ministerpräsident, würden Sie zur Kenntnis nehmen, dass ich erstens voll dazu stehe, was wir in der großen Koalition gemeinsam erreicht haben – das war nicht mein Problem, sondern ich habe nur auf die einleitende Bemerkung des Kollegen Haasis geantwortet –, und dass es in der Tat so ist, dass die Bayern gerade angesichts der Veränderungen seit Ende des letzten Jahrzehnts im Hinblick auf die Vorneverteidigung überdurchschnittlich viel erreicht haben im Vergleich zu dem, was ich vorhin an Zahlen genannt habe, und dass es genau der Punkt ist, dass wir in besonderer Weise aufpassen müssen, dass es nicht erneut passiert, dass wir unsere Interessen gegenüber den Bayern nicht wahrnehmen?

Ministerpräsident Teufel: Oh Herr Kollege Brechtken, vielleicht gehen Sie ein bisschen mehr in die Tiefe. Dann werden Sie feststellen, dass die ganze Veränderung der NATO-Strategie danach – zwischen diesem Datum, als wir die erste Standorteplanung hatten, und dem heutigen Tag – erfolgt ist, erst danach und nicht davor. Das würden Sie feststellen.

(Abg. Brechtken SPD: Okay!)

Jetzt noch einmal: Es steht jetzt außerordentlich viel für Baden-Württemberg auf dem Spiel, weil wir keinen Spielraum mehr haben. Wir haben alle Standorte aufgegeben, die man auch gerne behalten hätte, aber auf die man verzichten konnte. Jetzt ginge es ans Eingemachte. Wenn auch nur ein Standort in Baden-Württemberg geschlossen wird, wird es ein Standort im dünn besiedelten ländlichen Raum sein, und das wird dann außerordentliche Folgen für die Struktur der betreffenden Standortgemeinde haben. Deswegen kämpfen wir jetzt wirklich um jeden einzelnen Standort.

Die Bundeswehr – auch darauf hat beispielsweise der Kollege Glück hingewiesen, aber auch andere, etwa der Kollege Haasis – ist oft der größte Arbeitgeber an einem Ort. Die gemeindliche Infrastruktur ist weitgehend von der Bundeswehr abhängig. Kindergartenplätze wurden ge-

schaffen – natürlich auch bezogen auf die Angehörigen der Bundeswehrsoldaten in diesen Gemeinden. Gleiches gilt für die Kläranlagenplanung. In Stetten am kalten Markt habe ich mir das einmal angeschaut. Die stehen auf einmal mit einer viel zu großen Kläranlage da, wenn die Franzosen abziehen und auch die Bundeswehr nennenswert reduzieren würde. Einzelhandel, Gastronomie, Handwerk – die gesamte Infrastruktur ist auf eine größere Einwohnerzahl ausgelegt.

Beispiele, aber wirklich nur Beispiele, die den Ernst der Situation belegen: Immendingen hat bei 5 800 Einwohnern nur 832 Arbeitsplätze am Ort, ein Drittel davon sind zivile Beschäftigte bei der Bundeswehr.

Stetten am kalten Markt hat bei 5 600 Einwohnern nur 1 300 Arbeitsplätze, darunter 38 % zivile Arbeitsplätze bei der Bundeswehr. 38 %!

Ummendorf: Bei 4 000 Einwohnern gibt es 753 Arbeitsplätze, darunter 20 % zivile Arbeitsplätze bei der Bundeswehr.

Das zeigt nur pars pro toto, welche Bedeutung die Bundeswehr für diese Gemeinden im ländlichen Raum hat. Die jährlichen Lohn- und Gehaltssummen der Soldaten und Zivilbeschäftigten belaufen sich im Bereich der Standortverwaltung in Münsingen auf 50 Millionen DM, in Ellwangen auf 90 Millionen DM, in Sigmaringen auf 108 Millionen DM und in Kilsheim auf 110 Millionen DM. Ein Wegfall dieser Kaufkraft hätte schlimme Auswirkungen für die örtliche Wirtschaft und Infrastruktur.

Allein die jährlichen Bauinvestitionen der Bundeswehr im Wehrbereich V Baden-Württemberg, von denen viele kleine Handwerksbetriebe in Baden-Württemberg leben, belaufen sich auf 215 Millionen DM jährlich.

Damit möchte ich umschreiben, welche Bedeutung die Bundeswehr für die Wirtschaftskraft einer betroffenen Gemeinde hat. Die Debatte findet deshalb heute zum absolut richtigen Zeitpunkt statt,

(Beifall des Abg. Haas CDU – Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Haasis: So ist es!)

nämlich unmittelbar bevor von der Bundesregierung die Entscheidung über einzelne Standorte der Bundeswehr getroffen wird.

Die Debatte bietet Gelegenheit für ein Zeichen der Solidarität gegenüber unseren Garnisonsgemeinden: Wir lassen euch in dieser Zeit der Unsicherheit nicht im Stich.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die Debatte ist ein Signal an die Bundesregierung: Neben der Landesregierung setzt sich auch der Landtag von Baden-Württemberg entschlossen und – so hoffe ich – auch geschlossen gegen weitere Reduzierungen der baden-württembergischen Standorte zur Wehr.

Nun eine Kurzbewertung der Scharping-Vorschläge. Wir führen hier keine wehrpolitische Debatte, und deswegen gehe ich nicht auf Details ein, sondern nur auf Punkte, die auf die Standorte in Baden-Württemberg Auswirkungen haben.

(Ministerpräsident Teufel)

Wir lehnen das Eckpfeilerpapier des Bundesverteidigungsministers Scharping nicht pauschal ab; unsere Kritik fällt differenziert aus. Herr Scharping hat, obwohl er sich mit engen Sparfesseln, mit kritischen Stimmen in den eigenen Reihen und mit einem bundeswehrfeindlichen Koalitionspartner auseinander setzen muss, einiges für die Bundeswehr erreicht. Beispiele: die Aufrechterhaltung der Wehrpflicht gegen den Widerstand der Grünen.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Die Landes- und Bündnisverteidigung bleibt als wesentliche Komponente im Aufgabenspektrum der Bundeswehr erhalten. Eine radikale Reduzierung des Streitkräfteumfangs auf 200 000 Soldaten, wie von der Weizsäcker-Kommission und von den Grünen gefordert, hat Scharping verhindert. Er tritt ein für eine grundlegende Modernisierung der Bundeswehr und die Aufrechterhaltung der Truppenpräsenz in der Fläche. Auch das findet unsere volle Unterstützung.

Unsere Hauptkritik: Der Präsenzumfang von 255 000 Soldaten ist aus unserer Sicht zu niedrig. Viele Aufgaben werden leiden. An der Finanzierbarkeit der Reform sind erhebliche Zweifel angebracht. Aber das sind Themen vor allem für den Deutschen Bundestag, wo diese Entscheidungen fallen müssen.

Unsere Position – ich muss jetzt davon ausgehen, was die Bundesregierung an Größe für die Bundeswehr beschlossen hat, auch wenn ich das Beschlossene selbst für falsch halte – in der Standortfrage lautet: Der stark überproportionalen Belastung unseres Landes bei den Truppenreduzierungen in der Vergangenheit, die ich in der Tat dem Bundesverteidigungsminister vorgetragen habe, muss jetzt eine stark unterproportionale Belastung bei der anstehenden Reform gegenüberstehen.

Begründung: der Verlust von rund 26 000 Bundeswehrdienstposten Anfang der Neunzigerjahre. Die heutige Bundeswehrdichte für Baden-Württemberg liegt bei 3,5 auf 100 000 Einwohner, und das ist weit weniger als die Bundeswehrdichte, die die ganzen deutschen Länder haben, die entlang der ehemaligen Zonengrenze und Außengrenze liegen. Bereits heute können mehr als 25 % der baden-württembergischen Wehrpflichtigen nicht in ihrem Heimatland untergebracht werden.

Unter unseren heutigen Standorten ist eine hohe Zahl sehr strukturschwacher Gemeinden. Unsere Schmerzgrenze ist, wie ich gesagt habe, schon vor der Reform erreicht. Das Verhältnis der Bevölkerung zu ihrer Bundeswehr an den jeweiligen Standorten ist in unserem Land ausgezeichnet. Die Soldaten und ihre Angehörigen fühlen sich bei uns sehr wohl. Sehr viele bleiben auch nach ihrem Ausscheiden aus der Bundeswehr in Standortgemeinden in Baden-Württemberg wohnen.

Meine Damen und Herren, wir haben aus den Truppenreduzierungen Anfang der Neunzigerjahre das strukturpolitisch Beste gemacht; jetzt ginge es ans Eingemachte. Deswegen kämpfen wir um jeden einzelnen Standort.

Nun eine Bemerkung zu den Veränderungen bei der Wehrbereichsverwaltung, die angesprochen worden ist, und beim Wehrbereichskommando: Das ist das Einzige, bei dem sicher ist, dass es kommt; denn Scharping will auf der Grundlage von Forderungen des Bundesrechnungshofs die Wehrbereichsverwaltungen und die Wehrbereichskommandos von sieben auf vier reduzieren. Das heißt, dass aus den Wehrbereichskommandos V und VI und den Wehrbereichsverwaltungen V und VI in Baden-Württemberg und Bayern ein Wehrbereichskommando Süd und eine Wehrbereichsverwaltung Süd entstehen sollen.

Man wird dem Bundesverteidigungsminister bei diesen Überlegungen nicht entgegenreten können. Er hat ihre Realisierung auch fest vor. Aber für mich ist völlig klar, dass es dann gerecht zugehen muss. Das heißt, dann müssen entweder das fusionierte Wehrbereichskommando in Baden-Württemberg und die Wehrbereichsverwaltung in Bayern sein oder umgekehrt das Wehrbereichskommando in Bayern und die Wehrbereichsverwaltung in Baden-Württemberg. Das habe ich in aller Eindringlichkeit dem Bundesverteidigungsminister schon vor einem Jahr geschrieben. Ich habe es ihm in aller Eindringlichkeit gesagt, und er sieht diesen Punkt auch ein.

(Abg. Brechtken SPD: Haben Sie schon mit Stoiber gesprochen?)

– Weil Sie so süffisant lächeln, möchte ich Ihnen hierzu einen Vorgang vorstellen.

Im Mai 1999 stand diese Planung zum ersten Mal in der Zeitung, und im Mai 1999 habe ich dem Bundesverteidigungsminister einen Brief geschrieben und mich für die Wehrbereichsverwaltung in Baden-Württemberg eingesetzt.

(Abg. Bebber SPD: Was hat Stoiber geschrieben?)

Dann hat Herr Abg. Teßmer laut Bericht der „Stuttgarter Zeitung“ vom 30. Juli 1999 von reiner Panikmache und zur Schau getragener Sorge der Landesregierung gesprochen, als wir uns dieses Themas angenommen haben.

(Abg. Haasis CDU: Oh Gott! – Abg. Kluck FDP/DVP: Aha! – Abg. Dr. Reinhart CDU: Der ist gar nicht da!)

Das hat den gleichen Abgeordneten nicht gehindert, mir am 31. Januar 2000 in höchster Sorge, wie er schreibt,

(Abg. Haasis CDU: Oi, oi!)

einen Brief zu schicken und mich zu bitten, dafür einzutreten, dass bei einer Zusammenlegung der Stuttgarter und der Münchner Wehrbereichsverwaltung die fusionierte Wehrbereichsverwaltung ihren Sitz in Stuttgart habe.

(Abg. Haasis CDU: Oh!)

Als wir uns vor über einem Jahr dafür eingesetzt haben, hat er von reiner Panikmache gesprochen,

(Abg. Dr. Reinhart CDU: So ist es! – Abg. Haasis CDU: Das würde ich ihm zurückschicken!)

(Ministerpräsident Teufel)

und ein halbes Jahr später fordert er mich auf, mich für das Anliegen, das wir schon seit einem halben Jahr verfolgt hatten, einzusetzen. Meine Damen und Herren, auf die Glaubwürdigkeit eines solchen Vorgehens können Sie sich einen eigenen Reim machen.

(Abg. Bebbler SPD: Wichtig ist, den richtigen Zeitpunkt zu treffen!)

Ich setze mich jedenfalls für eine gerechte Lösung ein.

Nun habe ich mit Bundesverteidigungsminister Scharping am 30. Juni ein Vier-Augen-Gespräch geführt. Es war ein sehr gutes Gespräch und ein sehr vertrauensvolles Gespräch. Ich sage auch, dass ich für die nächsten Monate mein ganzes Vertrauen in den Bundesverteidigungsminister setze, dass es zu einer gerechten Lösung für Baden-Württemberg kommt.

Ich möchte aus diesem Gespräch einige Punkte hier erwähnen. Der Bundesverteidigungsminister spricht zunächst davon, dass er nicht damit rechne, dass sich die Entwicklung so dramatisch darstelle – ich referiere nur –, wie in vielen Veröffentlichungen ausgeführt.

(Abg. Schmiedel SPD: Wozu führt man denn ein Vier-Augen-Gespräch, wenn man dann alles erzählt?)

Er sagt, im Grunde erstrecke sich die Reduzierung der Bundeswehr vor allem auf die Wehrpflichtigen. Bei den Zeitsoldaten gebe es sogar eine Aufstockung, und deswegen seien die Auswirkungen auf die Standorte diesmal nicht von der gleichen Bedeutung wie beim letzten Mal.

Er sagt, für ihn sei ganz entscheidend, wie wir für die Bundeswehr Nachwuchs gewinnen. Er weist darauf hin, dass bei der ganzen Bundeswehr nur 8 % der Mitarbeiter, der Soldaten und auch der Zivilbeschäftigten, in der Besoldungsgruppe A 9 und höher eingestuft sind und dass es in der gegenwärtigen Beschäftigungssituation deshalb außerordentlich schwierig sei, Nachwuchs zu gewinnen. Auch deshalb strebt er ein dezentrales Konzept an, und deshalb sind Argumente wie die, dass 25 % der Rekruten nicht in Baden-Württemberg, also nicht heimatnah, ihren Wehrdienst leisten können, wichtige Argumente für ihn gewesen.

Er hat mir ausdrücklich gesagt, dass er die bestehende ungleiche Bundeswehrdichte zwischen den einzelnen Ländern berücksichtigen wolle. Er hat mir zum Standort Meßstetten, zu dem ich ihn gefragt habe, gesagt, dass dieser Standort bleibe und in die NATO integriert bleibe, wie er überhaupt sagte, dass selbstverständlich auch die Standorte der Deutsch-Französischen Brigade oder die NATO-Standorte auf jeden Fall erhalten bleiben.

Er hat mir ausdrücklich gesagt, was er auch früher schon einmal öffentlich geäußert hat, dass er keine Standorte schließen, sondern die vorhandenen Standorte optimieren wolle. Nun, man wird im Einzelnen sehen müssen, was da wird. Ich referiere nur, aber ich finde, das sind zumindest Aussagen, die für Baden-Württemberg erfreuliche Kriterien wären, wenn sie zur Grundlage der Feinplanung würden, die noch nicht vorliegt. Er hat ausdrücklich gesagt, er

habe noch keine Feinplanung. Ich halte das für glaubwürdig. Ich habe gesagt, dass ich mit ihm sprechen wolle, wenn er die Feinplanung vorliegen habe, bevor er sich festgelegt habe. Das hat er mir ausdrücklich zugesagt. Er hat mir gesagt, dass dieses Gespräch Ende September oder Anfang Oktober stattfinden könne. Wir werden selbstverständlich am Ball bleiben, sobald eine konkrete Vorlage auf dem Tisch liegt.

(Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen: Warum dann die Aktuelle Debatte?)

Er sagte, ich könne mich hundertprozentig darauf verlassen, dass dieses Gespräch vor der Festlegung von Einzelheiten Ende September oder Anfang Oktober stattfindet.

Zu den Zivilangehörigen hat Herr Scharping gesagt, dass er keine betriebsbedingten Kündigungen vornehmen wolle. Das ist auch eine sehr weit gehende Aussage. Auf meine Frage, die ich aus meiner Erfahrung bei der letzten Standortdebatte gestellt habe – dort haben gerade Fachleute der Bundeswehr immer wieder gesagt, unter 2 000 bis 3 000 Mann sei es keine optimale betriebswirtschaftliche Größe für einen Standort; wir haben sehr viele kleinere Standorte im Land –, hat er mir gesagt, das sei keineswegs das einzige Kriterium für die Reform. Auch kleinere Standorte könnten bestehen bleiben.

Das Gespräch war zu diesem Zeitpunkt, zu dem Leitlinien und Eckpunkte, aber noch keine Details vorlagen, ein durchaus befriedigendes Gespräch. Ich will das fortsetzen und hoffe, dass wir das Optimale für Baden-Württemberg herausholen können. Man kann aber nicht in nennenswertem Umfang Bundeswehr abbauen, ohne dass das auch Auswirkungen auf die Standorte hat. Ich hoffe, das hat keine Auswirkungen auf die Zahl der Standorte, sondern ich hoffe, dass das in den bestehenden Standorten zu realisieren ist.

Meine Damen und Herren, wir fangen nicht mit dem heutigen Tag an. Seit über einem Jahr sind wir an diesem Thema. Das möchte ich ausdrücklich sagen. Ich habe das vorher schon an Beispielen gesagt. Beispielsweise hat Herr Staatssekretär Stächele, unser Bevollmächtigter, mehrere Gespräche beim Bundesverteidigungsministerium geführt. Beispielsweise habe ich mich mehrfach an alle Mitglieder aller Fraktionen des Verteidigungsausschusses und des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestags gewandt, und zwar sowohl hinsichtlich der Wehrbereichsverwaltung in Baden-Württemberg als auch zum Thema Bundeswehrstandorte. Beispielsweise haben wir selbstverständlich auch Kontakt mit maßgeblichen Leuten der Bundeswehr selbst, um an interne Informationen heranzukommen.

Ich möchte nicht nur Herrn Staatssekretär Stächele danken, sondern ich möchte auch dem Innenminister dafür danken, dass er im ständigen Gespräch mit den Bürgermeistern der Standortgemeinden ist – das ist er übrigens seit Oktober 1999 – und dass er zusammen mit den Standortgemeinden eine Arbeitsgruppe „Strukturreform bei der Bundeswehr und ihre Auswirkungen für Baden-Württemberg“ eingerichtet hat und ihr auch persönlich vorsteht.

Ich danke auch den Bürgermeistern der Standortgemeinden, insbesondere der Arbeitsgemeinschaft Garnisonen, für

(Ministerpräsident Teufel)

die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Landesregierung. Dank auch dafür, dass sich die Garnisongemeinden trotz der jeweiligen eigenen Interessen bisher sehr geschlossen in dieser Angelegenheit gezeigt haben.

Meine Damen und Herren, die Bedeutung der Bundeswehrstandorte für unsere Soldaten, für ihre Familien, für die Zivilbediensteten und für die Standortgemeinden erfordert unseren geschlossenen Einsatz über die Parteigrenzen hinweg gegen alle Pläne, die den Fortbestand baden-württembergischer Bundeswehrstandorte gefährden würden.

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

Alle im Landtag vertretenen Parteien, wenn ich es vorhin richtig gehört habe, sollten an einem Strang ziehen und ihre Möglichkeiten nutzen, um auf den anstehenden Entscheidungsprozess zugunsten Baden-Württembergs Einfluss zu nehmen. Insbesondere steht natürlich die SPD in einer großen Verantwortung, da sie den Bundesverteidigungsminister stellt

(Lachen des Abg. Bebber SPD)

und Rot-Grün die Mehrheit im Deutschen Bundestag, im Verteidigungsausschuss und im Haushaltsausschuss des Bundestags hat.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das haben Sie gut erkannt!)

Ich wäre außerordentlich dankbar, wenn Sie sich einmal als Anwälte Baden-Württembergs in Berlin betätigen würden

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Dazu werde ich gleich was sagen!)

und nicht als Statthalter der Bundesregierung in Baden-Württemberg. Das wäre eine ganz neue Variante, die die baden-württembergischen Bürger von Ihnen, meine Damen und Herren, zu Recht erwarten können.

(Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen: Da müssten Sie erst einmal die Parteipolitik zurückstellen und Landespolitik machen! Dann kann man so reden! – Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen: Unseriös ist das!)

Denn wie die Bundeswehr aussieht und wie Standorte in Baden-Württemberg aussehen, das entscheidet in einigen Wochen diese Bundesregierung, und die wollen wir auch in die Pflicht und in die Verantwortung nehmen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Reinhart CDU: Sehr gut!)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, unter den Gästen auf der Zuhörertribüne begrüße ich besonders die Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Münsingen mit ihrem Schulleiter und den Klassenlehrern. Die Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Münsingen haben zusammen mit ihren Lehrern die Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar dieses Jahres in der Gedenkstätte Grafeneck mitgestaltet. Ihren heutigen Be-

such im Landtag möchte ich zum Anlass nehmen, ihnen noch einmal sehr herzlich für diese Mitwirkung zu danken.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Nun erteile ich nach § 82 Abs. 4 der Geschäftsordnung Herrn Fraktionsvorsitzendem Maurer das Wort.

Abg. Maurer SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich gehe davon aus – jedenfalls ist das für meine Fraktion klar –, dass es unser gemeinsames Anliegen ist, Baden-Württembergs Interessen bei der anstehenden Reform der Bundeswehr nachhaltig zu vertreten, dafür zu sorgen, dass das Land diesmal besser abschneidet als beim letzten Mal. Wir werden uns da von niemandem übertreffen lassen. Sie wissen das, Herr Ministerpräsident.

Wir haben hier in diesem Saal mit dem Staatssekretär aus dem Bundesverteidigungsministerium, mit vielen Kommandeuren und Beschäftigten der Bundeswehr eine große Tagung durchgeführt. Sie hatte nur das Ziel, sehr frühzeitig dafür zu sorgen, dass das Landesinteresse bei der anstehenden Bundeswehrreform gewahrt wird. Sie können also ganz unbesorgt sein, und ich bin mir sicher, dass Sie das auch sind.

Ich gestatte mir aber die kleine Bemerkung: Wenn Sie wirklich so daran interessiert sind, dass es zu einer gemeinsamen Anstrengung des Parlaments kommt, dann sollten Sie sich solche parteitaktischen Schlussbemerkungen mit Begriffen wie „Statthalterschaft“ abschminken.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Keitel CDU: Das ist halt so!)

Sie müssen sich schon entscheiden, ob Sie einen parteipolitischen Krieg gegen die Bundesregierung führen wollen oder ob Sie konstruktiv die Interessen des Landes Baden-Württemberg vertreten.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Keitel CDU: Dummes Geschwätz!)

Ich sage das auch deswegen, weil – das fällt mir gerade ein – ich es schön und bemerkenswert fand, dass Sie heute eine sehr lange Rede zu diesem Thema im Parlament gehalten haben. Dabei ist mir aufgefallen, dass Sie sich der gestrigen Debatte über die Steuerreform und über Ihren eigenen Nachtragshaushalt entzogen haben. Das finde ich ein etwas auffälliges Missverhältnis. Ich hätte es besser gefunden, wenn Sie zu allen zentralen Bereichen, in denen Sie Verantwortung für Landesinteressen wahrnehmen,

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Und in denen er etwas verbockt hat!)

Stellung genommen hätten, Herr Ministerpräsident,

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

auch deswegen, weil Ihr Verhalten neulich im Bundesrat gezeigt hat, dass Sie den richtigen Weg, nämlich von Ihren engen Parteistategien abzusehen und das Landesinteresse

(Maurer)

wahrzunehmen, noch nicht gefunden haben. Aber vielleicht gelingt es Ihnen mithilfe dieser Debatte über die Zukunft der Bundeswehr, diesen Weg zu finden.

Wenn wir die Vergangenheit betrachten, stimme ich Ihnen, Herr Ministerpräsident, insoweit zu, als es uns in der großen Koalition in der Tat gelungen ist, von Baden-Württemberg das Schlimmste abzuwenden.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Teufel)

– Ja. Das ändert allerdings nichts daran, dass es aus der Zeit, in der Sie in Bonn Regierungsverantwortung trugen, ein extremes Ungleichgewicht zulasten des Landes gibt. Das kann man nicht beschönigen.

Die Zahl der Dienstposten im Vergleich zwischen Bayern und Baden-Württemberg beträgt 82 000 : 35 000. Das Verhältnis beträgt bei der Zahl der Standorte 99 : 57, bei der Zahl der Standorte mit mehr als 500 Dienstposten 51 : 26. Darüber hinaus wurde die Zahl der Standorte zwischen 1990 und 1998 in Baden-Württemberg um 50 reduziert, während es in Bayern 36 waren. Das sind Realitäten, von denen man nicht absehen kann.

Herr Ministerpräsident – ich sage das ganz unpolemisch –, es ist etwas merkwürdig, dass Sie bei vielen Themen – ob das die Verkehrspolitik ist, ob das Stuttgart 21 ist oder ob es, wie jetzt, die Bundeswehr ist – immer erwarten, dass wir, nachdem wir in Berlin die Regierungsverantwortung tragen, das Land besser behandeln, als Sie es in der Zeit getan haben, in der Sie die Regierungsverantwortung in Bonn hatten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Das können Sie von uns allerdings zu Recht erwarten. Wir versuchen, da in der Tat besser zu sein, als es damals der Fall war. Aber Sie sollten, wenn Sie von Begriffen wie „Statthalter“ sprechen, die Erinnerung an die Vergangenheit nicht aus dem Auge verlieren.

Im Kern, liebe Kolleginnen und Kollegen, geht es um etwas, was notwendig und unvermeidbar ist. Die Reform der Streitkräfte ist zu lange unterlassen worden.

Die technische Ausstattung der Streitkräfte – das ist bekannt – ist schlecht, sehr schlecht. Man könnte auch sagen, dass man die Bundeswehr auf der Materialseite in wesentlichen Bereichen hat verrotten lassen. Das ist aber ein Verdikt über das, was Sie veranstaltet haben. Das kann ich Ihnen nicht ersparen.

(Zurufe von der CDU)

Wenn Sie einmal mit Kommandeuren der Luftstreitkräfte darüber reden, wie es um das Material der Luftstreitkräfte aussieht, werden Sie das bestätigt bekommen, was ich Ihnen sage: Sie haben die Bundeswehr in der Zeit Ihrer Regierungsverantwortung in Bonn sehr schlecht behandelt.

(Zuruf des Abg. Göbel CDU)

Das ist die Ausgangssituation, mit der wir es heute zu tun haben.

Andererseits: Herr Kollege Schlierer – er hat allerdings ein anderes Weltbild –, es geht eben nicht darum,

(Abg. Krisch REP: Es geht um das Grundgesetz!)

eine nationale Armee aufzubauen, die sich einem unmittelbaren Angriffskrieg gegenüberstellt. Vielmehr geht es darum, durch eine Wehrstruktur einen deutschen Beitrag – einen deutschen Beitrag! –

(Zuruf des Abg. Schonath REP)

für den Aufbau integrierter Streitkräfte des sich entwickelnden Europas in einer neuen atlantischen Partnerschaft zwischen der Westeuropäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika zu leisten. Das ist eine völlig andere Aufgabenbeschreibung.

(Abg. Deuschle REP: Davon steht im Grundgesetz kein Wort!)

Da muss Europa seiner Verantwortung gerecht werden. So ist die Struktur ausgelegt. So ist sie im Kern von dem auch von Ihnen gelobten Bundesverteidigungsminister richtig erkannt worden, und so wird es auch gemacht.

Für die qualifizierten Mannschaften und Offiziere in unseren Streitkräften bedeutet gerade diese europäische Dimension, die jetzt realisiert wird, eine große Chance und eine große Herausforderung.

Im Übrigen haben wir doch alle, glaube ich, zu Recht das Gefühl, dass die Bundeswehr mit ihren Einsätzen außerhalb Deutschlands außerordentlich an Ansehen und Anerkennung gewonnen hat. Ich will das in dieser Debatte ausdrücklich hervorheben, weil gerade auch Soldatinnen und Soldaten aus Baden-Württemberg einen ganz namhaften Anteil an dieser Vermehrung unseres Ansehens im Ausland tragen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, Staatssekretär Kolbow hat anlässlich der genannten Veranstaltung im Landtag von Baden-Württemberg gesagt – jetzt zitiere ich aus einem öffentlichen Vortrag, nicht aus einem vertraulichen Vier-Augen-Gespräch –, es sei ihm bewusst, dass Baden-Württemberg bei der letzten Reform der Bundeswehr außerordentlich nachteilig behandelt worden sei. Er hat gesagt, er sei sich darüber im Klaren, dass Baden-Württemberg beim letzten Mal wesentlich mehr abgegeben habe als andere Bundesländer, und er wolle dies beim nächsten Mal nach Möglichkeit zugunsten Baden-Württembergs berücksichtigen.

Das hielt ich für eine bemerkenswerte Äußerung, weil es natürlich erstens unserem Anliegen entgegenkommt und wir ihn auch beim Wort nehmen wollen. Das zeigt aber zweitens auch, dass der Staatssekretär eine sehr realistische Sicht dessen hat, was wir damals hier erlebt haben. Deshalb, glaube ich, sollte man das nicht besonders vorlaut und schon gar nicht wahltaktisch thematisieren.

Unsere Auffassung ist, dass Baden-Württemberg beim letzten Mal ziemlich viel gebracht hat. Das sollte diesmal berücksichtigt werden. Wir wollen, dass die Standorte im Land wegen ihrer überragenden infrastrukturellen Bedeu-

(Maurer)

tung gehalten werden. Das wird allerdings nur gelingen, Herr Ministerpräsident, wenn auch Sie Ihren Beitrag dazu leisten. Ihr Beitrag müsste darin bestehen, auf die wahltaktische Ausbeutung dieses Themas zu verzichten und ihre Grenzen als Parteiideologie zu überspringen,

(Abg. Haasis CDU: Sie haben nicht zugehört!)

um gemeinsam mit uns die Interessen des Landes Baden-Württemberg in einer konstruktiven Zusammenarbeit mit der Bundesregierung wahrzunehmen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Haasis CDU: Sie haben vorhin nicht zugehört!)

Präsident Straub: Nach § 82 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzendem Dr. Salomon das Wort.

Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben uns darüber unterhalten, wie der Weg der Bundesregierung in den nächsten zwei Jahren aussehen wird. Wenn Sie sich die Kommentarlage anschauen, dann stellen Sie fest, dass viele davon gesprochen haben, das sei eben keine große Bundeswehrstrukturreform, sondern ein Reförmchen.

Dazu will ich nur sagen: Das Weizsäcker-Papier, von dem Sie, Herr Schlierer, meinen, es sei Schnee von gestern –

(Abg. Dr. Schlierer REP: Das ist auch so!)

was jetzt zwar der offizielle Sachstand ist –, wird meines Erachtens, einfach weil an der Schlüssigkeit dieses Konzepts niemand vorbeikommt, wieder auf uns zukommen. Dieses Papier ähnelt übrigens in weiten Teilen – bis auf einen entscheidenden Punkt – dem, wie sich die Grünen eine zukünftige Bundeswehr vorstellen.

Die Situation hat sich in den letzten zehn Jahren – das ist hier jetzt schon öfter erwähnt worden – entscheidend verändert. Auch wenn es Herrn Schlierer ideologisch nicht passt:

(Abg. Dr. Schlierer REP: Das wissen Sie ja gar nicht!)

Es geht nicht mehr um Landesverteidigung. Wir sind von Freunden umstellt,

(Abg. Dr. Schlierer REP: Vielen Dank für diesen Versprecher! Das war jetzt wirklich hervorragend! „Von Freunden umstellt“, ja! – Zuruf des Abg. Deuschle REP)

spätestens durch die NATO-Osterweiterung. – Das war kein Versprecher. Wir sind von Freunden umstellt. Dadurch, dass Polen, Tschechien und Ungarn in der NATO sind, geht es nicht mehr um Landesverteidigung, sondern der Verteidigungsfall ist immer der Bündnisfall.

(Ministerpräsident Teufel: Aber es geht um Pfulendorf, nicht um Polen!)

Deshalb ist es völlig klar, dass der Bündnisfall, wenn er denn eintreten sollte, natürlich nur mit einer in der Struktur veränderten Bundeswehr bewältigt werden kann.

(Abg. Krisch REP: Und das Grundgesetz zählt nicht!)

Der Einsatz im Kosovo im vergangenen Jahr hat doch eindeutig gezeigt – das wurde auch von vielen so gesagt –, dass die Bundeswehr in ihrer jetzigen Struktur als großes Landheer, das darauf ausgerichtet ist, Landesverteidigung zu betreiben, in weiten Teilen nicht mehr bündnisfähig ist. Herr Kollege Maurer hat das, was die Luftwaffe betrifft, soeben ausgeführt. Das ist völlig klar.

(Ministerpräsident Teufel: Thema verfehlt!)

Also sind sich alle einig, dass wir eine Modernisierung der Bundeswehr im technischen Bereich brauchen, die sehr viel Geld kosten wird. Das viele Geld aber muss irgendwo herkommen. Sie machen große Vorschläge, sagen aber nicht, wo es herkommen soll. Der Verteidigungshaushalt ist ein wichtiger Etat im gesamten Bundeshaushalt. Aber es gibt eine Planung bis 2003, die vorsieht – das ist ein Kabinettsbeschluss –, dass das Geld für die Bundeswehr insgesamt nicht erhöht wird.

Jetzt komme ich zum Problem der Standorte und zu der Frage, warum ich glaube, dass die Strukturreform, die Scharping gemacht hat, zwar wichtig und richtig ist und den Status quo für die nächsten zwei, drei Jahre erhalten kann, dass sie aber nicht der Weisheit letzter Schluss sein kann.

Wir haben bundesweit ca. 600 Bundeswehrstandorte, die durchschnittlich etwa 660 Mann umfassen. Wir haben den Auftrag, die Bundeswehr von 340 000 auf 280 000 Mann zu verkleinern. Von daher kann man – Pi mal Daumen, keiner weiß es genau – davon ausgehen, dass bundesweit etwa 80 bis 90 Standorte geschlossen werden. Es kommt natürlich entscheidend darauf an – das haben Sie auch erwähnt, Herr Ministerpräsident –, ob dann kleine oder große Standorte geschlossen werden.

Eine betriebswirtschaftliche Sicht würde logischerweise beinhalten, dass man eher kleine Standorte als große Standorte schließt. Jetzt weiß ich aber auch, dass Bundesverteidigungsminister Scharping – das haben Sie ja referiert – erstens sagt, Baden-Württemberg dürfe nicht mehr so stark betroffen werden wie in den Neunzigerjahren – das ist richtig –, und dass er zweitens sagt, er wolle lieber möglichst alle Standorte erhalten, das heißt, große Standorte eher kleiner machen, als sich auf größere Standorte insgesamt zu konzentrieren. Das führt aber dazu, dass er das Geld, das er braucht, um die Bundeswehr zu reformieren und zu modernisieren, auch technisch zu modernisieren, wahrscheinlich auf diese Art nicht einsparen kann. Betriebswirtschaftlich ist es nämlich einfach so, dass Sie natürlich kein Geld sparen, wenn Sie die Zahl der Standorte insgesamt erhalten und dann die großen Standorte eher noch kleiner machen, weil Sie an jedem Standort die gleiche Infrastruktur vorhalten müssen. Das ist betriebswirtschaftlich Unsinn. Das mag für die einzelnen Standorte und für die einzelnen Bundesländer aus deren Sicht sinnvoll sein; aber betriebswirtschaftlich, wenn ich damit auch sparen will, ist das ein schwieriges Konzept.

Man hat sich darauf in der Bundesregierung geeinigt. Es gab einen Dissens zwischen SPD und Grünen; der ist auch

(Dr. Salomon)

festgehalten worden. Aber gemacht wird das, was jetzt Scharping vorgeschlagen hat, zumindest bis 2002. Nur eines ist nicht klar: wo denn das Geld dann herkommen soll, wenn er die Feinausplanung, wie das so schön heißt, hat und das Geld nicht einsparen kann.

Sie stellen sich jetzt hierhin, Herr Ministerpräsident – ich kann nur sagen, Gott sei Dank sind Verteidigung und Außenpolitik Bundesaufgabe –, wie ein Bürgermeister, der um den Erhalt einer Behörde kämpft und sagt: „Nur gegen unseren erbitterten Widerstand, nur über unsere Leichen. Wir kämpfen hier für jeden einzelnen Soldaten.“

(Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Das ist doch seine Aufgabe!)

– Das ist Ihre Aufgabe; das ist richtig.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Ist Ihnen die Auswirkung bewusst?)

Aber da fehlt die Politik drin.

(Ministerpräsident Teufel: Dazu braucht man Salomon, das ist klar!)

Sie sagen einfach nur: Mit uns nicht.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Sie reden doch am Thema vorbei, Herr Salomon!)

Jetzt komme ich zum nächsten Punkt, Herr Ministerpräsident. Sie haben in der ganzen Zeit, in der Sie Ministerpräsident waren, bis vor anderthalb Jahren in einer Situation agiert, wo Sie hier eine CDU-Regierung geführt haben und wo damals in Bonn auch eine CDU-Regierung war

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Das Argument ist aber jetzt ausgetreten!)

und wo Sie dann zu Ihrem Freund und Parteivorsitzenden – Sie waren ja sein Stellvertreter –, zu Herrn Kohl, gehen und sagen konnten: „Helmut, wir brauchen dieses und jenes“, und mit dem haben Sie das dann ausverhandelt. Ob Sie das alles so toll ausverhandelt haben, ist noch einmal eine ganz andere Frage. Aber Sie haben doch jetzt sichtlich ein Problem, sich darauf einzustellen, dass in Berlin momentan einfach eine andere Regierung dran ist, mit der Sie als CDU-Ministerpräsident verhandeln müssen.

Jetzt komme ich zu dem, was ich letzte Woche am Freitagmorgen im Fernsehen gesehen habe, nämlich Ihren Auftritt im Frühstücksfernsehen an dem Tag, als der Bundesrat die Steuerreform verabschiedet hat. Sie haben sich morgens um halb acht – –

(Abg. Kluck FDP/DVP: Sie haben vergessen, wovüber wir debattieren!)

– Ich rede zum Thema Bundeswehrreform und dazu, wie hier verhandelt wird.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Thema verfehlt! – Abg. Dr. Schlierer REP: Er hat sonst nichts zu sagen!)

Sie haben sich um halb acht hingestellt, haben die Backen aufgeblasen und gesagt: „In zwei Stunden hauen wir Schröder weg, und wir machen die zweite Vermittlungsrunde im Sommer.“ Wirklich im Tal der Ahnungslosen,

kann ich nur sagen. Alle wussten Bescheid, nur Erwin Teufel nicht. Es ist kein Wunder, dass Sie sich hier gestern der Debatte über die Steuerreform nicht gestellt haben. Da muss ich doch fragen: Was haben wir denn für einen Sachwalter als Ministerpräsidenten in Berlin, der nachts alle anderen verhandeln lässt und morgens nicht weiß, was dabei herausgekommen ist? Das ist doch einigermaßen lächerlich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Das ist auch für das Thema Bundeswehrstrukturreform nicht unerheblich. Stellen Sie sich doch einmal vor – das ist doch eine logische Situation –:

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Sie umschiffen die Position der Grünen, Herr Salomon!)

Sie müssen die Interessen des Landes wahren. Das können Sie natürlich nur dann, wenn Sie hinter verschlossenen Türen verhandeln. Jetzt stellen Sie sich wieder hin, blasen die Backen auf – ich begrüße den früheren Finanzminister; freut mich, Sie zu sehen, Herr Mayer-Vorfelder –,

(Abg. Brechtken SPD: General a. D.!)

bauen wieder eine Position auf, bei der Sie überhaupt nicht wissen, wie Sie nachher beim Verhandlungsergebnis herauskommen, und können, wenn es schlecht geht, dann nur wieder das Gesicht verlieren, dann auf Rot-Grün schimpfen, und haben für das Land nichts erreicht. Das nenne ich Verhandlungsdilettantismus.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Man muss sich wirklich fragen, ob man mit einem solchen Ministerpräsidenten, der sich eigentlich nur als Oberbürgermeister aller Bürgermeister im Land sieht und die politische Dimension überhaupt nicht zur Kenntnis nimmt, noch gut vertreten ist.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Dr. Salomon, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Reinhart?

Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Aber Herr Reinhart, Sie haben vorhin schon eine komische Frage gestellt, auf die Sie eine gute Antwort bekommen haben. Dann stellen Sie doch noch mal eine.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Abg. Dr. Reinhart.

Abg. Dr. Reinhart CDU: Herr Kollege Salomon, fällt Ihnen auf, dass Sie bei Ihren Ausführungen kein Wort zur Auswirkung der Position der Grünen, nämlich Abschaffung der Wehrpflicht, auf Standorte wie Lauda, Tauberbischofsheim, Kilsheim, Niederstetten, Hardheim-Walldürn sagen, dass Sie bisher auch keinen Satz dazu sagen, dass Sie den Haushalt um 20 Milliarden DM kürzen? Wäre es Ihnen möglich, dass Sie uns zur Position der Grünen und der Auswirkung auf die Standorte etwas wissen lassen?

(Beifall bei der CDU)

Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Erstens: Welcher Haushalt wird hier um 20 Milliarden DM gekürzt? Der Wehretat ist in den letzten Jahren stabil gehalten worden, aber nicht um 20 Milliarden DM gekürzt worden. Ich weiß gar nicht, welche Zahlen Sie da haben.

Zweitens: Stichwort Wehrpflicht. Es ist gut, dass Sie mich da fragen. Da kann man ja etwas ausholen. Ich wollte darauf sowieso noch eingehen.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Antwort!)

– Ja, ich antworte Ihnen. Aber in dieser Runde habe ich den Vorteil, dass ich so lange antworten kann, wie ich will. Jetzt möchte ich Sie bitten, mir einfach zuzuhören.

Zum Stichwort Wehrpflicht will ich Ihnen noch Folgendes sagen, weil es geheißen hat, die Grünen seien die bösen Buben und Mädels, die die Wehrpflicht abschaffen wollen. Ist die NATO mehrheitlich von Grünen bestimmt? Offensichtlich. 11 von 19 Staaten haben die allgemeine Wehrpflicht bereits abgeschafft oder sind dabei, sie abzuschaffen: 1961 Großbritannien, 1969 die USA, Mitte der Neunzigerjahre Belgien und die Niederlande. Die Franzosen sind bis 2003 so weit. In Spanien wird ebenfalls darüber nachgedacht und in Portugal und Italien auch.

Warum tun die das? Weil dort überall Grüne an der Regierung sind? Das wäre mir neu. Nein, es geht darum, dass natürlich – das habe ich vorhin schon erwähnt – die neue Situation der NATO nicht mehr diese stehenden großen Landesheere, die noch die Ideologie aus dem Kalten Krieg und die Bedrohungssituation aus dem Kalten Krieg zur Grundlage haben, widerspiegeln kann. Das ist doch völlig klar.

Deshalb ist die Frage, die hier in Deutschland immer diskutiert wird, ideologisch überhöht: Bürger in Uniform, Wehrpflicht ist ohne Alternative. Von linker Seite wird dann auch noch immer argumentiert: Die Bundeswehr war auch in der Weimarer Republik ein Staat im Staate. Da kann ich nur sagen: Die Bundeswehr ist eine demokratische Armee, Gott sei Dank. Die Bundeswehr hat sich in den letzten Jahrzehnten bewährt. Die Gefahr, dass eine nicht durch allgemeine Wehrpflicht herausgehobene Bundeswehr zur Gefahr für die Demokratie wird, sehe ich nicht. Die sieht man auch in anderen Ländern nicht. Es gibt natürlich auch bei einer Freiwilligenarmee das Problem des Nachwuchses, das Problem der Rekrutierung. Es gibt auch andere Probleme, aber insgesamt sind die Länder, die auf eine Freiwilligenarmee umgestellt haben, damit gut gefahren. Ich weiß nicht, warum man sich in Deutschland dieser Erkenntnis aus den anderen Bündnisländern so verweigert. Es gibt natürlich noch eine große Mehrheit von CDU, SPD und FDP, die für die Wehrpflicht sind.

Aber ich will auch hier wieder auf die Weizsäcker-Kommission verweisen, weil sich auch die Weizsäcker-Kommission letztendlich, obwohl das umstritten war – zwölf waren für den Erhalt der Wehrpflicht, sechs waren dagegen; es gibt für und wider natürlich gute Argumente –, für den Erhalt der Wehrpflicht ausgesprochen hat. Was die Weizsäcker-Kommission aber gesagt hat, dass man auf nur noch 30 000 Wehrpflichtige heruntergehen soll, das führt dazu, dass das Thema Wehrgerechtigkeit, welches heute schon ein großes Problem ist, letztendlich völlig außer

Acht gelassen wird und niemand mehr sagen kann, warum man den einen einzieht und den anderen nicht. Ich finde, da sind wir überhaupt noch nicht am Ende der Debatte. Wir wissen jetzt, wie es bis 2002 weitergeht, aber dann werden die Karten neu gemischt.

Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Straub: Nach § 82 Abs. 4 erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzendem Dr. Schlierer das Wort.

Abg. Dr. Schlierer REP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Erlauben Sie mir eine Vorbermerkung. Inzwischen ist mir natürlich klar geworden, dass die von der CDU beantragte Aktuelle Debatte im Wesentlichen die Vorlage für den Herrn Ministerpräsidenten war, damit heute eine Regierungserklärung zum Thema Bundeswehr verlesen werden konnte.

(Beifall bei den Republikanern)

Warum so umständlich? Da hätte man doch eigentlich, Herr Ministerpräsident, gleich ganz offen zu diesem Thema eine Regierungserklärung ankündigen können.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Ich will jetzt zu den Debattenbeiträgen kommen und möchte mit dem Kollegen Salomon beginnen.

Herr Salomon, Sie haben vorhin einen schönen Versprecher gebracht, anschließend gleich noch einen. Sie haben vorhin den Begriff Feinausplanung verwendet. Bei der Bundeswehr kennen wir – Sie würden das wissen, wenn Sie gedient hätten – den Begriff der Ausplanung. Ich kann Ihnen sagen: Sie haben sich heute selbst thematisch ausgeplant, weil Sie von Tuten und Blasen keine Ahnung haben.

(Beifall bei den Republikanern)

Das ist nicht Ihr Thema; das verstehe ich. Wenn ich für Ihren Beitrag eine Überschrift zu wählen gehabt hätte, hätte sie gelautet: Über das Allgemeine und Spezielle im Besonderen – bloß nicht zur Bundeswehr. Ich verstehe das: Sie haben darüber zu wenig Sachkenntnis. Sie sprachen vorhin von Ahnungslosigkeit. Auch das wäre eine Überschrift für Ihre Beiträge.

(Beifall bei den Republikanern)

Ein Wort zu Herrn Maurer: Herr Maurer, Sie sind wieder einmal flüchtig. Er geht aus dem Saal, weil er sich wahrscheinlich vor den Argumenten fürchtet.

(Lachen des Abg. Brechtken SPD)

Herr Maurer war ja am 24. Juni als Fraktionsvorsitzender der SPD bei der besagten Tagung gar nicht anwesend. Wenn er anwesend gewesen wäre,

(Zuruf von der CDU: Es wird interessant!)

hätte er mitbekommen, dass Staatssekretär Kolbow sehr wohl eines deutlich gemacht hat – das gilt auch für Sie, Herr Salomon –: Da gab es eine klare Aussage seitens der

(Dr. Schlierer)

SPD, dass man das Ziel der Landesverteidigung nach wie vor als den Schwerpunkt der Aufgaben der Bundeswehr sieht. Das ist der elementare Unterschied zu Ihnen. Sie haben dieses Ziel längst aufgegeben.

Im Übrigen ist natürlich falsch, was da von Ihnen an pseudoideologischen Verdächtigungen in die Welt gesetzt wird. Wir Republikaner wissen ganz genau, dass unsere Streitkräfte innerhalb Europas in Bündnisstrukturen eingebunden sind. Wir wissen sehr genau, dass es das Anliegen der Europäer sein muss, ihre eigene Position in der Kooperation mit dem transatlantischen Partner zu stärken, um in Zukunft in der Lage zu sein, auch selber europäisches Krisenmanagement zu betreiben.

(Beifall bei den Republikanern)

Das ändert aber an einem nichts, meine Damen und Herren, und das will ich heute in dieser Debatte ganz bewusst festhalten: Es gibt eben den Artikel 87 a des Grundgesetzes. Da können Sie sich nicht hinstellen und sagen: Das gilt für uns gar nicht mehr. Wie gehen Sie eigentlich mit der Verfassung um? Wenn Sie etwas ändern wollen, Herr Salomon, dann müssen Sie sich hinstellen und sagen: Gut, dann ändern wir das, dann streichen wir die Bestimmung in Artikel 87 a oder formulieren sie völlig um. Das tun Sie aber nicht. Sie stellen sich hin und sagen: „Das hat für uns alles keine Bedeutung mehr“, und sind ideologisch ganz woanders. Ich stehe, wenn Sie so wollen, wehrpolitisch-ideologisch auf dem Boden des Grundgesetzes. Das ist für mich der Maßstab. Daran hätten auch Sie sich zu orientieren.

(Beifall bei den Republikanern)

Nun zum Thema selber. Meine Damen und Herren, die Ausgangslage ist Ihr Kabinettsbeschluss vom 21. Juni dieses Jahres und das Eckpfeilerpapier, aber noch etwas anderes, Herr Ministerpräsident – diesem Aspekt sollten wir uns jetzt in dieser Debatte auch noch zuwenden –, nämlich der Rahmenvertrag vom 15. Dezember 1999, den die Bundesregierung mit der Industrie geschlossen hat. Das ist der Vertrag mit der Überschrift „Innovation, Investition und Wirtschaftlichkeit in der Bundeswehr“. Ich gehe davon aus, dass dieser Vertrag, der ja auch Teil der Wehrstrukturreform ist, ebenfalls erhebliche Auswirkungen nicht nur für die Bundeswehr selbst, sondern für uns alle im Land haben wird.

Entscheidend ist, dass sich die Bundeswehr mit diesem Rahmenvertrag auf bestimmte Bereiche oder, wenn man es genauer nimmt, auf ihre militärischen Kernfähigkeiten beschränken will und einen nicht unerheblichen Teil, den man der Dienstleistung zuordnen kann, in Zukunft an private Auftragnehmer delegieren will. Dies geht mit einer Privatisierung einher. Das Interessante an dieser Diskussion ist ja, dass bis heute nicht feststeht – da hat sich ja der Bundesverteidigungsminister mit dem Bundesfinanzminister noch nicht einigen können –, wohin eigentlich die Privatisierungserlöse fließen werden.

Es gibt jetzt eine Zahl; danach sollen 80 % der erlösten Mittel dem Verteidigungshaushalt zufließen, aber sicher ist das noch nicht. Herr Eichel hätte natürlich gerne mehr von diesen Privatisierungserlösen. Diese Frage ist deswegen

nicht akademischer Natur, weil sie anschließend das Verhalten der Bundeswehr maßgeblich beeinflussen wird. Wird nämlich der Anteil der Privatisierungserlöse, der an die Bundeswehr zurückfließt, relativ hoch sein, dann wird dies dazu führen, dass sich der Bundesminister der Verteidigung beim Verkauf beispielsweise von Liegenschaften sicherlich darum bemühen wird, jene Immobilien zu verkaufen, die etwas bringen. Das wird nicht das Gelände an einem Einödstandort sein, sondern das werden beispielsweise städtische Liegenschaften sein.

Ich gehe also davon aus, Herr Ministerpräsident, dass bei den Überlegungen, welche Einrichtungen – nicht nur Standorte; es geht ja auch um zivile Verwaltungseinrichtungen, um die Wehrersatzverwaltung, um den BFD und andere Dinge – davon betroffen sein werden, auch die Frage eine Rolle spielen wird, was dabei herauskommt. Das heißt, wir werden darauf achten müssen, inwieweit beispielsweise bei Fragen wie der Zusammenlegung von WBV und WBK im Hintergrund auch die Überlegung steht – ich denke beispielsweise daran, dass man in der Stadt Stuttgart bestimmte Kasernenareale verkaufen kann –, ob sich das für den Verkäufer lohnt. Das kann man dem Bundesminister der Verteidigung nicht übel nehmen. Die Frage ist nur, ob die Privatisierung nicht letzten Endes ausschließlich aus finanzpolitischer Sicht und nicht vor dem Hintergrund der militärischen Strukturnotwendigkeiten und der Interessen unseres Landes vollzogen wird.

Ich sage das auch deshalb, weil eines in der Diskussion – ich habe mich vorhin bei den Ausführungen des Herrn Maurer schon darüber gewundert – nicht gesagt wurde: Tatsache ist, dass der Einzelplan 14 im Bundeshaushalt seit Jahren der Steinbruch war, aus dem man sich die Milliarden geholt hat, die man noch brauchte. Deswegen ist auch unter den CDU-Verteidigungsministern natürlich der Wehrhaushalt *peu à peu* zurückgefahren worden, obwohl jeder genau wusste, dass dies langfristig nicht funktionieren kann. Es kann deswegen nicht funktionieren, weil der investive Anteil im Verteidigungshaushalt immer weiter zurückgefahren wurde.

Die Folgen davon sehen wir heute auch an den baden-württembergischen Standorten. Das ist das, was man als „Kannibalismus“ bezeichnet. Herr Maurer spricht von „verrotten“; das ist seine Diktion. Es ist eine Tatsache, dass die Bundeswehr nicht den Materialersatz bekommen hat, den sie bräuchte – übrigens besonders bräuchte vor dem Hintergrund ihrer internationalen Einsätze. Das bedeutet in der Folge, dass wir jetzt einen ganz erheblich größeren Beschaffungs- oder Ersatzbedarf haben, als das bei einer kontinuierlichen Materialbewirtschaftung der Fall wäre.

Warum sage ich das? Weil das ja für unser Land auch Folgen haben kann und vielleicht haben wird. Denn, Herr Ministerpräsident, wir müssen jetzt auch darauf achten, dass im Bereich solcher Privatisierungen Aufträge möglichst hier im Land bei uns an die Wirtschaft gehen, damit unsere Industrie, unser Handwerk davon profitieren. Insofern liegen darin auch einige Chancen für die Standorte. In dieser Hinsicht muss man bei der Standortstruktur darauf achten, dass die Aufträge im Interesse unserer einheimischen Wirtschaft bei uns im Land bleiben. Auch deshalb haben wir

(Dr. Schlierer)

ein Interesse daran, möglichst viele Standorte im Land zu haben, die in ihrem Umland etwas zur wirtschaftlichen Belebung beitragen.

Nun noch ein Wort zur Verwaltungsstruktur.

Meine Damen und Herren, wir haben seit 1992 bei der Bundeswehr 6 000 zivile Arbeitsplätze weniger. Der Bundesminister der Verteidigung plant insgesamt für die Bundeswehr einen Abbau von 130 000 auf 90 000 zivile Dienstposten. Wir müssen unser Augenmerk darauf richten, dass es hierbei ja nicht nur um die Standorte, um die Einheiten und um die Soldaten geht, sondern wahrscheinlich in der Tat ein erheblicher Aderlass im Bereich der zivilen Arbeitsplätze erfolgen wird.

Es ist angekündigt, die Zersplitterung vieler einzelner Behörden und Verwaltungen aufzuheben und sie zusammenzulegen. Auch dabei sollte man darauf einzuwirken versuchen, dass die Auswirkungen solcher Zusammenlegungen oder auch Auflösungen von Einrichtungen die jeweiligen Kommunen nicht zu hart treffen.

Zur Strukturreform selbst – das ist zwar kein Landesthema, aber es wurde heute angesprochen – will ich aus Sicht der Republikaner auch noch etwas sagen: Eines ist schon interessant. Ich kann jedem nur raten, einmal zur Truppe hinauszugehen und sich dort umzuhören. Die letzte Strukturreform ist noch nicht einmal vollständig umgesetzt, und schon kommt die nächste Strukturreform. Der Anlass ist nicht – wie man zunächst bei der SPD glauben macht –, dass dies aus bündnispolitischen Gründen oder wegen neuer Aufgabenbereiche notwendig wäre, sondern der Anlass ist einzig und allein das finanzpolitische Desaster, in das die Bundeswehr hineingeraten ist.

Im Übrigen kann ich für mich einen kompetenten Zeugen anführen. Herr Maurer, bei der Tagung am 24. Juni, an der Sie nicht teilnahmen, hat der Kommandeur der 10. Panzerdivision in diesem Raum genau diese Kritik vorgetragen. Das Problem ist, dass die ganze Diskussion inzwischen nur noch finanzpolitisch läuft, aber nicht mehr unter dem Aspekt der Militärpolitik. Die ist aber für die Streitkräftestruktur nach wie vor maßgeblich.

Ich sage für meine Fraktion hier klar und deutlich: Wir halten einen Umfang der Streitkräfte von insgesamt 300 000 Mann für unverzichtbar. Wir gehen nach wie vor davon aus, dass die Komponente Grundwehrdienstleistende nicht unter 100 000 Mann betragen darf. Wir sind in der Tat – jetzt kann ich das nach diesen ideologischen Verdächtigungen von links außen einmal deutlich machen – nicht der Ansicht, dass die Bundeswehr aus ihren Einbindungen in Bündnisstrukturen herausgelöst werden sollte. Aber wir sind nach wie vor der Ansicht, dass es im Rahmen der Landesverteidigung nötig wäre, in der Heeresstruktur mindestens ein Heereskorps nationalem Kommando zu unterstellen. Das wäre sinnvollerweise das 4. Korps in Potsdam. Damit hätten wir eine bessere und sicherere Struktur als das, was jetzt unter dem jetzigen Bundesverteidigungsminister geplant wird.

(Beifall bei den Republikanern)

Dass die Wehrpflicht erforderlich ist, Herr Salomon, ist komischerweise Konsens mit Ausnahme der Grünen. Da stehen Sie außen vor. Alle anderen sind der festen Überzeugung, dass wir nach wie vor Aufwuchsfähigkeit benötigen.

(Abg. Drexler SPD: Aufwuchsfähigkeit?)

– Aufwuchsfähigkeit! Wenn Sie es nicht begreifen, erkundigen Sie sich bei Ihrem Genossen Kolbow; der erklärt es Ihnen.

Wir brauchen auch die Wehrgerechtigkeit, wenigstens in einem möglichst hohen Maße, und in Zukunft brauchen wir auch – das hat ja Kollege Reinhart vorhin schon angesprochen – einen Verteidigungshaushalt, der auch tatsächlich sicherstellt, dass die Streitkräfte ihren Auftrag erfüllen können. Das ist in der Tat die 20-Milliarden-DM-Lücke in den nächsten Jahren, die nach der jetzigen Rahmenplanung sichtbar wird. Wir brauchen einen Haushalt, der in den nächsten Jahren mindestens 50 Milliarden DM umfasst. Da ist die Bundesregierung gefragt, da ist Rot-Grün gefragt.

Das, was wir heute gehört haben, zeigt aber, dass sich diese Herrschaften dieser Verpflichtung ganz klar entziehen, und deswegen sage ich ganz offen: Sie haben bis heute ein Missverhältnis zu unseren Streitkräften und werden das auch jetzt in dieser Regierungsphase nicht los.

(Beifall bei den Republikanern)

Meine Damen und Herren, was wir im Blick auf die Auswirkungen im Lande benötigen, ist also nicht nur die Beibehaltung möglichst aller Standorte. Ich mache mir dabei allerdings auch keine Illusionen darüber, dass die Kleinststandorte mit weniger als 50 Soldaten Bestand haben werden. Das wird sicherlich nicht machbar sein. Ob durch Zusammenlegungen etwas verbessert werden kann, weiß ich nicht, aber eines ist für mich auf jeden Fall in dieser Debatte noch einmal festzuhalten: Es geht eben nicht nur um die Frage der Beibehaltung möglichst aller Standorte, sondern es geht darüber hinaus auch darum, dass wir uns darum bemühen müssen, im Rahmen des Privatisierungskonzepts möglichst viel für diejenigen bei uns im Land herauszuholen, die eigentlich dann diese Funktionen für die Bundeswehr im privaten Bereich übernehmen sollen.

(Beifall bei den Republikanern)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, nachdem auf weitere Wortmeldungen in der zweiten Runde verzichtet wurde, ist die Aktuelle Debatte beendet.

(Abg. Maurer SPD meldet sich zur Geschäftsordnung.)

– Bitte schön, Herr Abg. Maurer.

Abg. Maurer SPD: Ich möchte, Herr Präsident, zum Schluss der Debatte eine geschäftsordnungsmäßige Bitte an Sie richten. Wir haben uns in diesem Parlament darauf verständigt, dass Aktuelle Debatten im Weg der freien Rede geführt werden. Ich fände es gut, wenn Sie, Herr Präsident, darauf hinwirken könnten, dass auch der Ministerpräsident von Baden-Württemberg sich dem stellt, was jeder einfache Abgeordnete in diesem Parlament tun muss.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Unruhe bei der CDU)

Präsident Straub: Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Vereidigung von Mitgliedern des Staatsgerichtshofs

Meine Damen und Herren Richter des Staatsgerichtshofs! Der Landtag hat Sie in seiner Sitzung vom 29. Juni 2000 gemäß Artikel 68 der Landesverfassung in Verbindung mit § 2 Abs. 3 des Gesetzes über den Staatsgerichtshof zu Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Staatsgerichtshofs für das Land Baden-Württemberg gewählt bzw. wieder gewählt. Sie alle haben die Wahl angenommen.

Nach § 4 des Gesetzes über den Staatsgerichtshof haben die Mitglieder und ihre Stellvertreter vor Antritt ihres Amtes vor dem Landtag einen Eid zu leisten. Ich verlese den gesetzlich vorgeschriebenen Eid:

Ich schwöre, dass ich als gerechter Richter alle Zeit die Verfassung des Landes Baden-Württemberg getreulich wahren und meine richterlichen Pflichten gegenüber jedermann gewissenhaft erfüllen werde. So wahr mir Gott helfe.

Der Eid kann auch ohne religiöse Beteuerung geleistet werden.

Meine Damen und Herren, Sie haben die Eidesformel gehört. Ich darf Sie nun bitten, einzeln in der im Gesetz vorgegebenen Reihenfolge zu mir zu treten, die rechte Hand zu erheben und zu sprechen: „Ich schwöre es. So wahr mir Gott helfe.“

(Die Abgeordneten erheben sich.)

Herr Stilz.

Stilz: Ich schwöre es. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Straub: Herr Dr. Kasper.

Dr. Kasper: Ich schwöre es. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Straub: Herr Professor Dr. Mailänder.

Dr. Mailänder: Ich schwöre es. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Straub: Herr Dr. Maus.

Dr. Maus: Ich schwöre es. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Straub: Frau Stamm.

Sybille Stamm: Ich schwöre es.

Präsident Straub: Frau Kiesinger.

Adelheid Kiesinger: Ich schwöre es. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Straub: Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren, und spreche Ihnen im Namen des Landtags die besten Wünsche für Ihr hohes und verantwortungsvolles Richteramt aus.

(Die Abgeordneten nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Meine Damen und Herren, ich rufe nun **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Katastrophales Management des Landes bei der Ausweisung von FFH- und Vogelschutzgebieten in Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion der SPD

Es gilt die übliche Redezeit: 50 Minuten Gesamtdauer ohne Anrechnung der Redezeit der Regierung, fünf Minuten für die einleitenden Äußerungen und fünf Minuten für die Redner in der zweiten Runde.

Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgesehenen Redezeitrahmen zu halten. Schließlich darf ich auf § 60 Abs. 3 der Geschäftsordnung verweisen, wonach im Rahmen der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

(Abg. Birzele SPD: Von allen!)

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Caroli.

(Abg. Ingrid Blank CDU: Ein kleines Blatt Papier!
– Abg. Hans-Michael Bender CDU: Spickzettel ist erlaubt!)

Abg. Dr. Caroli SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Was sich die Landesregierung bei der Umsetzung von „Natura 2000“ – ich gebrauche diesen Oberbegriff zur FFH- und Vogelschutzrichtlinie, weil ich diesbezüglich einige Versprecher gehört habe –

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: FdH, FKK, oder was?)

geleistet hat, geht auf keine Kuhhaut.

Meine Damen und Herren, es gab einen Zeitplan, den die EU vorgegeben hat, und dieser Zeitplan wurde schon von der letzten Bundesregierung, der CDU-Regierung, vollständig missachtet. Erst 1998 wurde die Richtlinie in deutsches Recht umgesetzt, und dann hatte die Landesregierung Zeit, sich darum zu kümmern. Ich muss Ihnen sagen: Bei dem Zeitplan, den dann die Landesregierung aufgestellt hat, tun mir einige Personen Leid. Aber Sie, Frau Ministerin Staiblin, gehören ausnahmsweise nicht dazu.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Es tun mir diejenigen Leid – damit meine ich die ohnehin viel zu kleine Naturschutzverwaltung –, die unter erheblichem Zeitdruck diese Arbeit verrichten mussten und gar nicht in der Lage waren, dies in so kurzer Zeit völlig fehlerfrei zu tun.

Nach Jahren des Nichtstuns wurden die Kommunen vom Land Baden-Württemberg gezwungen, innerhalb von acht Wochen eine Stellungnahme zu einer fehlergespickten und flächenunscharfen Gebietskulisse abzugeben. Wenn darüber hinaus noch ein kleines fachliches Gutachten erforderlich gewesen wäre, hätten die Gemeinden nicht einmal die Zeit gehabt, dies zu erstellen. Ein echter Dialog hat überhaupt nie stattgefunden, sollte auch gar nicht stattfinden, denn es wurde nach der Maxime „Augen zu und durch“ verfahren.

(Dr. Caroli)

(Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Gemäß EU-Richtlinie!)

Völlig anders war die Herangehensweise in anderen Bundesländern, beispielsweise in Bayern,

(Abg. Bebber SPD: Schon wieder!)

Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Dort wurde nämlich die Gebietskulisse in einem umfangreichen und zeitlich gestreckten Verfahren über sechs bis neun Monate mit den Betroffenen, mit den Kommunen, den Verbänden und Nutzern, erarbeitet und hat damit am Ende eine wesentlich breitere Akzeptanz in der Bevölkerung erreicht.

(Abg. Hauk CDU: Wie ist denn das mit der freien Rede?)

Was haben die Kommunen hier im Land Baden-Württemberg? Sie haben eine fast unbrauchbare, fehlergespickte CD-ROM,

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das heißt „CDU“!)

die im Übrigen, als der Rohling hingeschickt worden ist, innerhalb von vier Wochen fertig zu stellen war. Vom Rohling bis zur fertigen CD waren gerade einmal vier Wochen Zeit.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Er ist auch ein Rohling!)

Bei dem, was hier angerichtet worden ist, muss man den Kopf schütteln. Da ist es doch kein Wunder, dass der Städtetag, der Gemeindetag und der Landkreistag sowie sämtliche Umweltverbände und die Opposition – natürlich nicht die regierungstragenden Parteien; die nur hinter vorgehaltener Hand – unisono sagen: Wo leben wir eigentlich? Was ist hier passiert? Was hat das Ministerium angerichtet?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir fordern dringend eine zügige und ernsthafte Abarbeitung der Einwendungen, die sich mittlerweile in mehreren Waschkörben angesammelt haben. Pro Landkreis gibt es einen solchen Berg. Sie können mir nachher auch einmal erzählen, Frau Staiblin, wie Sie das – diesen Berg mal 35 Landkreise – in kurzer Zeit abarbeiten wollen; denn so viele Einwendungen sind mittlerweile bei Ihnen eingetroffen.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das wird thermisch vorbehandelt! – Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Es ist auch höchste Zeit für eine Aufklärungskampagne über Ziele und Inhalte von „Natura 2000“; denn dieses ganze Konzept ist noch nicht einmal verstanden worden. Ein Bürgermeister hat zu mir gesagt, er habe die Informationsbroschüre angefordert. Daraufhin habe man ihm gesagt, er könne sie haben, es seien aber nur noch zwei Exemplare übrig.

(Abg. Göbel CDU: Schwäbische Sparsamkeit!)

Da sieht man, wie hier gehandelt worden ist.

Meine Damen und Herren, von Erhaltungszielen und Maßnahmenpaketen mit Kostenaufstellungen ist natürlich überhaupt noch keine Rede gewesen. Was ist jetzt mit der Investitionssicherheit in den Gemeinden? Haben die Regionalpläne eigentlich bei diesem Chaos, das Sie angerichtet haben, Bestand? Der Herr Ministerpräsident muss sich sagen lassen:

(Abg. Bebber SPD: Der ist nicht da!)

Wenn jetzt zur Abarbeitung der Waschkörbe Personal zur Verfügung gestellt wird, dann soll er sich einmal überlegen, wie sich das mit seiner Vorstellung über den Personalabbau bei der Naturschutzverwaltung verträgt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Hauk.

(Abg. Roland Schmid CDU: Guter Mann! Sehr guter Mann! – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Der „Rohling“!)

Abg. Hauk CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich verstehe die Aufregung der Opposition überhaupt nicht.

(Abg. Roland Schmid CDU: Wir auch nicht!)

Wenn Sie, Herr Kollege Caroli, sagen, 1992 sei die Richtlinie erlassen worden, dann frage ich einmal, wer im Jahr 1992 Umweltminister in Baden-Württemberg war. Das Umweltministerium und damit die Naturschutzkompetenz war vier Jahre lang beim Kollegen Schäfer.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Wie hieß der? Das war doch der Tiefflieger!)

Ich kann mich nicht erinnern – und ich war damals auch im Umweltausschuss –, dass dieses Thema den damaligen Umweltminister auch nur zu irgendeinem Zeitpunkt überhaupt beschäftigt hätte.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: De mortuis nil nisi bene! – Abg. König REP: An dem ist vieles vorbeigelaufen!)

Er hat sich vier Jahre lang erfolgreich darum herumgedrückt.

(Lachen bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Das war doch der Tiefflieger! Wie hieß der noch einmal? – Zuruf des Abg. Bebber SPD)

Das kann man heute mit Fug und Recht sagen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dass die EU drängt, ist ja mittlerweile Usus. Die EU drängt in vielen Bereichen.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Die muss drängen, weil Sie sonst überhaupt nichts tun!)

Wir sollten uns aber deshalb gar nicht unter Zeitdruck setzen lassen. Das tun wir auch nicht,

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

(Hauk)

sondern wir machen hier ein ganz geordnetes Verfahren, das in mehreren Schritten aus mehreren Komponenten besteht.

Der erste Schritt ist erfolgt. Es gibt eine Naturschutzfachplanung. Sie liegt zwischenzeitlich vor.

Der zweite Schritt ist eingeleitet. Das ist das Konsultationsverfahren. Ich sage ganz klar dazu: Dieses Konsultationsverfahren ist keine Alibiveranstaltung, sondern das Konsultationsverfahren dient dazu, gerade die Fragen der Regionalplanung, der Bauleitplanung und der Bestandssicherung im wirtschaftlichen Bereich – auch von Betrieben – insgesamt mit der Fachplanung für Naturschutz abzustimmen. Ich verstehe Ihre Aufregung darüber nicht. Das ist ein ganz normales Verfahren.

(Lachen der Abg. Bebber und Dr. Caroli SPD)

Die Stellungnahmen gehen ein. Es ist doch logisch, Herr Kollege Caroli: Wenn man so etwas landesweit macht, dann bleibt es nicht bei einer Stellungnahme, sondern dann kommen halt einige mehr.

(Abg. Bebber SPD: Sie sind aber stark von der Rolle, Herr Kollege!)

Da bringen wir uns überhaupt nicht in Zeitdruck, sondern das Konsultationsverfahren wird abgeschlossen.

Danach wird es selbstverständlich – und da bin ich gespannt, Herr Kollege Caroli; ich werde Sie noch einmal zitieren –

(Abg. Dr. Caroli SPD: Jederzeit!)

auch Änderungen gegenüber dem aus rein naturschutzfachlicher Sicht vorgelegten Gebietsvorschlag geben.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Die grüne Krawatte allein macht es nicht!)

Es wird sie sogar geben müssen. Das kann der Naturschutz gar nicht leisten. Sie haben zu Recht die Vernetzungen mit der Bebauungsplanung und der Regionalplanung angesprochen.

Meine sehr verehrte Damen und Herren, dann erfolgt die Gebietsmeldung und danach der dritte Schritt. Das will ich nur der Vollständigkeit halber erwähnen. Mit der Nennung der Gebiete ist zunächst einmal nur abgegrenzt, wo was vielleicht laufen kann. Damit verbunden sind Erhaltungsziele.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Keine Standortschließungen!)

Damit noch nicht verbunden ist aber die Frage, wie diese Gebiete ausgestaltet werden sollen. In der dritten Phase – übrigens nicht innerhalb eines Jahres, sondern in den nächsten Jahren – wird zu klären sein, wie diese FFH-Gebiete tatsächlich ausgestaltet werden sollen. Dazu will ich noch ein paar Bemerkungen machen.

Zweifelsohne gibt es ein Verschlechterungsverbot. Aber das heißt nicht, dass damit ein generelles Veränderungsverbot verbunden wäre oder gar – und das wird der Streit-

punkt sein, über den wir uns mit Grün und Rot heftig auseinander setzen werden – eine Einschränkung der bisherigen Nutzung. Das heißt es eben gerade nicht, sondern es ist immer genau zu prüfen, ob dem speziellen Erhaltungsziel in dem FFH-Gebiet durch welche Nutzung auch immer, durch Veränderung oder Fortführung der bisherigen Nutzung, gedient wird oder nicht.

(Zuruf des Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen)

Deshalb kann ich nur empfehlen: Ruhe bewahren, herunterzonen. Wir sind in einem geordneten Verfahren,

(Abg. Bebber SPD: Sie sind im Tiefschlaf!)

und das bringen wir zu einem sauberen Abschluss in Übereinstimmung mit allen Betroffenen: mit den kommunalen Landesverbänden, mit den Industrieverbänden, mit den Kommunen. Am Ende werden wir eine saubere Gebietskulisse haben, die der Landesplanung, der Kommunalplanung, der Wirtschaft und dem Naturschutz Rechnung trägt.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Ausgewogen! – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Tiefschlaf als geordnetes Verfahren!)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Kretschmann.

(Abg. Bebber SPD: Jetzt hol ihn aus dem Tiefschlaf!)

Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Außer der Steuerreform kenne ich kein großes politisches Projekt, das über zehn Jahre so verschleppt wurde wie das Projekt „Natura 2000“ bzw. die Ausweisung der FFH-Gebiete. Die CDU-Bundesregierung und die CDU-Landesregierung tragen dafür die Verantwortung.

1992 hat der Ministerrat die FFH-Richtlinie beschlossen, bis 1994 sollte sie in nationales Recht umgesetzt werden. Das ist nicht geschehen. Bis 1995 sollten die Gebiete gemeldet sein. 1998 kam es dann endlich zu einer kleinen Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes durch die damalige Umweltministerin Merkel. Bis heute war die Landesregierung nicht in der Lage, eine vollständige Meldung hinzubekommen.

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Unglaublich!)

Der Europäische Gerichtshof hat das angemahnt. Was macht die Naturschutzministerin?

(Abg. Moser SPD: Nichts!)

Sie sagt: „Ich hoffe, dass wir etwas Zeit gewinnen, weil die neue EU-Umweltkommissarin Personal einsparen muss.“ Wer mit einer solchen Haltung an so zentrale Fragen herangeht, muss sich nicht wundern, wenn das nicht funktioniert.

(Kretschmann)

(Beifall der Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen)

Die so genannten Konsultationsverfahren sind mittlerweile eingeleitet worden mit Formulierungen wie: „Da kommt ein Wahnsinn auf uns zu.“ Der Regierungspräsident von Südbaden redet von „schauderhaften Visionen“. Wenn man mit solchen Argumenten das Konsultationsverfahren einleitet, dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn ein Sturmlaufen aller Verbände und Kommunen zurückkommt, die von dieser Richtlinie betroffen sind. Es ist klar: Wie man in den Wald hineinruft, so schallt es zurück. Nachher wundert man sich, dass alle so böse auf einen sind. In Wirklichkeit hat man das selber provoziert.

Das Konsultationsverfahren soll jetzt in zwei Monaten durchgezogen werden. Natürlich fühlen sich die Angehörten da zu Befehlsempfängern degradiert. Dass sich unsere selbstbewussten schwäbischen und badischen Oberbürgermeister dies nicht gefallen lassen, kann man sich an fünf Fingern abzählen. Nordrhein-Westfalen hat dafür zwei Jahre angesetzt. Natürlich gab es auch da Widerstände, aber sie waren völlig anderer Art. Es handelt sich also um ein ganz amateurhaftes Verfahren, das, glaube ich, seinesgleichen sucht.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Lauter Fehlinformationen geistern herum. Es ist nicht klar, dass es in dem Konsultationsprozess gar nicht um Abwägungsvorgänge, sondern um eine rein fachliche Beratung geht. Das steht in dem Text, den das Ministerium herausgibt, irgendwo zwischen den Zeilen. Es werden Hoffnungen geweckt, dass in diesem Verfahren die Gebietskulisse verändert werden könne. Überhaupt werden zu wenig Gebiete angemeldet, sodass die Kommission schließlich sagen muss: „Das reicht nicht, da können wir nicht auswählen“,

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

sodass dies alles zurückgeht und das Ganze von vorn anfängt. Außerdem werden FFH-Gebiete überall mit herkömmlichen Schutzgebieten verwechselt. Schließlich werden in diesem Bereich die BNLs und die LfU geschwächt. Dort muss man diese schwierige Materie mit Werkverträgen auf die Reihe bekommen. Das kann nicht funktionieren.

Jetzt frage ich einmal: Was ist der eigentliche Grund für dieses Debakel? Das ist der Niedergang der Naturschutzpolitik der Landesregierung seit der Amtszeit von Herrn Vetter als Umweltminister. Das ist meine These.

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Wie kommen Sie denn darauf?)

Seit der Amtszeit von Herrn Vetter als Umweltminister haben wir einen völligen Niedergang der Naturschutzpolitik. Während der Amtszeit von Herrn Schäfer als Umweltminister gehörte ich nicht dem Landtag an. Aber nach dem, was ich aus der Provinz mitbekommen habe, hat die CDU ihn völlig ausgebremst.

Was schließlich die neue Landesregierung betrifft, so ist nun völliges Stillschweigen angesagt. Außer Negativschlagzeilen ist nichts mehr zu hören.

Naturschutz wird immer nur gesehen als Bremse, als Hemmnis für Entwicklung und weitere Flächenbeanspruchung, als Hindernis für den Fortschritt in der Strukturentwicklung der Landwirtschaft und Ähnliches mehr.

(Abg. Göbel CDU: Wer hat Ihnen das aufgeschrieben?)

Wenn man eine solche Haltung hat und mit ihr unter die Leute geht, braucht man sich nicht zu wundern, wenn nichts vorangeht und sich, wie es jetzt der Fall ist, darüber hinaus massiver Protest formiert.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf der Abg. Dr. Carmina Brenner CDU)

Bewahrung der Schöpfung heißt doch in Wirklichkeit – das darf ich Ihnen gegenüber als einer Partei, die „christlich“ im Namen führt, anmahnen –

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Bewahrung eines Reichtums, den wir nicht selbst geschaffen haben, sondern vorfinden.

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Die Menschen gehören auch zur Schöpfung!)

Das darf man Ihnen sagen. Es geht um den Erhalt des Artenreichtums, es geht um den Erhalt des Reichtums unserer Kulturlandschaft, es geht um den Reichtum an Vielfalt von Lebensräumen. Es geht also um natürlichen Reichtum. Er bildet nicht nur unsere Lebensgrundlage, sondern ist viel mehr. In einer immer hektischer, schriller werdenden, schnelllebigeren Zeit vermittelt Natur den Menschen Ruhe, Beständigkeit, Dauerhaftigkeit und Schönheit.

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abgeordneter, ich darf Sie auf das Ende Ihrer Redezeit hinweisen.

Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Letztlich Lebensqualität, Wohlfahrt: Wenn man einmal mit dieser Botschaft unter die Leute geht und ganz praktisch sagt: Das Konzept der EU bedeutet jetzt – das ist ein großer Fortschritt – Schutz durch Nutzung. Jedes Gebiet, das ausgewiesen wird, ist eine mögliche Förderkulisse. Damit kann man Gelder akquirieren für ein Konzept, das Naturschutz, Landwirtschaft, regionale Wirtschaftsförderung, Gastronomie, Einzelhandel zum Nutzen der Natur zusammenführt. Das ist genau das, was in der Kabinettsvorlage der Regierung vom November 1999 drinsteht.

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abgeordneter, ich möchte Sie noch einmal auf das Ende Ihrer Redezeit hinweisen.

Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Wenn man dies machen würde und den Leuten sagen würde: „Da habt ihr unglaubliche Chancen vor Ort, ihr müsst euch um diese Gebiete reißen“, würde man eine Stimmung schaffen, bei der die Menschen vor Ort das Gefühl haben – wenn man eine ordentliche Diskussion organisiert –, dass sie davon für sich und ihre Nachkommen profitieren, und nicht das Gefühl haben müssen, dass Naturschutz ein Klotz am Bein ist.

Wenn dies einmal gemacht wird, wird sich die ganze Diskussion um den Naturschutz ändern – dessen bin ich mir

(Kretschmann)

sicher –, weg von den Verboten, hin zu Reichtum und Chancen für unser Land.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Dr. Glück.

Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein kleines bisschen wundere ich mich über das heutige Thema,

(Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen: Die Einleitung von Ihnen kenne ich!)

besonders darüber, wie es von Ihnen umschrieben wurde, Herr Kollege Dr. Caroli: katastrophales Management.

(Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen: Das ist vornehm ausgedrückt! – Abg. Dr. Caroli SPD: Noch sehr zurückhaltend formuliert!)

Die Richtlinie stammt von 1992 und ist damals bei Herrn Schäfer einfach liegen geblieben. Die heutigen Krokodilstränen passen also nicht so ganz.

Nun aber zur Sache. Wir tragen das Anliegen der EU-Verordnung mit. Selbstverständlich ist auch die Größenordnung der gemeldeten Gebiete als Rohfläche akzeptabel. Das Problem liegt in der EU-Richtlinie selbst.

Zum einen ist nicht vorgesehen, dass ein widerspruchsfähiger Bescheid erstellt wird. Es gibt somit keine Rechtsgrundlage für eine Klage. Zum anderen ist in dieser Richtlinie nicht einmal eine Anhörung vorgesehen. Zwar wurde vom MLR zugesagt, dass die Einwände auf der Ebene der Regierungspräsidien geprüft werden würden. Aber auch wenn man Wohlwollen voraussetzt, ist selbstverständlich ein hoher Zeitdruck vorhanden. Die Richtlinie sieht einen echten Dialog nicht vor.

(Abg. Moser SPD: Aber Sie sind dafür? Sie sind für den Dialog? Der schwätzt doch nicht mit den Leuten!)

Meine Damen und Herren, die Ausarbeitung der Kartierungen wurde durch das MLR sachlich, fachlich durchgeführt, mit der LfU und den BNLs. Wichtig ist auch – das sollten wir nicht verkennen –, dass das erarbeitete Konzept

(Abg. Bebbler SPD zur CDU: Seine Rede verteilen wir in den Kommunen!)

mit der und nicht gegen die Naturschutzverwaltung erarbeitet worden ist. Somit bestehen wirklich gute Chancen, dass dieses in Brüssel so durchgeht.

Bei der Betrachtung aller Kriterien, also nicht nur der naturschutzrelevanten, gibt es jedoch Probleme für die Gemeinden. Hier muss auch nachgebessert werden.

(Abg. Bebbler SPD: Kraftvoll nachbessern!)

Unproblematisch ist es ganz sicherlich, wenn sich offensichtliche Fehler eingeschlichen haben oder wenn planfestgestellte Vorhaben mit dieser Kartierung überdeckt worden

sind: Dann sind zwangsläufig Korrekturen erforderlich und müssen auch durchgeführt werden.

Problematischer wird es aber, wenn die künftige Entwicklung einer Gemeinde tangiert ist, wenn massive Einschnitte erfolgen und wenn es um den Rohstoffabbau geht. Wir bitten, das Verfahren zügig fortzuführen. Man muss aber den Gemeinden eine echte Chance geben, dass ihre Einwände abgewogen werden. Das heißt, es muss eine gemeinsame Diskussion jedes einzelnen Einspruchs mit den Betroffenen unter Berücksichtigung der entsprechenden kommunalen Interessen stattfinden, und es muss auch die Möglichkeit zu einem Flächentausch unter der Voraussetzung ökologischer Gleichwertigkeit geschaffen werden sowie auch die Möglichkeit einer Herausnahme von Flächen, die jetzt vorgesehen sind, wenn sie für die Kommunen ganz besonders wichtig sind.

Meine Damen und Herren, ich erinnere an die Originalüberschrift dieser Verordnung von 1992, die im Englischen „Nature and Partnership“ lautet. Wir wollen beides: Wir wollen Natur und Naturschutz, aber wir möchten auch die partnerschaftliche Abstimmung mit den Kommunen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Moser SPD: Können Sie mal „partnership“ übersetzen?)

– Lieber Kollege Moser, ich bin felsenfest davon überzeugt, dass du das auch übersetzen kannst.

(Abg. Moser SPD: Aber es wäre schon wichtig!)

Wir wollen auch, dass die Fortentwicklung im Konsens mit der Naturschutzverwaltung geschieht, denn es ist in dieser Richtlinie auch vorgesehen, dass diese Flächen fortentwickelt werden.

Eine letzte Bemerkung, Frau Ministerin: Ich hoffe natürlich, dass die Landesregierung bei den landeseigenen Flächen mit bestem Beispiel vorangeht.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: Gute Rede!)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. König.

Abg. König REP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Schwäbischen gibt es ein Sprichwort: Gut Ding will Weile haben. Jetzt hat die Landesregierung so lange Zeit gehabt, und was dabei herausgekommen ist, muss man eigentlich damit umschreiben: Je mehr Zeit, desto weniger g'scheit.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Was?)

Es wurde schon sehr viel Kritik an dem Verfahren geübt. Ich will die Verfahrenskritiken nicht im Einzelnen wiederholen, sondern ich kann das eigentlich alles unterschreiben. Ich will aber einmal ins Detail gehen, um Vorrednern, die unter Tagträumen leiden, wie zum Beispiel der Kollege Hauk oder auch der Kollege Kretschmer, etwas den Wind aus den Segeln zu nehmen. Kollege Kretschmer sagt zum Beispiel

(König)

(Abg. Drautz FDP/DVP: Wer ist Herr „Kretschmer“? – Abg. Pfister FDP/DVP: Kretschmer ist ein Handballspieler!)

– Herr Kretschmann, Entschuldigung –: Mit der Ausweisung von Flächen ist Geld herauszuholen. Die Kommunen müssten sich eigentlich, wenn sie entsprechend programmiert wären, darum reißen, solche Flächen zu bekommen.

Ich will einmal aufzeigen, wie das bei manchen Gemeinden aussieht, und zwar am Beispiel meiner Heimatgemeinde Dobel. Ich hätte genauso Bietigheim nehmen können. Ich hätte genauso Sersheim nehmen können. Ich hätte Teilorte von Pforzheim nehmen können. Ich hätte Teilorte von Oberreichenbach nehmen können.

(Zuruf des Abg. List CDU)

– Herr Kollege List, weil Sie jetzt gerade so verwundert tun: Ich glaube, Sie haben nicht einmal die CD-ROM und die Karten angeschaut.

(Abg. List CDU: Ich habe der Richtlinie schon zugestimmt!)

– Gut, okay.

Da sieht es zum Beispiel für die Gemeinde Dobel so aus – ich zeige einmal den Plan –: Die hellgrauen Flächen sind die, die wir weghaben wollen und wegbekommen müssen. Dann sieht es so aus – –

(Große Heiterkeit – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Wie sieht es jetzt aus?)

Die Gemeinde Dobel ist vollkommen umzingelt von FFH-Gebieten. Bei einer Gemeinde, die zu fast 100 % ihrer Feldflur betroffen ist und wo diese FFH-Gebiete teilweise in die Gärten der bebauten Ortsteile hineinreichen, kann man doch nicht mehr davon reden, dass hier mit Sorgfalt, mit Fachkenntnis oder gar

(Abg. Göbel CDU: Habt ihr den Bebauungsplan nicht genehmigt gehabt?)

– selbstverständlich! – gewissenhaft gearbeitet worden sei. Da wurde altes Planmaterial verwendet. Die Gemeinde wurde nie angerufen: „Was ist bei euch aktuell? Was ist aktuelles Planungsgebiet?“

Meine Damen und Herren, es kann nicht sein, dass die Landesregierung, jetzt gedrängt durch die EU, der Erpressung nachgibt, indem sie jetzt etwas in einem Hauruckverfahren mit einer Achtwochenfrist durchpeitscht, bloß weil von der EU inzwischen signalisiert wird, dass Deutschland, wenn es die FFH-Richtlinie nicht sofort umsetzt, von seinem eigenen Geld als Hauptzahler der EU nichts mehr zurückerhält.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Zeiher CDU: Wollt ihr die EU abschaffen?)

– Das wäre es. Wenn es nach mir ginge, gleich morgen. – Das ist doch nichts anderes als Euro-Diktatur in höchster Vollendung.

(Beifall bei den Republikanern – Lachen bei der CDU, der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP/DVP – Abg. Bebber SPD: Das ist Quatsch in höchster Potenz, was Sie da erzählen!)

Meine Damen und Herren, mit dieser Umsetzung der EU-Richtlinie – davon wurde noch gar nicht gesprochen – wird die Planungshoheit und damit ein ganz wesentlicher Bestandteil der kommunalen Selbstverwaltung teilweise oder, wie am Beispiel der Gemeinde Dobel gerade ausgeführt, vollkommen außer Kraft gesetzt.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Scheuermann CDU: Das ist ein Totschlagargument!)

Meine Damen und Herren, bei einer staatlichen Verordnung mit dieser europäischen Verwurzelung der EU-Richtlinie, die in die Rechte Dritter und nicht bloß der Gemeinden, sondern auch der Grundstückseigentümer in diesem Maße eingreift, ist es absolut befremdend, wenn hier nur ein Konsultationsverfahren stattfindet und keine demokratische Auseinandersetzung mit diesem Problem.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Deuschle REP: Richtig!)

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abg. König, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Abg. König REP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann schon eines für die Gemeinde Dobel sagen. Sie kennen alle die Geschichten von Asterix, als ganz Gallien bis auf ein kleines Dorf besetzt war.

(Große Heiterkeit)

Und wenn wir ganz allein sind, die Gemeinde Dobel wird sich nicht – –

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren! Ich darf den Herrn Abg. König bitten, zum Ende zu kommen. Er kann in der zweiten Runde dann über Dobel berichten.

Abg. König REP: Die Gemeinde Dobel wird sich dieser Euro-Diktatur nicht kampflös unterwerfen.

Danke schön.

(Beifall bei den Republikanern – Heiterkeit bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Dr. Caroli.

(Große Unruhe)

Herr Dr. Caroli, Sie haben das Wort.

(Abg. Bebber SPD: Ihre Ministerin traut sich nicht! – Zuruf von der SPD: Kläre das mit Dobel!)

Abg. Dr. Caroli SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich meine, wir sollten bei dieser Diskussion ein gewisses Niveau wahren. Ich werde mich jedenfalls bemühen, den Pegel wieder anzuheben.

Auf was es uns, meine Damen und Herren, im Besonderen ankommt, und da liegt auch unser Vorwurf begründet: Sie,

(Dr. Caroli)

die Damen und Herren von der Landesregierung, haben durch das Verfahren, das Sie gewählt haben, unnötigerweise Verärgerung und Verunsicherung in nahezu allen Gemeinden von Baden-Württemberg herbeigeführt.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben damit zugleich dem Naturschutz in unserem Land geschadet, weil dadurch die Akzeptanz zwangsläufig abnehmen muss.

(Beifall bei der SPD)

An dieser Stelle möchte ich einen neuen Aspekt in die Diskussion bringen. Im ebenfalls dicht besiedelten und hoch industrialisierten Land Holland wurden 20 % der Landesfläche angemeldet,

(Abg. Scheuermann CDU: Wie viel Wasser? –
Abg. Hauk CDU: Wie viel Watt?)

in Dänemark 25 %,

(Abg. Hauk CDU: Wie viel Wattenmeer?)

in der Toskana 15 %. Jetzt können Sie mit Ihrem Wasser kommen, Herr Scheuermann.

Jetzt frage ich Sie, meine Damen und Herren: Warum? Ganz einfach: Diese Länder schielen in kluger Voraussicht auf die Förderkulisse der EU in fünf oder sechs Jahren.

(Zuruf Abg. Dr. Carmina Brenner CDU)

Dies wurde leider bei dem Vorgehen in Baden-Württemberg auch nicht bedacht. Sonst hätte man bei ausreichendem Dialog, wie es in Bayern geschah, zunächst einmal eine Kulisse erarbeitet, die nachher auch für die Landwirtschaft eine Chance bedeutet hätte, und wäre dann im Dialog mit den Gemeinden zur genauen Abgrenzung gekommen und hätte ausreichend aufgeklärt, nämlich zum Beispiel darüber, dass sehr wohl die bestehenden Nutzungen aufrechterhalten bleiben können, dass selbst Investitionsvorhaben teilweise oder vollständig durchgeführt werden können, wenn diese dem Schutzzweck nicht zuwiderlaufen. Darüber hätte sehr ausführlich aufgeklärt werden müssen. Dies wurde von der Landesregierung ebenfalls versäumt.

Meine Damen und Herren, was passiert denn jetzt? Man muss sich einmal vorstellen, jetzt geht die Landesregierung dran und arbeitet diese Riesenhaufen ab. Ich weiß jetzt nicht, wie viele Monate ins Land gehen.

(Zuruf von der CDU)

– Ich kann auch sagen: Berge oder Waschkörbe. – Dann kommt etwas, was genau den gleichen Prozess wieder in Gang setzt: Die genauere Gebietsabgrenzung wird nämlich – es gibt bisher gar keine parzellenscharfe Abgrenzung – erst bei der Aufstellung der Managementpläne berücksichtigt.

Sie müssen im Anschluss Managementpläne erstellen. Stellen Sie sich vor: Bisläng war man unzureichend vorbereitet, nachher kommen die Managementpläne, und erst dann werden die Gemeinden merken, was wirklich gemeint war.

Dann bekommen Sie genau die gleichen vollen Waschkörbe wieder. Da kann ich nur sagen: Missmanagement hoch zehn. Die Landesregierung hat in einer wichtigen Struktur-aufgabe vollständig versagt. Sie gefährdet die Landesinteressen dadurch, dass wir aufgrund des Versäumnisses womöglich Strafe zahlen müssen, und vor allem bereitet sie eine Förderkulisse durch die EU vor, die dem Land zum Schaden gereichen kann. Insofern kann man nur sagen: Dies ist ein Feld, das die Landesregierung so unzureichend bearbeitet hat, dass man sich für das Land Baden-Württemberg eigentlich schämen müsste.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Hauk.

Abg. Hauk CDU: Herr Kollege Caroli, ich frage mich schon, welches Naturschutzverständnis Sie haben, wenn Sie Naturschutz nur dann betreiben, wenn von der EU gerade Geld fließt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie leisten da fast einen Offenbarungseid.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei der gesamten Diskussion um die FFH-Richtlinie dürfen wir doch keinen Rückfall in einen rein konservierenden, statischen Naturschutz erleiden. Verfolgen wir doch einmal alle Vorhaben von größerer Bedeutung. Wie ist die Diskussion bei Ihnen immer wieder angelegt? Sie führen die FFH-Richtlinie immer dann an, wenn es rein um die Konservierung einer bestehenden Nutzungsform geht, und lehnen sie generell immer dann ab, wenn es andere Pläne gibt, die Gebiete auch weiter- und fortentwickeln können. Dazu dient die Richtlinie eben gerade nicht. Ihre Lippenbekenntnisse höre ich wohl. Herr Kollege Kretschmann, ich nehme Sie beim Wort: Schutz durch Nutzung,

(Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Straßenbau ist damit aber nicht gemeint!)

auch integrativ. Jetzt kommen wir zum Thema. Sie sagen, Straßenbau sei damit nicht gemeint. Herr Kollege Kretschmann, das würde ich so allgemein eben nicht sagen. Es kommt nämlich darauf an, was das Erhaltungsziel für das jeweilige Gebiet ist. Dazu muss der Straßenbau nicht widersprüchlich sein.

(Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Es gibt keine Organismen, die sich an Teerstraßen angepasst haben!)

Er muss nicht deshalb zwangsläufig widersprüchlich sein. Die Erweiterung eines Gewerbegebiets muss doch nicht widersprüchlich sein.

(Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Die Straße als ökologische Nische ist noch nicht erfunden!)

Mich wundert es, wenn Sie sogar Flugplatzfelder – –

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abg. Hauk, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Reddemann?

Abg. Hauk CDU: Aber gerne, wenn sie nicht auf meine Redezeit angerechnet wird.

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abg. Reddemann, Sie haben das Wort.

Abg. Reddemann CDU: Herr Hauk, teilen Sie mit mir die Auffassung, dass schon der frühere Umweltminister Harald B. Schäfer die FFH-Richtlinie hätte umsetzen müssen?

(Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Das hat er doch schon vorhin gesagt!)

Abg. Hauk CDU: Herr Kollege Reddemann, Sie haben völlig Recht: Schäfer hatte vier Jahre Zeit und hat in dieser Angelegenheit nichts, aber auch gar nichts getan.

Herr Kollege Kretschmann, ich muss Ihnen dazu sagen: Sie müssen sich schon genauer damit beschäftigen. Letztendlich kommen jetzt auch Ihre wahren Ziele ans Licht: Sie wollen die FFH-Richtlinie als ein Verhinderungsinstrument gegen die Wirtschaft und gegen die Weiterentwicklung der Städte und Gemeinden haben.

(Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen: Das ist überhaupt nicht wahr!)

Das ist sie gerade nicht.

(Beifall bei der CDU – Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen: Das hat er doch nicht gesagt!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Naturschutz geht es darum, zu einer Nachhaltigkeit zu kommen. Dies muss keine reine Flächennachhaltigkeit sein. Das ist Ihr statischer Ansatz. Es muss keine reine Flächennachhaltigkeit sein. Sie haben vorhin zu Recht auf den Reichtum der Natur hingewiesen. Reichtum muss sich nicht auf Gebiete und Gebietsquoten beschränken. Herr Kollege Caroli hat vorhin gesagt, Dänemark habe 15 %, die Toskana 20 % etc. Landesfläche angemeldet. Das mag ja alles richtig sein, Herr Kollege Caroli.

(Zuruf von der SPD: Es war umgekehrt!)

Klar ist aber eines: Die Richtlinie gibt keinerlei Gebietsquoten vor, und diese würden wir uns auch nicht oktroyieren lassen.

(Beifall des Abg. Göbel CDU)

Die Verhältnisse sind doch viel zu unterschiedlich. Wir leben doch im dichtest besiedelten Land der Europäischen Union. Man kann nicht mit einem Maßstab über alle Länder hinweg arbeiten. Gerade das bedeutet eine besondere Herausforderung für einen integrativen Naturschutz. Der Mensch ist Teil der Natur, dazu bekenne ich mich doch. Herr Kollege Kretschmann, ich will den Menschen vom Reichtum an der Natur nicht ausschließen. Es hat überhaupt keinen Wert: Sie machen zum Teil eine Naturschutzpolitik, die den Menschen ausgrenzt.

(Widerspruch von der SPD)

Sagen Sie einmal, wie Sie die Menschen für den Naturschutz begeistern wollen, wenn Sie ihnen die Natur ständig fern halten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/Die Grünen)

Wie wollen Sie denn da die Leute noch begeistern, wenn Sie sie ständig ausschließen und heraushalten? Damit erwecken Sie weder Akzeptanz noch Begeisterung. Sie müssen die Menschen integrieren und damit auch Akzeptanz schaffen. Jetzt komme ich noch einmal darauf: Sie müssen auch Akzeptanz für wirtschaftliche und auch für gemeindliche Entwicklungen schaffen, zum Beispiel dadurch, dass die Entwicklung von Betrieben nicht gehemmt wird. All dies erfordert ein feinfühliges Vorgehen und eine fachlich qualifizierte Umsetzung.

(Abg. Bebber SPD zur CDU: Also wenn ihr nacher beim Mittagessen darüber nicht lacht, nehme ich euch nicht mehr ernst!)

Jetzt noch einmal zur Frage der Umsetzung. Ich muss auch da sagen: Ich verstehe da Ihre Aufregung gar nicht.

(Lachen bei der SPD)

Wir sind mitten im Verfahren.

(Unruhe – Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen: Das ist alles verfahren, jawohl! – Abg. Ursula Haußmann SPD: So verfahren wie Ihre Rede ist das! – Abg. Bebber SPD: Hauk ist mitten im Tiefschlaf!)

Die Stellungnahmen liegen jetzt zum Teil vor oder werden gerade erarbeitet. Es ist doch selbstverständlich, dass über diese Stellungnahmen ein intensiver Dialog mit allen Betroffenen stattfindet. Das ist doch selbstverständlich!

(Lebhafte Unruhe)

Wir leiten doch kein Verfahren ein, das nicht – –

(Abg. Dr. Caroli SPD: Andere haben es vorher gemacht!)

– Kollege Caroli, ich muss einmal darauf hinweisen: Dieses Konsultationsverfahren ist von der EU nicht vorgeschrieben. Das machen wir freiwillig, und das machen wir deshalb, weil wir keine Alibiveranstaltung wollen, sondern weil wir gerade den konstruktiven Dialog brauchen, um letzten Endes die Akzeptanz vor Ort herzustellen.

(Beifall des Abg. Göbel CDU – Abg. Ursula Haußmann SPD: Was wollen Sie uns denn sagen, Herr Hauk?)

Genau dies passiert derzeit. Das werden wir zu einem geordneten Ende bringen, und dabei wird es nach meiner Überzeugung wenig Konfliktfälle geben.

(Abg. König REP: In den nächsten vier Wochen? – Unruhe)

– Was reden Sie von den nächsten fünf Wochen?

(Abg. König REP: Vier!)

– Das sagen Sie. Ich sage: Wir nehmen uns die Zeit, die wir brauchen.

(Hauk)

(Abg. Bebber SPD: Wer ist „wir“? – Zuruf des Abg. Birzele SPD)

Ohne Hetze! Wir werden uns die Zeit nehmen, die wir brauchen, um ein geordnetes Verfahren, das begonnen wurde, zu Ende zu führen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Abg. Bebber SPD: Herr Hauk, Sie haben doch gar nichts zu sagen! Das macht doch die Ministerin!)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Kretschmann.

(Lebhafte Unruhe)

Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Werter Herr Kollege Hauk, es ist natürlich Ihr Job, die Landwirtschaftsministerin zu verteidigen. Aber ich finde, das muss man dann schon ein bisschen fundierter machen. Wenn die Landwirtschaftsministerin einen Konsultationsprozess von zwei Monaten ausgerechnet in der arbeitsreichsten Zeit der Landwirte durchführt, spricht das schon für sich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es!)

Zweitens, Herr Kollege Hauk: Wenn diese Reden hier überhaupt einen Sinn haben sollen, muss man einfach, wenn man Ausführungen nicht widerlegen kann, dem anderen abnehmen, was er sagt. Sie sagen stattdessen: „Herr Kretschmann meint in Wirklichkeit etwas ganz anderes, als er hier erzählt.“

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Sie haben dann einen „Türken“ aufgebaut, auf dem Sie herumgeklopft haben.

(Unruhe)

Das reizt mich natürlich.

(Abg. Hauk CDU: Das war der Sinn!)

Ich habe ausgeführt, dass die EU-Richtlinie ausdrücklich feststellt – und ich finde, das ist der große Fortschritt an ihr –, dass die für „Natura 2000“ ausgewiesenen Gebiete eben nicht nur klassische Schutzausweisungen nach sich ziehen müssen. Das können sie, müssen sie aber nicht. Das steht ausdrücklich in der Richtlinie. Es ist auch auf andere Art und Weise möglich.

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Das hat der doch gar nicht gelesen!)

Das ist genau so, wie es im PLENUM vorgesehen ist, wie wir es im Vertragsnaturschutz machen, wie es beim MEKA und anderen Programmen gemacht wird.

Jetzt habe ich noch einmal kurz ausgeführt, was es heißt, Landwirtschaft, Naturschutz, regionale Wirtschaftsförderung, Tourismus, Gastronomie zusammenzubringen. Das war der Sinn meiner Rede. Darüber gibt es Übereinstimmung.

Jetzt gibt es eine Kabinettsvorlage, in der genau das steht, was wir hier alle wollen. Und was habt ihr als Regierungsfraktion dafür eingestellt, dass es umgesetzt wird?

(Abg. Capezzuto SPD: Nichts!)

Null Mark!

(Zuruf der Abg. Dr. Carmina Brenner CDU)

Wenn Sie hier zu großen Entlarvungsreden mir gegenüber ansetzen, müssen Sie einmal Ihre eigenen Hausaufgaben machen. Dann kann man von der CDU-Fraktion erwarten, dass sie das, was sie selbst seit mindestens drei Jahren vertritt – das Kabinett und die Ministerin dazu –, vielleicht auch einmal durchsetzt.

(Abg. Capezzuto SPD: Und die FDP! – Abg. Dr. Caroli SPD: Die will sich gar nicht durchsetzen!)

Sie müssten 6 Millionen, wie es im Kabinettsbeschluss steht, auch in den Haushalt einstellen. Keine müde Mark! Gerade 1 Million für Naturparks!

Jetzt möchte ich noch einmal etwas sagen:

(Abg. Schöffler SPD: Große Sprüche von der CDU!)

Wenn man das als Fraktion nicht selbst macht, dann misstraut einem natürlich die Bevölkerung, wenn man sagt: Die Chancen bei den Richtlinien der EU liegen in der möglichen Förderung. Da wird eine neue Förderkulisse eröffnet mit den ausgewiesenen Gebieten. Da können wir Komplementärmittel akquirieren für die eigene Tätigkeit, und das ist eine riesige Chance, insbesondere Vermarktungsstrukturen aufzubauen, die nachher der Natur und der Landwirtschaft nützen. Das ist genau der Kern dieser Konzeption.

Aber wenn man selber untätig ist und Jahr für Jahr bei jedem Haushalt nicht vorankommt und immer weiter vertröstet – jetzt vertröstet ihr uns auf die Mittel aus dem EnBW-Verkauf –, dann muss man hier, Kollege Hauk, nicht versuchen, anderen Vorwürfe zu machen, sie meinten etwas ganz anderes, als sie sagten. Das ist nämlich überhaupt nicht der Fall. Sie wissen genau, dass wir große Anhänger davon sind, den ordnungspolitischen Ansatz im Naturschutz zu lockern und auf den Schutz durch Nutzung überzugehen. Genau das ist das Neue an dieser FFH-Richtlinie und von „Natura 2000“. Nur muss man das den Leuten auch in einem professionellen Kommunikationsprozess vermitteln und darf nicht immer vom Gegenteil, von Käseglocke und allem möglichen Quatsch reden. Die Käseglocke kommt weg.

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abg. Kretschmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hauk?

Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Nach dem Gedanken.

Wir wollen, dass Menschen in unsere schöne Natur kommen. Wir wollen, dass sie in die Natur gehen und sie wenigstens im Sinne der Schönheit nutzen. Das ist doch gar keine Frage. Wir müssen es nur so organisieren, dass beiden gedient ist. Natürlich kann man dabei auf Schutzgebietsausweisungen nicht verzichten, aber man braucht sie

(Kretschmann)

nicht in dem Umfang vorzunehmen wie bisher. Es kommt nicht darauf an, möglichst viele Naturschutzgebiete auszuweisen, sondern darauf, die Ziele zu erreichen, die zum Beispiel heißen: Erhalt des Artenreichtums. Das ist ein Ziel. Wenn man das auf andere Weise besser erreichen kann, umso besser. Das wollen wir. Das müssten wir unseren Bürgermeistern sagen.

Wir müssten ihnen sagen: Wenn ihr es über Schutzgebietsausweisungen nicht wollt, dann macht Vorschläge, wie wir dasselbe Ziel auf andere Weise erreichen. Dann gehen wir sofort ans Werk. Das ist ein Ansatz für eine moderne Naturschutzpolitik.

Kollege Hauk.

Abg. Hauk CDU: Herr Kollege Kretschmann, ist Ihnen erstens bekannt, dass kein Bundesland so viele Mittel für den Vertragsnaturschutz und für die Vertragslandschaftspflege bereitstellt wie Baden-Württemberg?

Und zweitens: Ist Ihnen bekannt, dass im Rahmen des Maßnahmen- und Entwicklungsplans, den das Land bei der EU vorgelegt hat – Stichwort Fördergelder der EU –, genau die von Ihnen angesprochenen Punkte alle mit berücksichtigt sind?

Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Jetzt spielt er den kleinen Teufel, der auch mit der Statistik daherkommt.

(Heiterkeit – Abg. Hauk CDU: Ich widerlege Ihren Vorwurf, wir würden nichts tun!)

Herr Kollege Hauk, ist Ihnen bekannt, dass dem Land jetzt schon – das können Sie in parlamentarischen Anfragen nachlesen – viele Fördermittel entgangen sind, weil die Gebiete nicht ausgewiesen sind? Ich bestreite doch gar nicht, dass das Land etwas getan hat. Ich habe sogar euren früheren Minister gelobt, was ich ja auch nicht jeden Tag machen kann.

(Heiterkeit)

Was hier passiert ist, bestreitet doch niemand. Aber jetzt geht es abwärts statt aufwärts,

(Abg. Hauk CDU: Das ist doch nicht wahr! Genau das stimmt nicht!)

und ihr seid daran leider beteiligt, weil ihr Schlafmützen seid, weil ihr euch in der Fraktion nicht durchsetzen könnt und nix mehr hinkriegt!

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Glück.

Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Caroli, ich muss doch noch auf Ihre Ausführungen eingehen. Sie haben hier ein Horrorszenario entfacht, das einfach bar jeglicher Realität ist, ein Szenario – ich darf Ihre eigenen Worte nehmen – hoch zehn. Mit solchen Potenzzahlen rechne ich normalerweise nie. Das, was Sie hier darzustellen versucht haben, ist einfach falsch.

Sie haben ferner mit Strafzöllen gedroht. Die sind noch weit, weit entfernt, und wir lassen uns hier nicht unter Druck setzen. Es geht jetzt um die Aufarbeitung der Widersprüche. Hierzu müssen den Verwaltungen entsprechende Kriterienkataloge in die Hand gegeben werden, nach denen sie manche Gebiete, wenn berechnete Einsprüche vorliegen, ausnehmen können. Über das, was dann noch übrig bleibt, muss dann eine Individualentscheidung auf der Ebene der RPs oder des MLR getroffen werden.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Friede, Freude, Eierkuchen!)

Ich bin zuversichtlich, dass das MLR hier zügig umsetzen kann und dass am Schluss nur wenige ernste Blessuren zurückbleiben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. König.

Abg. König REP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich muss ein paar Sätze zu Ihnen, Kollege Hauk, sagen: Herr Kollege Hauk, Sie sollten Ihre Beschwichtigungszeremonie wirklich vergessen, denn das, was Sie uns hier erzählen, ist fern jeder vor Ort praktizierten Handhabung. Haben Sie eigentlich einmal an einem solchen Konsultationsverfahren teilgenommen? Haben Sie wirklich geglaubt, dass die Gemeinden ein Einspruchsrecht haben, dass sie nach der Konsultation eine Stellungnahme abgeben, die dann wirklich gewissenhaft von den Bezirksstellen für Naturschutz und Landschaftspflege und den Regierungspräsidien geprüft werden kann? Es steht nämlich in der Broschüre, dass diese innerhalb eines Monats die Stellungnahme an die Landesregierung weitergeben, damit das Kabinett schnell beschließen kann, welche Gebiete an das Bundesnaturschutzamt zu melden sind. Verstehen Sie?

Ein Beispiel:

(Zuruf des Abg. Zeiher CDU)

Ich habe bereits von meiner Heimatgemeinde Dobel, die zu fast 100 % betroffen ist, gesprochen. Beim Konsultationsverfahren saßen die so genannten Experten und Behördenvertreter im Kreis mit Gemeinderäten,

(Abg. Scheuermann CDU: Und einer war dagegen!)

und auf die Frage, welche Entwicklungsmöglichkeiten die Gemeinde Dobel noch hat, wenn dies so durchgeht, sagte niemand Geringeres als Herr Mahler von der Bezirksstelle für Naturschutz und Landschaftspflege: Ihr müsst eure weitere kommunale Entwicklung im Wald suchen. Im Wald!

(Heiterkeit – Abg. Dr. Caroli SPD: Was, wo?)

– Ja, im Wald. – Das heißt, ein Gewerbegebiet, die weitere Bauentwicklung, das alles sollen wir in den Wald verlegen. Man muss sich auch noch anhören, was die so genannten Experten in unserer Feldflur in Dobel für schützenswert halten, denn das ist nichts anderes als Borstgrasrasen auf Bergmähwiesen.

(König)

(Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen: Was?
– Abg. Schmiedel SPD: Was für Dinger?)

– Borstgrasrasen. Wir sagen Bocksbart dazu.

(Weitere Zurufe)

Wie ist er entstanden? Weil die Landwirtschaft gewaltig zurückgegangen ist, sind die Wiesen nicht mehr gedüngt worden, und es hat sich dieser Bocksbart gebildet, der allmählich von Moos überwuchert wird. Das heißt, es vermost total.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Erbarmen mit den Stenografen! – Heiterkeit)

– Sie lachen darüber, aber so ist es. So ist das entstanden.

(Abg. Deuschle REP: Das zeigt, wie wenig ihr euch für das Thema interessiert!)

Wenn wir über die EU und insbesondere durch die Osterweiterung

(Anhaltende lebhaft Heiterkeit)

– Moment, Moment, hören Sie mich zu Ende an – unsere Landwirtschaft noch weiter nach hinten bringen,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

wenn wir unsere Landwirtschaft noch weiter kaputtgehen lassen, dann entstehen zuhauf solche Gebiete, wo Bocksbart wächst,

(Lebhafte Heiterkeit)

und dann haben wir Ausgleichsflächen en masse.

Meine Damen und Herren, man muss sich das einfach einmal an einem drastischen Beispiel vor Augen führen und nicht darüber lachen. Herr Noll, dass Sie davon keine Ahnung haben, ist in Ordnung. Als Zahnarzt würde ich mich auch weniger für Borstgras, Bocksbart usw. interessieren.

(Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Ich glaube, Sie haben zu viel Bocksbeutel gesoffen!)

Das ist auch gut so, denn sonst käme niemand zu Ihnen.

Aber das ist ein echtes Problem, das all jene nicht kennen, die nicht in einer Gemeinde wohnen, die davon betroffen ist.

Ich sage Ihnen eines: Die Landesregierung soll bloß so weitermachen. Dann bekomme ich im nächsten Jahr bei der Landtagswahl statt 25 % 50 %. Das ist in Ordnung.

(Beifall des Abg. Deuschle REP)

Das wäre dann das erste Mal, dass die EU für uns etwas Positives bewirkt hätte.

Stellv. Präsident Weiser: Wir sind bei der FFH-Richtlinie und nicht bei Wahlprognosen für die nächste Landtagswahl.

(Anhaltende Heiterkeit)

Im Übrigen ist Ihre Redezeit zu Ende.

Abg. König REP: Herr Präsident, ich setze einen Karton Trollinger für denjenigen aus, der mir ein Beispiel nennen kann, wo von dieser EU, von dieser Eurokratur aus Brüssel etwas Vernünftiges für uns gekommen ist.

(Beifall bei den Republikanern – Unruhe)

Stellv. Präsident Weiser: Herr König, ich bin nachher in meinem Büro. Ich bin an dieser Kiste Trollinger interessiert.

(Heiterkeit)

Das Wort hat Frau Ministerin Staiblin.

(Abg. Deuschle REP: Das muss man ein bisschen bürgernäher sehen!)

Ministerin für den ländlichen Raum Gerdi Staiblin: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Landesregierung wird ein katastrophales Management

(Abg. Deuschle REP: Ihnen wird das vorgeworfen!)

und ein dilettantisches Vorgehen bei der Umsetzung der FFH-Richtlinie innerhalb von „Natura 2000“ vorgeworfen.

(Abg. König REP: Ja!)

Dilettantisch finde ich diese heutige Debatte

(Abg. Schmiedel SPD: Oje! – Abg. Dr. Caroli SPD: Das ist eine Beleidigung des Parlaments!)

vonseiten der SPD und der Grünen.

(Abg. König REP: Also von mir nicht!)

Dilettantisch finde ich den Inhalt dieser Debatte, und dilettantisch finde ich den Zeitpunkt dieser Debatte.

(Abg. Schöffler SPD: Die Reps haben Sie jetzt vergessen! – Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Herr Dr. Caroli, Sie hätten schon ein anderes Beispiel bringen müssen als gerade Holland.

(Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen: Als dilettantisch haben wir eine professionelle Ministerin!)

Wissen Sie eigentlich – ich glaube, Sie wissen das nicht; denn sonst hätten Sie ein anderes Land benannt –,

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

dass Holland wegen Nichterfüllung der Vogelschutzrichtlinie beim Europäischen Gerichtshof verklagt worden ist?

(Abg. Dr. Caroli SPD: Wie Deutschland!)

Es kommt, Herr Dr. Caroli, eben nicht auf die Größe der Flächen an, die ausgewiesen werden,

(Abg. Dr. Caroli SPD: Es hat auch niemand behauptet, dass es auf die Menge ankommt!)

sondern es kommt auf die Qualität der Flächen an, die ausgewiesen werden.

(Ministerin Gerdi Staiblin)

Ein zweites Eigentor haben Sie mit Bayern geschossen. In Bayern liegen nämlich zwischenzeitlich 22 000 Einsprüche vor. Wenn in Bayern alles so hervorragend gelaufen wäre, wie Sie dies heute hier dargestellt haben,

(Abg. Schöffler SPD: Das ist eben schwarz re-
giert!)

dann möchte ich wissen, wieso dann dort diese 22 000 Einsprüche eingegangen sind.

(Abg. König REP: Deswegen lassen Sie bei uns gar keinen Einspruch zu! – Abg. Schöffler SPD: Bayern ist ein rein schwarzes Land! – Zuruf des Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen)

Darüber hinaus möchte ich Ihnen auch noch sagen, dass von der Europäischen Kommission

(Abg. Dr. Caroli SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– ich lasse jetzt keine Zwischenfragen zu –

(Abg. Dr. Caroli SPD: Ha, ha! – Abg. Kiefl CDU: Sehr gut!)

bereits eine Beschwerde in Bayern eingegangen ist.

(Abg. Kiefl CDU: Aha!)

Wir haben, denke ich, wenig Zeit zur Verfügung gehabt. Das ist richtig. Aber wir haben ein Konsultationsverfahren durchgeführt, und die Kommunen und die Verbände – 70 Verbände wurden angehört – hatten zwei Monate Zeit. In einem normalen Gesetzgebungsverfahren haben Verbände in der Regel sechs Wochen Zeit. Wir haben keine Flächen vorgegeben, sondern wir haben zweierlei vorgegeben: erstens dass bestehende Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiete, §-24-a-Biotope und Waldbiotopie berücksichtigt werden sollten und zweitens dass qualitativ hochwertige Flächen gemeldet werden und die EU-Richtlinien eingehalten werden. Ich denke, das ist das Wesentliche daran.

(Abg. König REP: EU-Hörigkeit!)

Wir haben an 1 111 Kommunen eine CD-ROM verschickt. Die Karten haben den Maßstab 1 : 25 000 – damit liegen wir an der Spitze. Es gibt andere Länder, die die Karten nur im Maßstab 1 : 100 000 verschickt haben. Dass wir die Ausweisung damit nicht punktgenau vornehmen können, wussten wir. Dies war bekannt und war auch den Kommunen bekannt. Das haben wir nicht verschwiegen. Es ist deswegen nicht möglich gewesen, weil wir nicht über eine landesweite flächendeckende Kartierung verfügen und weil wir auf die Fachkenntnisse der Landesanstalt für Umweltschutz, der Bezirksstellen und auf Gutachten sowie Fachkenntnisse der Forstlichen Versuchsanstalt in Freiburg und der Fischereiforschungsstelle angewiesen waren und letztendlich auf deren Wissen zurückgegriffen haben.

Ich denke, das war eine kluge und richtige Entscheidung. Ich möchte an dieser Stelle in der Tat meiner Verwaltung wirklich Dank dafür sagen, wie dies bisher durchgeführt wurde und in welchem Zeitraum dies durchgeführt wurde. Wir haben das Konsultationsverfahren jetzt abgeschlossen.

(Zuruf des Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben, denke ich, jetzt auch die Möglichkeit, das eine oder andere, was innerhalb der CD-ROM und der nicht punktgenauen Abgrenzung nicht möglich war, zu verändern. Wir werden den Härtefällen nachgehen, und wenn Sie Bedarf haben, Herr Dr. Caroli, dürfen Sie uns gerne dabei helfen. Ich lade Sie ein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Das ist nicht die Aufgabe eines Abgeordneten!)

Herr Kretschmann, über Ihre Aussagen hier bin ich schon etwas enttäuscht. Fachlich waren Sie schon weitaus besser.

Erstens haben Sie nur im alten Kaffeesatz herumgerührt und Dinge vorgetragen, die Sie schon mehrmals vorgetragen hatten. Anscheinend haben Sie nichts Neues gefunden, und darüber bin ich recht froh.

Zweitens haben Sie nichts anderes als Kraut und Rüben vorgetragen, überall im Kochtopf rumgestochert, ohne ein Stück Fleisch zu finden.

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Das war ein schönes Gleichnis! – Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Jetzt wirds spannend!)

Sie haben angesprochen, Herr Kretschmann, wir würden die finanziellen Möglichkeiten für den Vertragsnaturschutz und für finanzielle Entschädigungen nicht genügend ausschöpfen. Erstens wissen wir überhaupt nicht, was die EU zu entschädigen bereit ist. Zweitens wissen Sie anscheinend nicht, was Ihr Umweltminister Trittin vorhat. Er will nämlich bundesweit 10 % der Fläche als Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiete ausweisen,

(Abg. Dr. Caroli SPD: Wir haben doch schon 10 %!)

und er will die Qualität der guten fachlichen Praxis anheben. Das heißt, dass die Bäuerinnen und Bauern über die ordnungsgemäße Landbewirtschaftung noch mehr als die gute fachliche Praxis erbringen müssen, ohne dass dafür ein Ausgleich bezahlt werden soll.

(Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen: Das ist ja gar nicht definiert: „gute fachliche Praxis“! – Abg. Dr. Caroli SPD: Erklären Sie mal den Begriff!)

– Herr Dr. Caroli, ich kann mir gut vorstellen, dass Sie als Lehrer nicht wissen, was gute fachliche Praxis ist und was man unter ordnungsgemäßer Landbewirtschaftung versteht.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Erlauben Sie mal!)

Dafür haben wir Bundesgesetze, die Sie eigentlich kennen müssten.

Ich bin zuversichtlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass wir die Ausweisung dieser – –

(Ministerin Gerdi Staiblin)

(Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Jetzt haben Sie mich beschimpft! Da wäre es doch mal nett, Sie nähmen mich mal auseinander!)

– Bitte?

(Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Sie haben mich beschimpft, aber jetzt muss es kommen! Nehmen Sie mich mal auseinander! Sie haben ja genug Zeit zum Reden!)

Stellv. Präsident Weiser: Herr Kretschmann, Sie haben nicht das Wort. Melden Sie sich, wenn Sie das Wort wollen.

(Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen: Sie lässt ja keine Zwischenfrage zu!)

– Entschuldigung, Herr Schäfer. Auch für Zwischenfragen meldet man sich ordnungsgemäß zu Wort. Die Sitzungsleitung erfolgt von hier aus und nicht von Ihrem Platz aus.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Sie kann ja mal zur Sache sprechen! – Abg. Schöffler SPD: Aber Zwischenrufe kann man machen!)

Ministerin für den ländlichen Raum Gerdi Staiblin: Herr Kretschmann, Sie haben inhaltlich so wenig gesagt, dass ich darauf auch keine Antwort geben kann.

(Abg. Kiefl CDU: Sehr gut!)

Wir sind zurzeit auf einem guten Weg.

(Abg. König REP: Das bezweifle ich!)

Ich bin zuversichtlich. Ich denke, wir haben alle den Auftrag, nicht nur im Sinne der sozialen Marktwirtschaft politische Entscheidungen zu treffen. Es geht mir auch darum, gerade in diesem Bereich die ökologische und die ökonomische soziale Marktwirtschaft zu praktizieren. Es geht darum, dass auch die Wirtschaftlichkeit in unserem Land weiter praktiziert werden kann. Es geht darum, dass wir dem europäischen Naturschutzerbe gerecht werden. In diesem Einklang werden wir in den nächsten Wochen die Meldung nach Brüssel auf den Weg bringen.

(Abg. König REP: „Vier Wochen“ steht in der Broschüre!)

Ich bin sicher, wir haben den richtigen Weg gewählt. Weder Sie, Herr Kretschmann, noch Sie, Herr Dr. Caroli, haben einen Vorschlag gemacht, wie ich es hätte anders machen können.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Das stimmt doch überhaupt nicht, was Sie sagen!)

– Herr Dr. Caroli, Sie haben gesagt, ich täte Ihnen heute nicht Leid. Aber Sie tun mir heute Leid, weil mir mitgeteilt wurde, dass Sie für die heutige Debatte Nachhilfeunterricht gebraucht haben, um sich nach allen Seiten einzuhören, was an diesem Vorgehen hätte besser gemacht werden können.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Das ist ja wohl eine Unverschämtheit! Was meinen Sie denn damit?)

Ich habe auch meine Informanten, und mir wurde dies zugetragen. Da tun Sie mir Leid, Herr Dr. Caroli.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, die Aktuelle Debatte ist damit beendet.

(Abg. Schmiedel SPD: Nein! Dr. Caroli!)

Herr Abg. Dr. Caroli, Sie haben zu einer persönlichen Erklärung das Wort. Aber ich werde darauf achten, so wie man bei mir darauf geachtet hat, als ich einmal eine persönliche Erklärung abgeben wollte und Sie laufend dazwischengerufen haben.

Abg. Dr. Caroli SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zu dem, was Frau Ministerin Staiblin gerade gesagt hat, eine persönliche Erklärung abgeben.

(Zurufe von der CDU)

Wir Parlamentarier haben bei einer Aktuellen Debatte die Möglichkeit, fünf Minuten zu sprechen.

(Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Zu lang! – Zurufe von der CDU)

Einige nutzen diese Möglichkeit in der Weise, dass sie völlig frei sprechen. Bei dieser Aktuellen Debatte habe ich exakt zweimal fünf Minuten gesprochen.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Mühlbeyer: Das war viel zu viel!)

Die Ministerin dagegen hat die Möglichkeit, sehr viel länger zu sprechen.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Haasis: Das hat sie ja gar nicht getan!)

Ich weise Verunglimpfungen von Parlamentariern durch eine Ministerin mit allem Nachdruck zurück, Verunglimpfungen, die auf die Aussage hinauslaufen –

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Haasis: Was ist daran eine persönliche Erklärung?)

– Sie müssen mir schon erlauben, meine persönliche Erklärung so abzugeben, wie ich es selbst für richtig halte.

(Abg. Haasis CDU: Nein, das ist keine persönliche Erklärung!)

Ich lasse mich von der Ministerin nicht –

Stellv. Präsident Weiser: Gestern war das bei mir auch der Fall. Dennoch waren Sie einer derjenigen, die am lautesten dazwischengerufen haben.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Abg. Dr. Caroli SPD: Aber Zwischenrufe sind ja auch erlaubt, Herr Präsident.

Ich darf zum Ende meiner persönlichen Erklärung kommen.

Stellv. Präsident Weiser: Ja, kommen Sie zu Ihrer persönlichen Erklärung.

Abg. Dr. Caroli SPD: Ich betrachte es als eine Verunglimpfung, wenn einem Parlamentarier, der hier frei spricht, unterstellt wird, er würde sich auf irgendeine Art und Weise vorbereiten lassen. Ich bereite mich so vor, wie ich es selbst für richtig halte. Das ist meine ureigene Sache.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das hat doch jeder gemerkt! – Abg. Zeiher CDU: Das hat jeder gehört! – Abg. Haasis CDU: Jeder blamiert sich so, wie er es am besten kann! – Weitere Zurufe)

Wenn Sie, Frau Ministerin Staiblin, es für nötig halten, sich auf diese Ebene herabzubegeben, möchte ich Sie darum bitten, sich dafür in aller Form zu entschuldigen.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Haasis CDU: Dafür gibt es überhaupt keinen Grund!)

Stellv. Präsident Weiser: Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, die persönliche Erklärung ist damit beendet.

(Abg. Haasis CDU: Das war gar keine!)

Wir treten damit in die Mittagspause ein. Die Sitzung wird um 14:15 Uhr mit der Fragestunde fortgesetzt.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:12 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:16 Uhr)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Fragestunde – Drucksache 12/5353

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 1 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Ulrich Deuschle REP – Abschiebep Praxis bei straffälligen EU-Ausländern

Herr Abg. Deuschle, Sie erhalten das Wort zur Verlesung Ihrer Mündlichen Anfrage.

Abg. Deuschle REP: Danke schön, Herr Präsident. – Meine Damen und Herren, ich frage die Landesregierung:

- Inwieweit treffen Presseberichte zu, wonach die Praxis baden-württembergischer Behörden, straffällig gewordene EU-Ausländer in ihren Heimatstaat abzuschicken bzw. auszuweisen, angebliches oder tatsächliches EU-Recht verletze?
- Seit wann und in welchem Umfang ist das Innenministerium mit der Problematik dieser Abschiebe-/Ausweisungsfälle befasst?

Stellv. Präsident Birzele: Herr Innenminister Dr. Schäuble, Sie erhalten das Wort zur Beantwortung der Mündlichen Anfrage.

Innenminister Dr. Schäuble: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage des Herrn Kollegen Deuschle wie folgt:

Zu a: Die Europäische Kommission hat beschlossen, wegen der Verletzung von Gemeinschaftsrecht durch die Bundesrepublik Deutschland bei der Ausweisung von EU-Bürgern die zweite Phase des Vertragsverletzungsverfahrens nach Artikel 226 des EG-Vertrags einzuleiten. Dem Vertragsverletzungsverfahren liegen rund 70 Petitionen fast ausnahmslos italienischer Staatsbürger zugrunde, die sich überwiegend gegen Entscheidungen der Ausländerbehörden des Landes Baden-Württemberg richten.

Nach Auffassung des Innenministeriums verletzt die Praxis der baden-württembergischen Ausländerbehörden bei der Ausweisung und Abschiebung italienischer Staatsangehöriger kein EU-Recht. Diese Auffassung wird auch vom Bundesministerium des Innern geteilt, das in einer Stellungnahme vom März 1999 gegenüber der EU-Kommission die Hauptbeschwerdepunkte des Vertragsverletzungsverfahrens zurückgewiesen hat.

Die Rechtmäßigkeit der Entscheidungen der Ausländerbehörden ist im Übrigen in zahlreichen Fällen von Verwaltungsgerichten bestätigt worden.

Zu b: Das italienische Generalkonsulat hat das Innenministerium erstmals im April 1992 darauf hingewiesen, dass nach seiner Auffassung die Ausländerbehörden des Landes bei der Ausweisung von italienischen Staatsangehörigen angeblich gegen EU-Recht verstießen. Seither wurde die Ausweisungspraxis bei in erheblicher Weise straffällig gewordenen Ausländern im Allgemeinen und EU-Ausländern im Besonderen mehrmals mit dem Generalkonsulat erörtert.

Gegenüber dem Landtag hat das Innenministerium im November 1997 aufgrund einer Kleinen Anfrage der Frau Kollegin Thon zu dieser Angelegenheit Stellung genommen. Die Europäische Kommission hat die erste Stufe des Vertragsverletzungsverfahrens im Juli 1998 eingeleitet.

Stellv. Präsident Birzele: Eine Zusatzfrage? – Bitte, Frau Abg. Thon.

Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen: Sehr geehrter Herr Minister, Sie können sicher bestätigen, dass das Innenministerium bereits im Jahr 1993 von der Fraktion GRÜNE auf die Unvereinbarkeit der Ausweisungsvorschriften im Ausländergesetz mit dem EG-Recht hingewiesen wurde, wobei diese Vorschriften durch die sehr strengen baden-württembergischen Erlasse noch verschärft werden. Sie haben damals keinen Handlungsbedarf gesehen. Jetzt, nachdem sich das Europaparlament und die Europäische Kommission dieser Problematik angenommen haben, haben Sie sich mit dem Außenministerium Italiens über die Bildung einer Arbeitsgruppe verständigt. Meine Fragen: Gibt es diese Arbeitsgruppe bereits? Wie ist sie besetzt? Welches Konzept und welcher Zeitplan liegen der Arbeit dieses Gremiums zugrunde?

Innenminister Dr. Schäuble: Diese Arbeitsgruppe gibt es bereits, Frau Kollegin Thon. Sie hat gestern zum ersten Mal getagt. Wir haben auch eine gemeinsame Sprachregelung erarbeitet. Das Problem liegt aus meiner Sicht darin: Nach allem, was bisher bekannt geworden ist, wenden unsere Ausländerbehörden die geltende Rechtslage korrekt an. Die italienische Seite hat aber Vorstellungen, die über die geltende Rechtslage hinausgehen. Im Grunde genommen ist die italienische Seite der Auffassung, dass auch bei schweren Straftaten EU-Angehörige nicht mehr ausgewiesen und abgeschoben werden sollen bzw. dürfen. Das ist mit der jetzt noch gültigen Rechtslage schlicht und ergreifend nicht vereinbar.

Stellv. Präsident Birzele: Zweite Zusatzfrage. Aber bitte kein Statement, sondern nur eine Frage, Frau Abg. Thon.

Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen: Wie bewertet die Landesregierung die Absicht der Bundesregierung, demnächst eine Verwaltungsvorschrift zu verabschieden, die eine hohe Hürde für die Ausweisung von EU-Bürgern festlegen soll?

Innenminister Dr. Schäuble: Ich selber habe mich als Innenminister immer wieder gemeinsam mit der zuständigen Abteilung bemüht, unsere über 140 Ausländerbehörden im Land Baden-Württemberg darauf hinzuweisen, dass die EU-Bürger in der Tat einen Sonderstatus genießen, und dies mit Recht, und dass dieser beachtet werden soll. Wenn auch die Bundesregierung das Ihrige dazu beiträgt, dass dies noch einmal nachhaltig in Erinnerung gebracht wird, habe ich dagegen nichts.

Stellv. Präsident Birzele: Zusatzfrage, Herr Abg. Deuschle.

Abg. Deuschle REP: Herr Innenminister, befindet sich unter den genannten Abschiebefällen auch der Fall des 1994 oder 1995 abgeschobenen Stuttgarter Gastronomen Mario Lavorato, dessen persönliche Nähe zum Fraktionsvorsitzenden der CDU damals Gegenstand öffentlichen Interesses war?

Innenminister Dr. Schäuble: Ich bin mir jetzt aus dem Stegreif, Herr Kollege Deuschle, nicht ganz sicher, aber ich vermute – ich vermute, betone ich –, dass Lavorato nicht ausgewiesen worden ist, sondern aufgrund eines Ersuchens der italienischen Justiz damals nach Italien gebracht wurde. Denn man hat ihn ja in Italien angeklagt, wenn ich das richtig im Kopf habe. Das ist ja dann eine ganz andere Schiene.

Die italienische Justiz arbeitet traditionell gut mit uns zusammen. Wir haben bei der Generalstaatsanwaltschaft in Stuttgart mit dem Herrn Leitenden Oberstaatsanwalt Krombacher einen international anerkannten Spezialisten. Es gab 1993/94 die Situation, dass Mafiaangehörige in der Vollzugsanstalt in Mannheim saßen, die dann auf Betreiben oder Verlangen der italienischen Justiz damals – unter schwierigsten Bedingungen übrigens – nach Italien verbracht worden sind. Aber das hat ja mit Ausweisung und Abschiebung nichts zu tun.

(Abg. Deuschle REP: Ja, gut, danke!)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Krisch.

Abg. Krisch REP: Herr Minister, ist darin ein Widerspruch zu sehen, oder habe ich das falsch verstanden, dass einerseits die italienische Justiz selbst straffällig Gewordene abruft und andererseits gegen hier straffällig Gewordene die Abschiebung verweigert?

Innenminister Dr. Schäuble: Ich sehe darin keinen Widerspruch. Das eine ist, dass die italienische Justiz zunächst einmal gut mit den deutschen Behörden zusammenarbeitet, wofür wir übrigens dankbar sind und woran wir auch ein großes Interesse haben. Das Gleiche gilt auch für die Polizeien. Da kommt es natürlich immer wieder vor, dass die italienische Justiz italienische Staatsangehörige, die sich derzeit in Baden-Württemberg aufhalten, wegen Straftaten, die die Personen in Italien verübt haben, ausgeliefert haben will. Dies ist auch in Ordnung.

Die andere Seite ist die, dass insbesondere das italienische Außenministerium – ich sagte es vorhin auf die Frage von Frau Kollegin Thon, die jetzt leider nicht mehr unter uns ist – doch, Gott sei Dank,

(Heiterkeit)

die erfreulicherweise noch unter uns ist –, dass die italienische Außenpolitik im Grunde genommen die Auffassung vertritt, die ich übrigens nachvollziehen kann, aber die nicht der heute noch gültigen Rechtslage entspricht, dass auch in Fällen von schweren Straftaten, die italienische Staatsangehörige in Deutschland verüben, nicht ausgewiesen und abgeschoben werden soll.

Stellv. Präsident Birzele: Keine weiteren Zusatzfragen. Dann rufe ich die Mündliche Anfrage unter Ziffer 2 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Norbert Zeller SPD – Schaffung eines länderübergreifenden Hauptzollamtes Bodensee

Herr Abg. Zeller, Sie haben das Wort zur Verlesung Ihrer Mündlichen Anfrage.

Abg. Zeller SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- Ist die Landesregierung bereit, sich umgehend für ein länderübergreifendes gemeinsames Hauptzollamt im Raum Bodensee/Allgäu im Interesse der Wirtschaft, der Landwirtschaft und der gesamten Region einzusetzen?
- Wird die Landesregierung diesbezüglich unmittelbare Gespräche mit der Bayerischen Staatsregierung aufnehmen bzw. haben bereits Gespräche stattgefunden, wenn ja, welche Ergebnisse wurden erzielt?

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort zur Beantwortung der Anfrage erteile ich Herrn Staatssekretär Rückert.

Staatssekretär Rückert: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage des Abg. Zeller wie folgt:

Zu a: Die Fragestellung betrifft eine Angelegenheit der Bundeszollverwaltung. Die Landesregierung hat nach Artikel 108 Abs. 1 des Grundgesetzes keine eigene Entschei-

(Staatssekretär Rückert)

dungsbefugnis über den Sitz der Zollämter. Vielmehr steht es ausschließlich dem Bundesminister der Finanzen zu, über die Verwaltung der Zölle und damit auch über den Sitz der vollziehenden Ämter zu bestimmen.

Die Landesregierung betrachtet die Überlegungen des Bundes, die ihren Niederschlag in den Empfehlungen der Arbeitsgruppe Strukturplanung zu einer neuen Struktur der Bundesfinanzverwaltung gefunden haben, auch und gerade deshalb mit großer Sorge, weil eben in dieser Sache kein eigener Entscheidungsspielraum besteht.

Zum aktuellen Sachstand der Überlegungen des Bundes steht lediglich in quantitativer Hinsicht fest, in welchem Umfang bundesweit beabsichtigt ist, Standorte bei der Zollverwaltung aufzugeben.

Es handelt sich zusammengefasst um über die Hälfte der Hauptzollämter, um rund zwei Drittel der Hauptzollämter für Prüfungen und der Zollfahndungsämter sowie über ein Drittel der Zollämter.

Es bestehen jedoch nach Informationen des Bundesministers der Finanzen noch keine konkreten Überlegungen, ob und, wenn ja, welche Standorte in Baden-Württemberg im Einzelnen betroffen sein werden. Wir haben hierzu aus dem Bundesministerium der Finanzen die Information, dass man sich bemüht, zu den Standortüberlegungen Ende August/Anfang September konkrete Aussagen vorliegen zu haben.

Die Landesregierung wird – solange der Bund ausdrücklich keine baden-württembergischen Standorte von sich aus in Frage gestellt hat – keinesfalls gegenüber dem Bundesministerium der Finanzen für ein bestimmtes Strukturmodell im Land werben und auf diese Weise, jedenfalls mittelbar, einzelne Standorte ohne Not zur Disposition stellen. Die bisher vorliegenden Überlegungen des Bundes stellen lediglich einen Kriterienkatalog dar, aus dem sich für den Bund eine Zielvorgabe für die künftige Anzahl der Zollämter ableiten lässt.

Es ist daher die vordringlichste Aufgabe des Bundes, jetzt offen zu legen, welche Standorte in Baden-Württemberg konkret betroffen sind.

Die Landesregierung hat nicht die Absicht, es dem Bund bei den anstehenden Standortentscheidungen dadurch leichter zu machen, dass über die Ländergrenzen hinweg Gespräche über die Zusammenlegung von Behörden in der Ortsinstanz – wie vorgeschlagen – geführt werden. Dies hätte nämlich möglicherweise die Folge, dass der Bund diese Anregung aufnimmt und zulasten Baden-Württembergs eine weitere Konzentration der Zollämter anstrebt.

Die möglichen Auswirkungen einer solchen Initiative des Landes im Benehmen mit der Bayerischen Staatsregierung sind unkalkulierbar und beinhalten dazuhin die Gefahr, vom Bund gegeneinander ausgespielt zu werden.

Zu b: Aus den vorgenannten Gründen steht es derzeit nicht im Landesinteresse, offizielle Gespräche mit der Bayerischen Staatsregierung über eine Zusammenlegung zu einem länderübergreifenden gemeinsamen Hauptzollamt im Raum Bodensee/Allgäu aufzunehmen. Andernfalls würde die Landesregierung die Dimension der Strukturplanungen

des Bundes für die Bundesfinanzverwaltung verkennen, deren Auswirkungen sich nicht auf einzelne Regionen beschränken lassen, sondern sich vielmehr zu einem Landesinteresse verdichten. Aus diesem Grunde hat sich der Finanzminister des Landes bereits im Mai dieses Jahres an den Bundesfinanzminister gewandt und ihn eindringlich gebeten, die strukturpolitischen Interessen unseres Landes, das als einziges Flächenland der Bundesrepublik auch nach der vorgesehenen EU-Osterweiterung eine echte EU-Außengrenze besitzt, angemessen zu berücksichtigen. Darüber hinaus hat der Finanzminister darum gebeten, dass der Bundesminister der Finanzen die Planungen des Bundes zur Strukturreform der Bundesfinanzverwaltung den Ländern in einer der nächsten Sitzungen der Finanzministerkonferenz detailliert vorstellt und erläutert.

Nach alledem ist die Landesregierung der festen Überzeugung, dass es angesichts der noch offenen Hausaufgaben des Bundes in dieser Sache im Hinblick auf die bestehenden Landesinteressen kontraproduktiv wäre, zum jetzigen Zeitpunkt in bilateralen Gesprächen Teile des Bundeskonzepts gleichsam vorausseilend zu vollziehen. Dafür bitte ich Sie, Herr Abg. Zeller, namens der Landesregierung um Verständnis.

Sie dürfen sicher sein: Wir fühlen uns in dieser Frage – ähnlich wie heute Vormittag, als es um Standorte der Bundeswehr ging – mit Ihnen in einem Boot.

(Abg. Bebbler SPD: Das ist ja schrecklich!)

Wir sollten auch hier Landesinteressen auf Berliner Ebene bestmöglich gemeinsam vertreten.

(Abg. Bebbler SPD: Wir mit Ihnen in einem Boot – das geht ja unter!)

Stellv. Präsident Birzele: Zusatzfrage, Herr Abg. Zeller.

Abg. Zeller SPD: Herr Staatssekretär, stimmen Sie mir zu, dass es darum geht, Länderinteressen geltend zu machen, bevor Entscheidungen getroffen werden, also bevor eine Planungsentscheidung seitens des Bundes getroffen wird, eine Anmeldung in Sachen Hauptzollämter deutlich zu machen, um damit auch eine größere Einflussnahme ausüben zu können?

Zweitens: Haben Sie davon Kenntnis, dass die Bayerische Staatsregierung genau die von mir vorgetragene Position teilt? So schreibt zum Beispiel der zuständige bayerische Staatsminister einer Kollegin, die dieselbe Anfrage wie ich hatte:

Ich stimme mit Ihnen überein, dass wir im Interesse der heimischen Wirtschaft nach tragbaren Lösungen suchen müssen und deshalb auch die von Ihnen favorisierten Alternativen von länderübergreifenden Hauptzollämtern in Betracht ziehen.

Staatssekretär Rückert: Herr Abg. Zeller, es ist keine Frage, dass es auf verschiedenen Ebenen informelle Kontakte gibt.

(Abg. Mühlbeyer CDU: Normal!)

Wir verneinen aber die Frage, ob in der jetzigen Phase – so haben wir Ihre Anfrage verstanden – offizielle Verhand-

(Staatssekretär Rückert)

lungen mit angrenzenden Bundesländern geboten sind. Wir meinen, dass es um ein Thema geht, das die Struktur der Zollverwaltung im ganzen Land betrifft, sodass wir jetzt nicht einen Teilbereich, eine Region herausgreifen können, um darüber bereits konkrete Verhandlungen zu führen, bevor der Bund überhaupt konkrete Aussagen über seine Vorstellungen zur Veränderung der Gesamtstruktur gemacht hat.

Stellv. Präsident Birzele: Zusatzfrage, Herr Abg. Bebber.

Abg. Bebber SPD: Heißt das, dass inoffizielle Kontakte stattgefunden haben? Und können Sie uns darüber unterrichten, welcher Art diese inoffiziellen Kontakte waren?

Staatssekretär Rückert: Sie haben von mir ja gehört, dass unser Finanzminister auf den Bundesfinanzminister zugegangen ist – nicht nur mündlich, sondern auch schriftlich – und ihm bedeutet hat, wie wichtig uns dieses Thema im Ganzen ist, nicht nur auf eine Region bezogen, sondern im Ganzen.

Im Übrigen liegt es in der Natur der Sache, dass Gespräche des Finanzministers auf Arbeitsebene auch vorbereitet werden.

Stellv. Präsident Birzele: Zweite Zusatzfrage, Herr Abg. Bebber.

Abg. Bebber SPD: Gibt es inoffizielle Kontakte oder welche auch immer zur Bayerischen Staatsregierung, und welcher Art sind diese gegebenenfalls?

Staatssekretär Rückert: Über das von mir Gesagte hinaus kann ich Ihnen dazu nichts vortragen.

Stellv. Präsident Birzele: Keine weiteren Zusatzfragen. Damit ist diese Anfrage erledigt.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 3 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Norbert Zeller SPD – Hagelschäden in der Bodenseeregion

Herr Abg. Zeller, Sie erhalten das Wort zur Verlesung Ihrer Anfrage.

Abg. Zeller SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- a) Wie hoch ist der Sachschaden im Bereich der Landwirtschaft, der durch die jüngsten Hagelunwetter in der Bodenseeregion verursacht wurde?
- b) Ist die Landesregierung bereit, den geschädigten Landwirten eine Entschädigung zu gewähren, und wird sich die Landesregierung wieder an der Hagelversicherung beteiligen?

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort zur Beantwortung der Anfrage erhält Frau Ministerin Staiblin.

Ministerin für den ländlichen Raum Gerdi Staiblin: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Landesregierung beantwortet die Mündliche Anfrage wie folgt:

Zu a: Das Hagelunwetter am 7. Juli 2000 verursachte in der Bodenseeregion vor allem Schaden an Tafelobst und Hopfenkulturen. Im Erwerbsobstbau reicht die Schädigung je nach Betrieb von geringfügigem Schaden bis zum Totalausfall. Betroffen von dem Ereignis sind über 3 000 Hektar; bei etwa 600 Hektar, vor allem im Bereich Tettngang/Friedrichshafen, ist ein Totalschaden an Tafelware zu erwarten. In der Kernzone des Unwetters kann auf einzelnen Flächen aufgrund der starken Holzschädigung sogar eine Rodung erforderlich sein.

Die Hagelereignisse der vergangenen Monate in der Bodenseeregion haben in 3 500 bis 4 000 Hektar Erwerbsobstanlagen hervorgerufen. Dies entspricht rund 50 % des gesamten Erwerbsobstbaus der Region. Die Schadenshöhe im Erwerbsobstbau ist nach derzeitigem Stand nur annähernd zu schätzen; insbesondere sind die mit angemessenem Aufwand zu gewinnenden Anteile an Tafelobst und Industrieware noch nicht zu beziffern. Der Schaden kann die Größenordnung eines zweistelligen Millionenbetrags erreichen.

Im Hopfenanbaugebiet Tettngang sind über 1 000 Hektar Hopfen vom Schadensereignis betroffen. Die Ertragsverluste einzelner Betriebe erreichen bis zu 70 % des Ertrags einer Durchschnittsernte. Durchschnittlich ist der Verlust mit 20 bis 25 % des Durchschnittsertrags zu beziffern. Der Schaden durch die zu erwartenden Ernteausfälle kann eine Größenordnung von mehreren Millionen Mark erreichen.

Der Weinbau der Region hat vergleichsweise geringere Ertragsverluste in rund 220 Hektar Rebanlagen hinzunehmen. Der Schaden kann sich auf einige Hunderttausend Mark belaufen.

Zu b: Landeshilfen bei Unwetterereignissen im Bereich der Landwirtschaft können nach den Richtlinien des Ministeriums Ländlicher Raum über Landeshilfen nach schweren Naturereignissen und Unglücksfällen im landwirtschaftlichen Bereich durch die Einräumung „Unwetterhilfe Landwirtschaft“ gewährt werden. Für die Anwendung der Richtlinie ist Voraussetzung, dass außergewöhnliche Schadensereignisse nach Zahl und Umfang außergewöhnliche Schäden in einem großen Gebiet des Landes verursacht haben. Die Entscheidung über das Vorliegen der Voraussetzung obliegt dem Ministerrat.

Grundsätzliche Haltung der Landesregierung ist es jedoch, für versicherbare Schäden keine Landeshilfen zu gewähren. Wie ich durch einen Bericht im Fernsehen kurz nach dem Hagelschaden erfahren habe, hat der Präsident des Landeserwerbsobstbauverbandes die Aussage getroffen, dass er damit rechnet, dass ca. 40 % der Obstbauern gegen Hagelschaden versichert sind. Wir haben in diesem Jahr auch in Fellbach Hagelschäden erlitten. Auch dort war nur ein Teil der Winzer versichert. Wir haben also die Situation, dass man sich gegen diesen Schaden versichern kann und dass derjenige, der nicht versichert ist, weiß, dass er dann das Schadensrisiko eingeht.

Bereits im Jahre 1994 hat die Arbeitsgruppe der Haushaltsstrukturkommission vorgeschlagen, die Förderung der Hagelversicherung einzustellen. Der Rechnungshof hat im Jahre 1996 durch Prüfungsmitteilungen ebenfalls darge-

(Ministerin Gerdi Staiblin)

legt, dass er die Einstellung der Zuwendungen zu den Hagelversicherungsprämien für erforderlich hält. Im Zuge der Nachtragsberatung des Landeshaushaltes 1996 wurden Sparzwänge auch im Agrarhaushalt offensichtlich. Die Bezuschussung der Hagelversicherung wurde daraufhin ab dem Jahre 1997 eingestellt. Wobei ich dazu anmerken möchte, dass es kein Bundesland innerhalb der Bundesrepublik Deutschland gibt, das einen Zuschuss zur Hagelversicherung gewährt.

Ich möchte aber wohl darauf hinweisen, dass es innerhalb der Europäischen Union einige Länder gibt, die ganz vehement diese Hagelversicherungsprämien bezuschussen. Den höchsten Zuschuss gewährt das Land Griechenland, nämlich einen Zuschuss von 70 %. Ich bin auch der Meinung, dass hier eine erhebliche Wettbewerbsverzerrung innerhalb der Europäischen Union besteht. Innerhalb dieses Doppelhaushalts habe ich sicherlich keine Möglichkeit, finanzielle Mittel dafür zur Verfügung zu stellen. Aber wir sollten uns gemeinsam Gedanken darüber machen – dies wäre meine Forderung –, im darauf folgenden Haushalt Mittel für Zuschüsse für Hagelversicherungsprämien – schwerpunktmäßig im Obstbau, weil dort die Prämien sehr hoch sind – vorzusehen.

Ich will hier auch ansprechen, dass es mir auch darum geht, einen Mix anzubieten, und dass der Unternehmer selbst entscheiden sollte. Wir geben derzeit finanzielle Unterstützung zum Erstellen von Hagelnetzen. Ich denke, dies ist gut. Die finanzielle Unterstützung zum Erstellen von Hagelnetzen haben wir nicht ausgesetzt. Denn man muss eines bedenken: Bei einem Hagelschlag erfolgt ja, wie jetzt am Bodensee geschehen, ein Totalausfall. Das heißt, dass damit auch Marktanteile verloren gehen.

Bei finanzieller Unterstützung für das Erstellen von Hagelnetzen können natürlich die Marktanteile gehalten werden. Andererseits ist mir gerade in Fellbach mitgeteilt worden, dass die Winzer keine finanzielle Forderung an die Landesregierung stellen, sich aber wünschen, einen steuerfreien Rückstellungsbetrag bilden zu können, den sie in guten Jahren zurückstellen können, ohne dafür Steuern zahlen zu müssen, damit sie sich in schwierigen Situationen selbst helfen können.

Diese Forderung ginge dann an den Bund; denn für die steuerlichen Rückstellungen ist der Bund zuständig. Ich möchte Sie, Herr Zeller, herzlich bitten, dass gerade Ihre Fraktion beim Bund entsprechend Einfluss nimmt – es ist eine seit Jahren erhobene Forderung –,

(Abg. Brechtken SPD: Das ist unglaublich!)

damit es einen Mix von verschiedenen Möglichkeiten gibt, die Zahlung der Prämien finanziell zu unterstützen, und von den Unternehmen über die Inanspruchnahme dann selbst entschieden werden kann.

Stellv. Präsident Birzele: Mir liegen eine ganze Reihe von Zusatzfragen vor. – Herr Abg. Dagenbach.

Abg. Dagenbach REP: Frau Ministerin, bedeutet Ihre Antwort, dass Sie nicht wollen, dass den betroffenen Obstbauern mit wirklich erheblichen Schäden vonseiten der Lan-

desregierung geholfen wird? Sind Sie auch nicht bereit, dafür einzutreten, dass die ursprünglichen Beihilfen zur Hagelversicherung durch das Land wieder aufgenommen werden?

Ministerin für den ländlichen Raum Gerdi Staiblin: Zum Letzteren habe ich, glaube ich, die Antwort gegeben. Da haben Sie mir anscheinend nicht zugehört, Herr Dagenbach.

Dann wiederhole ich gern noch einmal, dass, wie ich gesagt habe, nach den derzeitigen Richtlinien die Prämie für die Hagelversicherung ausgesetzt ist. Die Gründe habe ich auch genannt: aus Gründen der Sparhaushalte, die umgesetzt werden mussten, und aus dem Grund, dass der Rechnungshof dies damals beanstandet hat. Ich habe aber zum Schluss gesagt, dass ich im jetzigen Doppelhaushalt keine finanzielle Möglichkeit sehe, dass ich mich aber darüber hinaus dafür einsetzen will – ich denke, das müssen wir alle gemeinsam –, dass in diesem Bereich die ungleiche Wettbewerbsbehandlung oder diese Wettbewerbsverzerrung innerhalb der Europäischen Union ausgeräumt wird.

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Buchter.

Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen: Frau Ministerin, zwei Fragen an Sie: Die erste: Es wird behauptet, dass der Hagelflieger zuerst über den Daimlerparkplatz in Sindelfingen geflogen sei. Ist da etwas dran, und – gegebenenfalls – wie bewerten Sie das?

Die zweite: Sie sprachen gerade von Wettbewerbsverzerrung. Sind Sie, wenn Sie das schon öffentlich als Wettbewerbsverzerrung darstellen, bereit, dann auch auf EU-Ebene juristisch gegen diese Verzerrung vorzugehen?

Ministerin für den ländlichen Raum Gerdi Staiblin: Um Ihre zweite Frage zu beantworten: Dagegen kann ich gar nicht vorgehen, weil dies damit verbunden ist, dass dafür keine Kofinanzierungsmittel von der EU gewährt werden. Das heißt, es muss sicher ein Notifizierungsverfahren durchgeführt werden, aber es ist den Ländern freigestellt, ob sie diese Prämie zahlen.

(Zuruf des Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen)

– Würden Sie bitte etwas deutlicher werden.

(Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen: Ich sagte, es ist eine Vertragsverletzung gegen bestehendes EU-Recht, wenn man durch finanzielle Zuwendungen Wettbewerbsverzerrungen organisiert!)

– Was hat das mit dieser Frage zu tun?

Stellv. Präsident Birzele: Bitte beantworten Sie die Frage, Frau Ministerin, damit wir kein Zwiesgespräch führen.

Ministerin für den ländlichen Raum Gerdi Staiblin: Ich möchte dann in aller Deutlichkeit sagen: Die erste Frage wurde in der Mündlichen Anfrage nicht gestellt. Es wurde nicht gefragt, ob der Hagelflieger erst was weiß ich wo durchgeflogen sei, bevor er in Fellbach geflogen ist. Das kann ich nicht beurteilen; ich weiß es nicht.

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Krisch.

Abg. Krisch REP: Frau Ministerin, ich habe noch eine Frage zu den Hagelfliegern: Ist der Schaden, der in Fellbach oder in Tettang/Friedrichshafen entstanden ist, nicht so groß, dass man versuchen müsste, in größerem Umfang Hagelflieger einzusetzen, die schon die Entstehung des Hagelschlags unterbinden? Denn das ist sicherlich ein effektiverer Einsatz als Hagelnetze, die wahrscheinlich nur beschränkt verwendbar sind.

Ministerin für den ländlichen Raum Gerdi Staiblin: Wie Sie vielleicht wissen, haben wir ein Gutachten über den Erfolg eines Hagelfliegers erstellen lassen. Durch dieses Gutachten wurde festgestellt, dass nicht hundertprozentig sichergestellt werden kann, dass durch den Hagelflieger in der Tat eine Hagelabwehr praktiziert werden kann. Daher ist dies eine von vielen Möglichkeiten, die aber nicht hundertprozentig sicher ist, wobei mir gerade zu dem Hagelschlag in Fellbach mitgeteilt wurde, dass es bei diesem starken Unwetter fraglich gewesen wäre, ob der Hagelflieger überhaupt hätte fliegen können.

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Zeller.

Abg. Zeller SPD: Frau Ministerin, können Sie sagen, wie viele Betriebe voraussichtlich durch diesen Hagelschaden in ihrer Existenz betroffen sind? Heißt das definitiv, dass Sie sich im Ministerrat nicht dafür einsetzen werden, dass eine entsprechende Entschädigung erfolgt?

Die zweite Frage: Können Sie sagen, in welcher Größenordnung die Prämien durch das Land sein müssten?

Ministerin für den ländlichen Raum Gerdi Staiblin: Zu Ihrer zweiten Frage bezüglich der Prämien: Wenn wir darüber nachdenken, muss man sich in etwa an den Prämien der anderen europäischen Länder orientieren.

Wie viele Betriebe betroffen sind, habe ich vorhin in Form von Hektarzahlen zum Ausdruck gebracht. Ich werde am Freitag in das Hagelgebiet an den Bodensee fahren und mir dort vor Ort den Hagelschaden am Tafelobstbau und am Hopfenanbau anschauen. Ich denke, dass mir dort dann auch die Zahl der betroffenen Betriebe genannt werden kann.

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Dr. Schäfer.

Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen: Frau Ministerin, wie hoch schätzen Sie das Finanzvolumen des Landes ein, das notwendig wäre, um eine Hagelversicherung mit 50 % Bezuschussung wieder einzuführen, bzw. wie hoch waren die Beträge pro Hektar, die bis 1997 dafür eingestellt waren?

Ministerin für den ländlichen Raum Gerdi Staiblin: Diese Frage war nicht gestellt. Ich hätte sie spontan beantworten können, aber ich denke, ich finde die Zahlen, weil sie mir in der Tat hier aufgeschrieben wurden.

Ich gehe noch einmal zurück auf die zinsverbilligten Darlehen, die für die Erstellung von Hagelnetzen möglich sind. Hier will ich ergänzend hinzufügen, dass die Grenze für die Bezuschussung von Investitionskosten von 20 000 DM pro Hektar vom Ministerrat auf Bundesebene vor einigen Monaten auf 50 000 DM erhöht wurde. Dafür ist schwerpunktmäßig die Bundespolitik zuständig.

Wir haben im Jahr 1990 einen Zuschuss von 1,1 Millionen DM an Betriebe gewährt. Es schwankte in den einzelnen Jahren wahrscheinlich immer nach dem Schadensfall. Im Jahr 1996 waren es 630 000 DM. Ich denke, das richtet sich auch nach der Zahl derer, die sich versichern oder nicht versichern.

(Abg. Zeller SPD: Nein, da wurden die Prozentsätze reduziert!)

Mehr kann ich Ihnen heute dazu nicht sagen. Ich habe die Zahlen heute nicht vorliegen. Aber ich kann sie Ihnen schriftlich zukommen lassen.

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Krisch, zweite Zusatzfrage.

(Abg. Krisch REP: Erledigt!)

– Erledigt. Damit liegen keine weiteren Fragen vor.

(Zuruf: Doch!)

Herr Abg. Dr. Schäfer.

Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen: Ich habe noch eine Zusatzfrage: Frau Ministerin, ist Ihnen bekannt, wie viele Betriebe von den Anspruchsberechtigten in der Vergangenheit, als es die Hagelversicherung gab, diese Hagelversicherung in Anspruch genommen haben?

Ministerin für den ländlichen Raum Gerdi Staiblin: Wenn Sie noch Zeit haben, dann suche ich mir die Zahl heraus. Ansonsten müsste ich Sie auch auf die schriftliche Mitteilung verweisen, wenn Sie damit einverstanden sind.

(Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen: Sie können das schriftlich machen! – Abg. Brechtken SPD: Das machen wir schriftlich!)

Stellv. Präsident Birzele: Danke. – Nunmehr liegen keine weiteren Fragen vor.

Ich rufe die vierte Mündliche Anfrage auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Ulrich Deuschle REP – Tour de France – Kostenübernahme

Herr Abg. Deuschle, Sie erhalten das Wort zur Verlesung Ihrer Anfrage.

(Abg. Brechtken SPD: Herr Präsident, kann jemand sagen, wie der Stand der Tour de France gerade ist? Das ist viel wichtiger!)

Abg. Deuschle REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Aus welchem Budgettitel werden die Kosten für Umleitungsbeschilderung und Müllbeseitigung im Rahmen der diesjährigen Tour de France im Raum Freiburg entnommen?

(Zuruf des Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort zur Beantwortung der Anfrage erhält Herr Staatssekretär Mappus.

(Abg. Brechtken SPD: Herr Staatssekretär, können Sie vielleicht auch noch sagen, wie es bei der Tour de France gerade steht?)

Staatssekretär Mappus: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage des Herrn Abg. Deuschle wie folgt:

Die Kosten für die Durchführung der Tour de France auf den Bundes-, Landes- und Kreisstraßen in Baden-Württemberg werden aus dem Landeshaushalt – Kapitel 1004, Titelgruppe 77: Gemeinschaftliche Straßenunterhaltung – bestritten. Die Kosten für die erforderlichen Absperrungen an der Bundesautobahn A 5 bzw. an den diesbezüglichen Zu- und Abfahrtswegen werden aus dem Bundeshaushalt – Kapitel 1210, Titel 521 11: Betriebliche Unterhaltung der Bundesautobahnen – bestritten.

(Heiterkeit der Abg. Dr. Repnik und Dr. Inge Gräßle CDU sowie Brechtken SPD – Abg. Brechtken SPD: Die Frage ist beantwortet!)

Stellv. Präsident Birzele: Zusatzfragen? – Das ist nicht der Fall.

(Beifall der Abg. Dr. Repnik und Dr. Inge Gräßle CDU)

Herr Abg. Deuschle.

(Staatssekretär Mappus verlässt das Rednerpult.)

– Halt, Herr Staatssekretär! Herr Abg. Deuschle hat sich doch noch zu einer Frage entschlossen. Bitte schön, Herr Deuschle.

(Zurufe von der SPD)

Abg. Deuschle REP: Können Sie bestätigen, dass es sich um einen Betrag in der Größenordnung von 150 000 DM handelt? Wie wird dieser Betrag auf diese beiden Budgettitel aufgeteilt?

Staatssekretär Mappus: Zum ersten Teil der Frage: Dies kann ich nicht bestätigen. Dies ist eine erste Schätzung, die wir auch den Medien entnommen haben. Das wird sich dann schlussendlich danach richten, welcher reale Aufwand entstanden ist. Über diesen wird in voller Höhe eine entsprechende Rechnung gestellt.

Die Aufteilung, die Sie angesprochen haben, ist keine offizielle Aufteilung. Sie wird aber wohl dergestalt aussehen, wie Sie sie beschrieben haben.

Stellv. Präsident Birzele: Zweite Zusatzfrage, Herr Abg. Deuschle.

Abg. Deuschle REP: Herr Staatssekretär, können Sie also ausschließen, dass Mittel aus dem Tourismusetat des Wirtschaftsministeriums hierfür verwendet werden?

(Abg. Brechtken SPD: Ein Staatssekretär kann nie etwas ausschließen!)

Staatssekretär Mappus: Herr Abg. Deuschle, ich bin gern bereit, Ihnen die Systematik des Landeshaushalts zu erklären.

(Abg. Deuschle REP: Ich frage aus gutem Grund!)

Ich habe bezüglich Ihrer Frage geantwortet,

(Abg. Deuschle REP: Beantworten Sie die Frage!)

aus welchen Titelgruppen wir die Forderungen stellen bzw. aus welchen Titelgruppen sie dann beglichen werden und

an wen wir die Rechnung richten. Wie diese Rechnungen dann beglichen werden, ist eine völlig andere Frage.

(Abg. Capezzuto SPD: Der Deuschle muss sie selber zahlen! – Abg. Deuschle REP: Nein, nein!)

Ich kann Ihnen bezüglich Ihrer Anfrage sagen, dass wir die Rechnung aus den genannten Titelgruppen heraus stellen werden.

(Abg. Deuschle REP: Ah ja!)

Stellv. Präsident Birzele: Eine Frage des Herrn Abg. Brechtken, bitte schön.

Abg. Brechtken SPD: Herr Staatssekretär, fühlen Sie sich in der Lage, dem hohen Hause mitzuteilen, wie der derzeitige Stand der Tour de France auf der Etappe nach Freiburg ist?

(Heiterkeit)

Staatssekretär Mappus: Herr Abg. Brechtken, da ich in der letzten halben Stunde ständig den Anfragen hier gelauscht habe, kann ich Ihre Frage leider nicht beantworten.

(Heiterkeit – Abg. Capezzuto SPD: Aber Sie können die Beantwortung später nachholen! – Abg. Zeller SPD: Schriftlich vorlegen! – Unruhe)

Aber wir reichen Ihnen das Ergebnis schriftlich nach, wenn Sie das wünschen.

Stellv. Präsident Weiser: Zusatzfrage, Herr Abg. Dagenbach.

Abg. Dagenbach REP: Herr Staatssekretär, liege ich richtig in der Annahme, dass Sie nicht in der Lage sind, genaue Zahlen darüber zu nennen, was an Kosten auf das Land zukommt?

Staatssekretär Mappus: Herr Abg. Dagenbach, ich hatte ausgeführt, dass wir,

(Abg. Capezzuto SPD: Die fahren doch noch! – Heiterkeit bei allen Fraktionen)

wenn dieses Radrennen beendet sein wird und die realen Kosten ermittelt sein werden, eine entsprechende Rechnung über die volle Höhe stellen werden. Die Zahl 150 000 DM, die genannt wurde, ist eine erste grobe Schätzung. Ich denke, dass sich der Aufwand in diese Richtung bewegen wird.

Stellv. Präsident Weiser: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Keine weiteren Fragen.

(Abg. Brechtken SPD: Die entscheidende Frage hat er nicht beantworten können!)

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 5 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Wolfram Krisch REP – Gesetz über die Stiftungsinitiative „Erinnerung – Verantwortung – Zukunft“

Herr Abg. Krisch, Sie haben das Wort zur Verlesung Ihrer Mündlichen Anfrage.

Abg. Krisch REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- a) Wie begründet die Landesregierung, dass am 14. Juli 2000 im Bundesrat einstimmig und ohne Aussprache auch von Baden-Württemberg dem Gesetz über die Stiftungsinitiative „Verantwortung – Erinnerung – Zukunft“ zugestimmt wurde, obwohl Zahlungen in der Größenordnung von 100 Milliarden DM, die die Bundesrepublik Deutschland in den Fünfzigerjahren auch zum gleichen Zweck geleistet hat, in diesem Gesetz ausdrücklich nicht berücksichtigt werden?
- b) Welches Argument verwendet die Landesregierung, um zu beweisen, dass geltendes Recht und unsere Verfassung nicht verletzt wurden durch die Tatsache, dass Wirtschaftsunternehmen, an denen Bund, Länder oder Kommunen mehrheitlich beteiligt sind, nach diesem Gesetz Zahlungen an die Stiftung leisten sollen, die aber nicht dem 5-Milliarden-DM-Anteil der Wirtschaft, sondern dem 5-Milliarden-DM-Anteil des Staates zugerechnet werden?

Stellv. Präsident Weiser: Zur Beantwortung dieser Mündlichen Anfrage erteile ich Herrn Staatssekretär Rückert das Wort.

Staatssekretär Rückert: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage wie folgt:

Die Leistungen nach dem Gesetz zur Einrichtung einer Stiftung „Erinnerung – Verantwortung – Zukunft“ dienen nach dem erklärten Willen des Bundesgesetzgebers nicht dem gleichen Zweck wie frühere Entschädigungsleistungen. Mit diesem Gesetz soll ein zusätzliches, in finanzieller Hinsicht abschließendes Zeichen moralischer Verantwortung gesetzt werden, mit dem jenen Geschädigten, die bisher aus verschiedenen Gründen leer ausgegangen sind, wenigstens teilweise eine Entschädigung gewährt wird. Dies ergibt sich deutlich aus dem Gesetz. Die Landesregierung hat deshalb dem Gesetz im Bundesrat zugestimmt.

Zur Frage b: Bei den Zahlungen der Wirtschaftsunternehmen handelt es sich um freiwillige Leistungen, die von den jeweils zuständigen Organen dieser Unternehmen in eigener Zuständigkeit festgelegt werden.

(Abg. Deuschle REP: Na ja, freiwillig?)

Im Übrigen gibt es gegen die infrage stehende Regelung des § 3 Abs. 2 des Gesetzes zur Errichtung einer Stiftung „Erinnerung – Verantwortung – Zukunft“ keine Anhaltspunkte für rechtliche Bedenken. In jenem Paragraphen wurde festgelegt, dass der Bundesanteil auch die Zahlungen der Unternehmen beinhaltet, die im Alleineigentum oder im mehrheitlichen Eigentum des Bundes sind.

Nun ist aktuell der Presse zu entnehmen, dass die Bundesregierung nunmehr auf einen Beitrag der Länder verzichtet. So wurde von der dpa am Dienstag dieser Woche eine Sprecherin des Bundesfinanzministeriums zitiert. Offiziell liegt diese Stellungnahme der Bundesregierung noch nicht vor. Sollte sich diese Pressemitteilung endgültig bewahrheiten, dann wäre aus unserer Sicht die Frage im Hinblick auf die Beiträge landesbeteiligter Unternehmen gegenstandslos.

Stellv. Präsident Weiser: Zusatzfrage, Herr Abg. Krisch.

Abg. Krisch REP: Herr Staatssekretär, wie begründet die Landesregierung ihre Zustimmung zu Zahlungen der Stiftungsinitiative wiederum an eine Organisation, die schon in den Fünfzigerjahren Gelder der Bundesrepublik Deutschland erhielt, welche aber zum großen Teil nicht bei den beabsichtigten Empfängern ankamen? Das ist ein Vorwurf aus israelischen Regierungskreisen, der durch Vorwürfe US-amerikanischer und israelischer Organisationen verstärkt wird, welche gerade dieser das Geld empfangenden Organisation Korruption und Betrug vorwerfen.

Stellv. Präsident Weiser: Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Rückert: Herr Abgeordneter, Sie wissen, dass die gesetzliche Grundlage, die jetzt durch den Bundestag und den Bundesrat abgesegnet worden ist, letztlich das zusammenfasst, was zwischen der Wirtschaft, der Bundesregierung und ihren Gesprächspartnern im Einvernehmen ausgehandelt worden ist. Dies ist in engem Kontakt mit der US-Regierung geschehen, weshalb wohl keine Zweifel an der Seriosität der Gesprächspartner bestehen dürften.

Die Landesseite war in keiner Weise in diese Verhandlungen eingebunden. Die Landesregierung hat dem Gesetz im Bundesrat aus gesamtstaatlicher Verantwortung zugestimmt, um zu mehr Rechtssicherheit für unsere Unternehmen im Ausland beizutragen.

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abg. Dagenbach.

Abg. Dagenbach REP: Herr Staatssekretär, warum stimmte die Landesregierung einem Gesetz zur Zahlung von 10 Milliarden DM zu, obwohl bis heute noch nicht geklärt ist, wer die Gelder an wen und in welcher Form weitergibt, obwohl bis heute keinerlei Maßnahmen getroffen wurden, um eine aufgabengemäße und korrekte Verwendung der Gelder beim Empfänger sicherzustellen, und obwohl bis heute keinerlei Maßnahmen getroffen wurden, um eine Wiederholung der Betrügereien und der Korruption in den Fünfzigerjahren auszuschließen?

Stellv. Präsident Weiser: Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Rückert: Herr Abgeordneter, wir gehen davon aus, dass die Bundesregierung bezüglich der Umsetzung dieses Gesetzes Sorge getragen hat bzw. dafür Sorge tragen wird, dass die Gelder bei denjenigen Empfängern ankommen, für die sie auf der Basis dieses Gesetzes erbracht werden.

(Abg. Deuschle REP: Glauben Sie, dass das die Regierung interessiert?)

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abg. Deuschle, Sie haben nicht das Wort. Das Wort zu einer Zusatzfrage hat Herr Abg. Schonath.

Abg. Schonath REP: Danke schön. – Herr Staatssekretär Rückert, warum stimmte die Landesregierung einem Gesetz zu, das Nachforderungen oder weitere Erpressungen, zum Beispiel aus Ländern Osteuropas, nicht ausschließt

(Abg. Zeller SPD: Sagen Sie mal!)

(Schonath)

und das der Anlass dafür war, dass Griechenland plötzlich finanzielle Forderungen an Deutschland stellt und deutsches Eigentum trotz der EU-Mitgliedschaft Griechenlands und trotz deutscher Wirtschaftshilfe an Griechenland rechtswidrig konfisziert?

Stellv. Präsident Weiser: Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Rückert: Herr Abgeordneter, ich meine, dass Stichworte wie „Erpressung“ diesem Gesetz nicht gerecht werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der SPD, des Bündnisses 90/Die Grünen und der FDP/DVP – Abg. Zeller SPD: Unglaublich!)

Dieses Gesetz schafft die Basis zur Befriedung in einer sensiblen Streitfrage aus unsäglicher Vergangenheit und versucht, für die Zukunft zu einem besseren Miteinander über alle Grenzen hinweg beizutragen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort zu einer Zusatzfrage hat Herr Abg. König.

(Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Jetzt reicht aber! – Gegenrufe von den Republikanern)

Abg. König REP: Herr Staatssekretär, wie erklärt die Landesregierung ihre Zustimmung zu diesem Gesetz, das das Ergebnis der schon angesprochenen Erpressung durch US-Anwälte ist, die ihrerseits wiederum auf Erfolgsbasis arbeiten und mit einem Anteil von 7 bis 10 % am Erlös der Stiftungsinitiative beteiligt sind und darüber hinaus . . .

Stellv. Präsident Weiser: Könnten Sie, Herr König, zu Ihrer Frage kommen?

Abg. König REP: . . . – ich habe doch gefragt: Wie erklärt die Landesregierung ihre Zustimmung? – . . .

Stellv. Präsident Weiser: Nein, das war keine Frage.

Abg. König REP: . . . als Mitglieder des Kuratoriums der Stiftung

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

über die Verwendung dieser Stiftungsgelder mitbestimmen dürfen?

Staatssekretär Rückert: Herr Abg. König, Sie blasen in das gleiche Horn wie Ihr Vorredner.

(Abg. Zeller SPD: So ist es!)

Ich habe schon bei der Beantwortung seiner Zusatzfrage deutlich gemacht, dass ich mich nicht auf der Ebene von Unterstellungen bewegen will. Ich gehe davon aus, dass die Landesregierung hier in gesamtstaatlicher Verantwortung gehandelt hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abg. Krisch.

(Zurufe, u. a. Abg. Zeller SPD: Jetzt langts aber!)

Abg. Krisch REP: Herr Zeller, ich habe das Wort, bitte schön.

Herr Staatssekretär, Sie erwähnten, dass es keine Anhaltspunkte für rechtliche Bedenken gebe, wenn Unternehmen, an denen Land, Bund oder Kommunen mehrheitlich beteiligt sind, an die Stiftungsinitiative zahlen. Ist Ihnen nicht bekannt, dass in Fachzeitschriften ausdrücklich auf die Verletzung des Aktienrechts und auf steuerrechtliche Verletzungen hingewiesen wurde?

Stellv. Präsident Weiser: Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Rückert: Ich habe meinerseits darauf hingewiesen, Herr Abgeordneter, dass diese Entscheidung in der autonomen Zuständigkeit der Entscheidungsorgane der einzelnen Unternehmen liegt. Sie können selbst entscheiden, ob sie einen Beitrag leisten oder nicht. Deshalb kann man auch nicht unterstellen, dass sie unter Druck handeln.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abg. Dagenbach.

(Zuruf von der SPD: Jetzt langts aber!)

Abg. Dagenbach REP: Herr Staatssekretär, warum hat die Landesregierung vor der Zustimmung zu diesem Gesetz dann keinen Versuch unternommen, Graf Lambsdorff, die Bundestagsabgeordneten Beck und Eppelmann bzw. die Gewerkschaft darauf hinzuweisen, dass es rechtswidrig und Nötigung ist, jene Firmen – ich beziehe mich jetzt auf die hier genannten Personen und die Gewerkschaft – an den Pranger zu stellen,

(Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Der kann nicht einmal vorlesen!)

und dass es rechtswidrig ist, zum Boykott gegen jene Firmen aufzurufen, die sich mit Recht weigern,

(Abg. Dr. Puchta SPD: Komma!)

an die Stiftung zu zahlen, da die Zahlung an diese Stiftung nach dem Wort des Gesetzes freiwillig sein soll?

(Abg. Dr. Puchta SPD: Fragezeichen!)

Stellv. Präsident Weiser: Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Rückert: Herr Abg. Dagenbach, wir drehen uns im Kreis.

(Beifall des Abg. Kiel FDP/DVP – Abg. Dagenbach REP: Weil Sie nicht antworten!)

Die Landesregierung muss nicht jede Äußerung, die in diesem Zusammenhang von anderen gemacht wurde, kommentieren. Ihnen aber passt die ganze Sache nicht. Deswegen Ihre Kritik an Personen und Institutionen. Und deshalb gehen auch die Fragen aus Ihren Reihen immer in die gleiche Richtung.

(Staatssekretär Rückert)

Ich habe die Fragen – so gut ich konnte – beantwortet. Mehr kann ich Ihnen dazu nicht sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der SPD, des Bündnisses 90/Die Grünen und der FDP/DVP – Unruhe)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, mir liegen in der Fragestunde keine Wortmeldungen mehr vor. Sie ist damit beendet.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes – Drucksache 12/5282

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 12/5344

Berichterstatter: Abg. Jacobi

Der Berichterstatter wünscht das Wort nicht.

Wem darf ich in der Allgemeinen Aussprache das Wort erteilen? – Das Wort hat Herr Abg. Kurz.

(Abg. Reddemann CDU: Kurz, machs kurz!)

Abg. Kurz CDU: Herr Präsident, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Der Landtag hatte im Jahr 1992 eine unabhängige Kommission eingesetzt, die im Jahr 1993 ihr Ergebnis zur Beratung vorlegte. Diese unabhängige Kommission kam damals zu dem Ergebnis, dass die Angemessenheit der Entschädigung der Abgeordneten nicht erreicht ist. Diese Kommission empfahl, die damaligen Diäten von 6 200 DM auf mehr als 9 000 DM, also um mehr als 50 % zu erhöhen.

Dem hat der Landtag nicht entsprochen. Aus diesem Grunde darf auch nicht von einem Selbstbedienungsladen gesprochen werden. Stattdessen hat der Landtag die Diäten in der Zwischenzeit in angemessener Weise im Rahmen der allgemeinen Tarifentwicklung angepasst. Wir sind noch heute, nach all diesen Anpassungen, im Ländervergleich das Land, das pro Einwohner am wenigsten für seine Abgeordneten aufzubringen hat, nämlich 7,51 DM jährlich.

Was der Bericht des Präsidenten über die Angemessenheit der Entschädigungen beinhaltet, bedeutet, dass wir auch mit der jetzigen Erhöhung um 2,3 % in diesem Jahr im Rahmen der Tarifentwicklung liegen, sowohl der Tarifentwicklung im öffentlichen Dienst als auch im Bereich der privaten Wirtschaft. Nachdem auch andere Tarifpartner Abschlüsse über zwei Jahre im Blick haben, gilt das auch für die in gleicher Größenordnung ausgefallene Erhöhung für das nächste Jahr. Auch damit liegen wir in einem Bereich, mit dem wir vor die Bürgerschaft hintreten können. Die Arbeit, die jeder einzelne Abgeordnete vollbringt, ist einer Entschädigung wert. Ich glaube, es muss auch dem Selbstverständnis des Parlaments entsprechen, dass wir angemessen entschädigt werden.

Es wird in der Öffentlichkeit auch noch ab und zu die Erhöhung der Fahrtkostenzuschüsse etwas kritisch gesehen,

weil hier die Erhöhung 5 % beträgt. Aber, werde Kolleginnen und werde Kollegen, jetzt schauen Sie doch bitte einmal in Ihren Terminplan. Wenn wir Wahlkreise mit großen Flächen nehmen, dann sind allein für die mandatsbedingten Fahrtkosten im Wahlkreis 30 000 oder sogar 40 000 Kilometer im Jahr erforderlich. Wenn wir hier zum objektiven Vergleich die steuerliche Anerkennung der Pkw-Kosten, die für andere Berufsgruppen gilt, von 52 Pfennig je Kilometer zugrunde legen, dann erreichen wir mit dieser Entschädigung bei weitem nicht das, was der einzelne Abgeordnete an Aufwand hat. Selbst Abgeordnete, deren Wahlkreis nahe am Parlamentsort liegt, haben den entsprechenden Aufwand.

Ich bin der Auffassung, und mit mir ist auch die CDU-Fraktion insgesamt dieser Auffassung, dass die Empfehlung zu einer verantwortbaren und angemessenen Erhöhung der Diäten führt. Der Bericht des Präsidenten über die Angemessenheit ist getragen von Verantwortung, aber auch von Sensibilität und von Kompetenz. Ich bitte das Parlament, das hohe Haus, dem gemeinsamen Gesetzentwurf der Fraktionen CDU, SPD, FDP/DVP und Bündnis 90/Die Grünen zuzustimmen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Birzele.

Abg. Birzele SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Kollege Kurz hat gerade darauf hingewiesen, dass auch nach unserer letzten Debatte über die Erhöhung der Entschädigung in den Medien der Vorwurf der Selbstbedienung erhoben wurde.

Ich habe bereits bei der letzten Sitzung darauf hingewiesen, dass wir als Gesetzgeber diese Entschädigung selbst beschließen müssen, wie dies beispielsweise auch in den Kommunalparlamenten die kommunalen Gremien selbst erledigen müssen, und dass der Versuch gescheitert ist, durch eine Grundgesetzänderung zu ermöglichen, diese Entscheidung auf eine Kommission zu übertragen. Der Versuch ist deshalb gescheitert, weil in der Öffentlichkeit Kritik daran geübt wurde, Kritik, die Abgeordneten wollten sich ihrer Aufgabe entziehen. Wenn aber dann in den Medien dieser Sachverhalt nicht korrekt dargestellt wird, sondern – ich zitiere aus der „Ländersache“ – der Moderator formuliert:

Doch von dem seit vielen Jahren kritisierten Verfahren, sich selber die Gehälter zu genehmigen, wollen die Parlamentarier auch dieses Mal nicht lassen.

oder wenn die Redakteurin ausführt:

Weil die Abgeordneten nicht, wie seit Jahrzehnten gefordert, eine unabhängige Kommission über ihre Gehaltserhöhung befinden lassen wollten, gab es immer wieder solche Bilder: Selbstbedienung, pfui!

dann halte ich das für außerordentlich ärgerlich. Denn wer dieser Debatte zugehört hat, der sollte darüber informiert sein, warum wir diese Erhöhung selbst beschließen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU, des Bündnisses 90/Die Grünen und der FDP/DVP)

(Birzele)

Zweite Bemerkung: Wir erleben sehr häufig, dass, wenn über die Höhe der Entschädigung diskutiert wird, die Mitbürgerinnen und Mitbürger hohe Beträge annehmen, viel höhere als die, die wir tatsächlich erhalten. Wir erhalten im Jahr 101 700 DM. Ich habe das letzte Mal Vergleiche gewählt: In A 14 beträgt das Jahreseinkommen gegenwärtig ohne die Erhöhung 103 926,24 DM. Also haben wir weniger als ein Oberregierungsrat oder Oberstudienrat. Dessen ungeachtet heißt es in dem erwähnten Bericht, die Abgeordneten hätten ungefähr das Gehalt eines Oberstudiendirektors. Ich habe also für das Durchschnittsalter der Abgeordneten von 52 Jahren, verheiratet, zwei Kinder – ich sage jetzt nicht mehr: durchschnittlich verheiratet –,

(Heiterkeit – Abg. Rech CDU: Durchschnittlich glücklich!)

ausrechnen lassen, was ein Oberstudiendirektor, 52, verheiratet, zwei Kinder, erhält. Er erhält 131 728,17 DM, also 30 000 DM mehr als die Abgeordneten. Das ist die Korrektheit der Berichterstattung.

(Abg. Rech CDU: Und das Unglück unserer Frauen, mit uns verheiratet zu sein!)

Drittes Beispiel. Es wird Folgendes kritisiert – ich zitiere –:

Nur, wer vom Bürger verlangt, den Gürtel enger zu schnallen, der sollte selbst für mehr Offenheit sorgen. Denn was dem Wahlvolk gern verschwiegen wird: Der Teilzeitabgeordnete bekommt neben der relativ moderaten Grunddiät von 8 475 DM noch ein dickes Zubrot.

Dann kommen die Unkostenpauschalen. Wer sagt, das würde dem Bürger verschwiegen, führt die Öffentlichkeit irre. Das kann in genauer Zahl aus zwei Landtagsdrucksachen und aus der Pressemitteilung „Landtagspräsidium stimmt Diätenerhöhung zu“ entnommen werden. Da sind die exakten Beträge aufgeführt, nicht nur die prozentuale Erhöhung. Deshalb meine ich, etwas korrektere Berichterstattung wäre angemessen,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU und des Bündnisses 90/Die Grünen)

insbesondere auch deshalb, weil ja die Berichterstatter selbst beurteilen können, ob unsere Entschädigungen angemessen sind oder nicht.

Ich habe mich deshalb um eine neue Vergleichsgruppe bemüht

(Heiterkeit bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

und bei der Geschäftsstelle des Deutschen Journalistenverbandes nachgefragt. Ein Tageszeitungsredakteur verdient ab dem elften Berufsjahr ungefähr 103 000 DM, also so viel wie ein Abgeordneter.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Redakteure des SWR verdienen im Normalfall nach acht Berufsjahren ungefähr 100 000 DM im Monat.

(Heiterkeit – Zuruf des Abg. Kluck FDP/DVP)

– Im Jahr, Entschuldigung. Da kann noch nicht einmal der Intendant mithalten. – Die höchste Gehaltsstufe des Tageszeitungsredakteurs, also nicht in einer leitenden Funktion, ist 130 000 DM, also ungefähr Oberstudiendirektor, allerdings nicht mit Pension, sondern mit Angestelltenversicherung. Ich habe diese Vergleichszahlen nur erwähnt, um darzustellen, dass bei einem vergleichbaren Einkommen auch eine anständige Berichterstattung zu erwarten wäre.

Wir stimmen dem Gesetzentwurf zu.

(Beifall bei der SPD, der CDU, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Jacobi.

Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin der Überzeugung, dass wir wirklich ehrlich und mit großem Selbstbewusstsein diese Erhöhung auch in der Öffentlichkeit vertreten können. Deswegen wird unsere Fraktion der vorgeschlagenen Erhöhung zustimmen.

Wenn Sie sich einmal die Einkommenszuwächse in anderen Bereichen in den letzten Monaten, im letzten Jahr anschauen, dann müssen Sie einfach feststellen, dass die Prozente, die sich jetzt der Landtag hier beschließt, absolut im mittleren Bereich liegen und nicht irgendwie überzogen, überhöht sind. Was die Erhöhungen der Kostenpauschale angeht, sind das keine Einkommenszuwächse, sondern ist das ein Nachvollziehen von Preissteigerungen. Auch hier ist ganz klar das nachvollzogen, was sich insgesamt in unserem Preissystem in der Bundesrepublik Deutschland entwickelt hat.

Wir werden der Erhöhung auch deswegen zustimmen, weil wir der Meinung sind, dass die Einkünfte von Abgeordneten im Landtag von Baden-Württemberg nicht gegenüber vergleichbaren Einkommen in der Gesellschaft absinken sollten, sondern diese Einkommensentwicklung mitgegangen werden sollte.

Der zweite Punkt: Es wurde in der letzten Debatte ein Vergleich angeführt zwischen den Einkommenssteigerungen für die Abgeordneten hier im Landtag und den Steigerungen bei Renten, die nur 0,6 % betragen. Dies wurde als Argument dafür benutzt, dass diese Erhöhung zu hoch sei.

Ich glaube, meine Damen und Herren, dass dieser Vergleich einfach nicht zulässig ist, dass er falsch ist. Genauso wenig, wie sich die Bezüge der Abgeordneten mit dem BAföG, mit dem Kindergeld oder mit dem Zinsniveau vergleichen lassen, lassen sie sich mit den Renten vergleichen. Sie lassen sich einzig und allein mit Einkommen aus der Wirtschaft oder anderen, vergleichbaren Bereichen vergleichen. Denn das ist ja die Alternative für die Abgeordneten. Die Einkommen der Abgeordneten sind ja auch die Alternative für Leute aus der Wirtschaft oder anderen Bereichen der Gesellschaft, die sagen: Okay, wir wagen es, wir gehen in den Landtag, wir wechseln unser berufliches Umfeld, und wir übernehmen diese Aufgabe für eine bestimmte Zahl von Jahren.

Wenn man nicht will, meine Damen und Herren, dass ausschließlich niedere oder vielleicht mittlere Einkommens-

(Jacobi)

gruppen sich für einen Sitz hier im Landtag interessieren, sondern wenn man will, dass auch gehobene oder vielleicht höhere Leute aus dem Bereich der Wirtschaft oder anderen Bereichen der Gesellschaft den Schritt gehen – und das wäre eigentlich sehr zu begrüßen –, im Landtag von Baden-Württemberg politische Verantwortung zu übernehmen, dann muss man auch dafür sorgen, dass die finanzielle Ausstattung für Abgeordnete angemessen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Dritter Punkt, meine Damen und Herren: Bei der Ersten Beratung dieses Gesetzentwurfs wurde angeführt, dass jetzt zweimal die Erhöhungen beim Benzinpreis eingerechnet worden seien. Meine Damen und Herren, dies ist nicht der Fall. Zum einen sind die Kostensteigerungen durch Benzinpreiserhöhungen nachvollzogen, was die Fahrtkostenpauschale angeht. Meines Wissens steigt deswegen die Fahrtkostenpauschale um 5 %. Diese Fahrtkostenpauschale ist für Aufwendungen, die die Abgeordneten im Zusammenhang mit ihrem Mandat, zum Beispiel in ihrem Wahlkreis, haben.

Etwas anderes ist es, wenn bei den allgemeinen Preisentwicklungen, die ja auch bei der Diätenerhöhung relevant werden, wiederum zu einem kleinen, geringen Teil – einem irgendwie null Komma irgendetwas gearteten Prozentsatz – die Benzinpreise in der Tat einfließen. Dies bezieht sich aber dann auf die Ausgaben, die jeder von uns auch als Bürger hat, wenn er beispielsweise privat oder in irgendeiner anderen Funktion unterwegs ist und dabei für Benzin mehr zu bezahlen hat.

Diese beiden Dinge muss man klar voneinander trennen. Diese Erhöhungen, die jeder hat – privat oder in anderen Funktionen –, fließen in der Tat auch bei der Berechnung der Steigerungsrate der Einkünfte der Abgeordneten zu, wie gesagt, null Komma irgendetwas Prozent ein. Dies hat aber nichts damit zu tun, dass bei der Fahrtkostenpauschale, die dafür gewährt wird, dass Abgeordnete quasi mandatsbedingt unterwegs sind, höhere Aufwendungen erstattet werden.

Meine Damen und Herren, schlussendlich: Unsere Fraktion stimmt diesen Erhöhungen zu, weil wir sie für absolut moderat halten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Drautz.

Abg. Drautz FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wenn es um die Angemessenheit der Entschädigung geht, kommt es natürlich immer zu Diskussionen und schlagen die Wellen hoch. Ich muss aber feststellen, dass ich die Ausführungen meiner Vorredner voll und ganz unterstützen kann.

(Abg. Zeller SPD: Also, setzen!)

– Nicht setzen, Herr Nagel.

(Abg. Nagel SPD: Das war der!)

Ich habe meine eigenen Vorstellungen, zu denen ich kurz noch ein paar Takte sagen möchte.

(Abg. Capezzuto SPD: Aber kurz!)

Ich als selbstständiger Unternehmer möchte bei diesem Tagesordnungspunkt feststellen,

(Abg. Zeller SPD: Wie heißt das Unternehmen?)

dass wir Abgeordnete eine gute Mischung der Berufe in der Bevölkerung sein sollen. Wenn es um die Festlegung der Diäten geht, kann es nicht sein, dass man sich am öffentlichen Dienst oder an der Beamtenbesoldung orientiert. Dies möchte ich heute noch einmal klar feststellen. Zu diesem Punkt verweise ich auf meine Ausführungen in der Plenarsitzung vom 28. Juni, wo ich dieses Thema anlässlich der Ersten Beratung des Gesetzentwurfs ausführlich behandelt habe.

Ich möchte angesichts der moderaten Erhöhung auch klar sagen, dass wir uns an der Untergrenze bewegt haben. Wenn wir uns die Tarifabschlüsse quer durch alle Branchen anschauen, stellen wir fest, dass wir sehr moderat gehandelt haben.

Ich finde es auch gut, dass wir für die zukünftigen Abgeordneten des Landtags, der im nächsten Jahr gewählt wird, mitentscheiden, damit diese nicht als Erstes über eine Diätenerhöhung befinden müssen. Ich finde es gut, dass wir die Erhöhung für das nächste Jahr in der gleichen moderaten Höhe wie für dieses Jahr beschließen.

(Abg. Deuschle REP: Na ja, dies ist ein windiges Beispiel!)

Ich möchte noch kurz auf die Fahrtkostenpauschale eingehen, weil sie derart stark in der Kritik gestanden ist. Bei dieser Fahrtkostenpauschale ist es tatsächlich so, wie der Kollege Jacobi schon gesagt hat: Dies ist ein Ausgleich für Fahrtkosten, für Aufwendungen, die man hat. Das ist kein verdientes Geld. In der Regel sind die Kosten höher als der Betrag, den wir erhalten. Wir haben ab dem 1. Januar die Fahrtkostenpauschale für die Landesbediensteten von 52 Pfennig auf 58 Pfennig angehoben, also um über 10 %. Trotzdem begnügen wir uns mit 5 %, da wir auch bei der Fahrtkostenpauschale zeigen wollen, dass wir dafür sind, energiesparend unterwegs zu sein.

Ich möchte in dieser Hinsicht auch die SPD-Fraktion nochmals auffordern, an die Bundesregierung zu appellieren, dass die Landesbediensteten die Erhöhung um 6 Pfennig von 52 auf 58 Pfennig nicht als zusätzlichen geldwerten Vorteil versteuern müssen, sondern dass auch der Bund die Pauschale von 52 auf 58 Pfennig erhöht. Dies ist mir wichtig, da auch hier Gerechtigkeit herrschen muss.

Meine Fraktion wird dem Gesetzentwurf zustimmen.

Danke.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Deuschle.

Abg. Deuschle REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir entscheiden heute über den Gesetzentwurf von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen zur Änderung des Abgeordnetengesetzes.

(Abg. Kluck FDP/DVP: Sie haben das „DVP“ vergessen!)

Dies geschieht in einer Zeit, in der viel über die Funktionsverluste der Landtage allgemein und damit auch des Landtags von Baden-Württemberg gesprochen wird. Einerseits wirkt sich die EU-Gesetzgebung immer mehr auf Bund und Länder aus; wir werden immer mehr zu bloßen Abnickern der Entscheidungen von Brüssel und Straßburg. Andererseits fallen wichtige bundesstaatliche Entscheidungen in Bund-Länder-Gremien, in denen nur die Landesregierungen, aber nicht die Landtage einbezogen sind. Ich denke an den Vermittlungsausschuss zwischen Bundestag und Bundesrat und an informelle Zirkel, die wie bei der Steuerreform Entscheidungen mit großen finanziellen Auswirkungen für uns alle treffen. Deshalb wäre es sehr wichtig, dass der Landtag dem entstandenen Eindruck so weit wie möglich entgegenwirkt, indem er die verbliebenen Kompetenzen selbstbewusst nach außen wahrnimmt.

Ich frage deshalb in aller Öffentlichkeit: Welches Bild macht es eigentlich, wenn die Landtagssitzungen, vor allem donnerstags, immer kürzer werden? Auch heute werden wir mit unseren Beratungen kurz nach 16 Uhr zu Ende sein. Warum haben die Grünen gestern einen Tagesordnungspunkt absetzen lassen und CDU und FDP/DVP heute jeweils einen anderen?

(Zurufe von der CDU und der FDP/DVP)

Nimmt man in diesen Fraktionen den Landtag eigentlich gar nicht mehr ernst? Wir Republikaner sehen hier eine Fehlentwicklung. Dürfen wir heute eine Diätenerhöhung beschließen und immer kürzer tagen? Welchen Eindruck macht denn dies auf viele Besucher von Plenarsitzungen,

(Zurufe von der CDU der FDP/DVP)

die nachmittags aus dem gesamten Land hierher kommen und ihre Abgeordneten sehen wollen?

Bei der Begründung der Diätenerhöhung wird argumentiert –

(Zurufe von der CDU und der SPD)

– Seien Sie doch einmal ruhig, wenn ich Ihnen hier etwas sage. Warum sind Sie denn davon betroffen?

(Beifall auf der Zuhörertribüne)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, Beifallskundgebungen auf der Tribüne sind nicht zulässig.

Abg. Deuschle REP: Trotzdem habe ich mich gefreut, meine Damen und Herren. Danke schön.

Stellv. Präsident Weiser: Sie haben sich gefreut; trotzdem sind Beifallsbekundungen auf der Tribüne nicht zulässig. Sie können sich noch so oft über unzulässige Dinge freuen – ich werde sie rügen.

Abg. Deuschle REP: Trotzdem habe ich mich über den Beifall gefreut.

Bei der Begründung der Diätenerhöhung wird argumentiert, dass die Landtagsabgeordneten nicht von der allgemeinen –

Stellv. Präsident Weiser: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Drautz?

Abg. Deuschle REP: Nein. Am Ende; jetzt aber führe ich meinen Gedanken weiter.

(Zurufe von der SPD: Welchen?)

Bei der Begründung der Diätenerhöhung wird argumentiert, dass die Landtagsabgeordneten nicht von der allgemeinen Einkommensentwicklung in der privaten Wirtschaft und im öffentlichen Dienst ausgeschlossen werden sollen und ein diesbezüglicher Verzicht für die Abgeordneten einen Einkommensrückstand bedeuten würde. Es wird also so getan, meine Damen und Herren, als ob die Abgeordneten zu den ärmsten Schluckern unserer Gesellschaft gehörten. Dabei haben manche – und ich denke nicht nur an Minister, Herr Birzele – bedeutende Nebeneinkünfte.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, hier stellt sich die Frage nach dem Maßstab. Warum orientieren wir uns nicht an der Erhöhung der allgemeinen gesetzlichen Rente um 0,6 % zum 1. Juli 2000?

(Abg. Wieser CDU: Warum nicht am Aktienindex?)

Was die Erhöhung der Reisekostenpauschale um 5 % mit dem Argument gestiegener Benzinpreise betrifft, möchte ich hier nochmals darauf hinweisen, dass auch der normale Bürger davon betroffen ist, aber keine Möglichkeit hat, diese Erhöhung wieder hereinzuholen.

(Beifall bei den Republikanern)

Eine Erhöhung der Reisekostenpauschale ist auch deshalb nicht gerechtfertigt – das habe ich Ihnen erst vor 14 Tagen erklärt –, weil dies beim Preisindex für die Lebenshaltung der privaten Haushalte in Baden-Württemberg, der sich zwischen Januar 1999 und Januar 2000 um 1,7 % erhöht hat, schon einbezogen worden ist.

(Zuruf des Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, hier ist die Solidarität der Abgeordneten und vor allem derjenigen Abgeordneten, die diese Ökosteuer politisch zu verantworten haben – sie sind verpflichtet, sich hier zu äußern –, anzumahnen.

(Beifall bei den Republikanern)

Ich sage nochmals: Wir Republikaner lehnen deshalb die vorgesehenen Erhöhungen ab.

(Deuschle)

Was nun die Diätenerhöhung betrifft, die ja mit Ihrer Mehrheit beschlossen wird, sage ich von meiner Seite, dass ich die Nettoerhöhung an karitative Einrichtungen oder Vereine spenden werde.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Capezzuto
SPD: Populismus! – Weitere Zurufe)

Stellv. Präsident Weiser: Das machen wir schon lange.

Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Aber ich bin gern bereit, Herr Deuschle, mein Spendenkonto einmal mit Ihrem zu vergleichen, und zwar in aller Öffentlichkeit.

(Heiterkeit – Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Deuschle REP: Herr Präsident, Sie haben hier eine neutrale Führung der Geschäfte vorzunehmen und nicht meine Ausführungen zu kommentieren! – Unruhe)

– Entschuldigung, ich brauche Ihre Belehrung nicht. Rügen Sie es im Präsidium! Dann werde ich meine Meinung dazu sagen.

(Abg. Deuschle REP: Ja! Gerecht bleiben!)

– Darum bemühe ich mich schon lange, aber wer solche Ausführungen macht wie Sie, der muss auch mit einer entsprechenden Reaktion rechnen.

Meine Damen und Herren, wir kommen in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g**. Der Ständige Ausschuss empfiehlt Ihnen auf Drucksache 12/5344, dem Gesetzentwurf unverändert zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Wer Artikel 1 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Artikel 1 wurde mehrheitlich zugestimmt.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Da sieht man, wie wenig von den Republikanern da sind! – Abg. Hauk CDU zu den Republikanern: Wo sind denn Ihre Kollegen? Wie ernst nehmen die das? – Gegenruf des Abg. Schonath REP: Die schämen sich für diese Debatte! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Ich rufe auf

Artikel 2

Wer Artikel 2 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Artikel 2 wurde mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 20. Juli 2000 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes“.
– Das Haus stimmt der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Danke. Wer dem Gesetz nicht zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Vielen Dank. Dem Gesetz wurde damit mehrheitlich zugestimmt.

Damit ist Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Erprobung elektronischer Bürgerdienste unter Verwendung der digitalen Signatur (e-Bürgerdienste-Gesetz) – Drucksache 12/5240

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 12/5312

Berichterstatter: Abg. Fischer

Der Berichterstatter wünscht das Wort nicht.

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für eine All-gemeine Aussprache über den Gesetzentwurf eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Das Wort hat Herr Abg. Rech.

Abg. Rech CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! In der Informations- und Kommunikationstechnologie stecken – das bedarf keiner weiteren Erwähnung – enorme Chancen, und diese Chancen müssen wir auch in der öffentlichen Verwaltung unseres Bundeslandes nutzen. Diese Chancen können im Ergebnis dazu führen, wenn wir sie sinnvoll nutzen, dass wir die Verwaltung noch bürgerfreundlicher machen und dass wir die Bürokratie noch effizienter abbauen, als wir es gegenwärtig schon tun. Dem Thema ist also eine hohe Priorität einzuräumen. Ungeachtet dessen werde ich meine Ausführungen auf wenige Stichworte begrenzen, weil wir uns, wenn ich es richtig sehe, weitgehend einig sind.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wollen wir einen großen Schritt in Richtung Bürokratieabbau und dienstleistungsfreundliche Verwaltung gehen. Der Gesetzentwurf schafft die gesetzlichen Voraussetzungen dafür, dass den Bürgern in naher Zukunft unnötige Gänge aufs Amt erspart bleiben und die Ausfüllung von Formularen bald überflüssig sein wird, weil zum Beispiel Bauanträge oder die Beteiligungen an öffentlichen Ausschreibungen von zu Hause aus über den heimischen Computer erledigt werden können.

Es freut mich, meine Damen und Herren, dass von Anfang an – dies müssen wir feststellen – die Kommunen und Landkreise ein großes Interesse gezeigt haben und dass sie sich vor allem auch an den Pilotprojekten des Landes beteiligt haben. Wenn die Bundesregierung endlich der von Baden-Württemberg initiierten Entschließung des Bundesrats Folge leisten würde und für ihren Bereich ebenfalls die gesetzlichen Grundlagen schaffen würde, wäre der Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen unseres Landes noch viel größer, denn gerade im Bereich Steuern oder im Bereich Verkehr – denken Sie an die Viel-

(Rech)

zahl der Pkw-Zulassungen – wäre die Entlastung noch deutlicher. Deshalb fordern wir hier die Bundesregierung noch einmal auf, im Bereich elektronischer Bürgerdienste endlich ihre Hausaufgaben zu machen.

Meine Damen und Herren, die Ausschussberatung hat inhaltlich keine Veränderung gegenüber dem ursprünglichen Gesetzentwurf gebracht. Wir möchten dennoch eine Zielmarke für die flächendeckende Umsetzung gesetzt wissen. Das heißt, bis Ende 2005 sollte allen Bürgern des Landes Baden-Württemberg die Online-Erledigung aller Verwaltungsvorgänge per Computer möglich sein.

Die CDU-Fraktion stimmt dem vorliegenden Gesetzentwurf mit Freude zu.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser
FDP/DVP – Abg. Hans-Michael Bender CDU:
Sehr gut!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Grünstein.

Abg. Rosa Grünstein SPD: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Bereits in der ersten Lesung habe ich für die SPD-Fraktion den Gesetzentwurf zur Erprobung elektronischer Bürgerdienste als längst fälligen, wichtigen Schritt in die richtige Richtung begrüßt. Meine Fraktion wird sich diesem Gesetz selbstverständlich nicht verschließen und wird dem Entwurf zustimmen.

(Abg. Bloemecke CDU: Das langt doch!)

Allerdings erwarte ich von Herrn Innenminister Schäuble eine klarstellende Äußerung zu der Formulierung am Ende von § 1 Abs. 1 des Entwurfs. Danach werden die jeweils zuständigen Minister unter anderem dazu ermächtigt, eine abweichende Regelung hinsichtlich „der Zahl der vorzulegenden Unterlagen“ zu treffen. In der Begründung des Gesetzentwurfs heißt es hierzu, dass beim Erlass der Rechtsverordnung auch überprüft werden soll, ob geforderte Unterlagen für das konkrete Verwaltungsverfahren wirklich unverzichtbar sind, sei dies nun im Schulwesen, im Bau-recht oder bei umweltrechtlichen Genehmigungsverfahren. Das kann aber meinem rechtsstaatlichen Verständnis nach sicherlich nicht bedeuten, dass nun per Rechtsverordnung die Pflicht zur Vorlage von für den materiell-rechtlichen Prüfungsumfang erforderlichen Unterlagen abgeschafft werden kann. Es kann hier vielmehr nur um die Abschaffung von Doppelinformationen gehen bzw. von Informationen, die aufgrund veränderter Sach- oder Rechtslage nicht mehr erforderlich sind. Ich bitte Sie, Herr Innenminister, hierzu eine klare Aussage zu machen.

Da wir gerade beim Rechtsstaatsverständnis sind, will ich noch kurz über die Beratung im Innenausschuss informieren. Wenn der Herr Minister dabei anwesend gewesen wäre, wäre es mir heute nicht so wichtig gewesen, dass seine Aussage protokolliert wird. Die Abgeordneten von CDU und FDP/DVP brachten im Rahmen der Beratungen über den Gesetzentwurf zur Erprobung elektronischer Bürgerdienste einen gemeinsamen Änderungsantrag zu diesem Gesetzentwurf ein, der die Zuständigkeit und Organisation – man mag es kaum glauben – der Landesforstverwaltung

neu regeln sollte. Erstens handelt es sich bei einem solchen Änderungsantrag, der keinerlei inhaltlichen Bezug zum Beratungsgegenstand hat, um ein selbstständiges Gesetzesvorhaben, das einer Ersten und Zweiten Beratung bedarf, und zweitens bedarf dieser Antrag einer Beratung im Ausschuss für ländlichen Raum und Landwirtschaft und nicht im Innenausschuss.

Entsprechendes gilt für die ebenfalls im Rahmen eines unselbstständigen Änderungsantrags eingebrachten Änderungen des Meldegesetzes, die keinerlei inhaltliche Anknüpfung zum vorliegenden Gesetzentwurf haben und wovon dem Landtag nicht – wie nach der Verfassung und der Geschäftsordnung vorgesehen – das Ergebnis einer Anhörung der betroffenen Gemeinden vorgelegt wurde. Diese Vorgehensweise ist höchst erstaunlich und lässt eigentlich nur einen Schluss zu, nämlich dass hier geschlampt wurde und längst überfällige Regelungen nicht rechtzeitig auf den dafür erforderlichen parlamentarischen Weg gebracht wurden und jetzt nach Art des Kuckucks in ein fremdes Nest gelegt werden sollten. Dies darf aber nicht auf Kosten eines rechtsstaatlichen parlamentarischen Verfahrens gehen. Deshalb haben wir den Änderungsantrag zurückgewiesen und auf den rechtmäßigen Weg aufmerksam gemacht. Daraufhin zogen die Antragsteller ihren Kuckucksantrag kleinlaut wieder zurück.

Zurück zum eigentlichen Inhalt des Gesetzentwurfs. Lassen Sie mich abschließend noch etwas zur Notwendigkeit des elektronischen Verwaltungsservice sagen.

Die Einrichtung dieser neuen Kommunikationswege zwischen Bürgerinnen und Bürgern und der Verwaltung kann – das liegt auf der Hand – allen Beteiligten viel Zeit und Wege ersparen. Auf diese Weise könnten sie sich das Rathaus ins Wohnzimmer holen: Die Behörde kommt zum Bürger und nicht umgekehrt.

Um diese Entwicklung effektiv voranzutreiben, müssen Bund, Länder und Kommunen an einem Strang ziehen und die notwendigen rechtlichen, organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen schaffen. Denn eines ist gewiss: Diese Entwicklung wird sich schnell bezahlt machen, und zwar für alle Beteiligten, wenn sie in der richtigen Art und Weise praktiziert wird.

Die Bundesregierung hat ihrerseits Pilotprojekte zur Erprobung der neuen Techniken im Verwaltungsablauf gestartet. Das Bundesinnenministerium und das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen arbeiten dabei gemeinsam an möglichen Vereinfachungen. Das Bundeswirtschaftsministerium fördert mit 60 Millionen DM ein dreijähriges Projekt in Bremen, Nürnberg und Esslingen zur Erprobung der Onlinetechnik in Verwaltungsverfahren.

Ich kann daher Herrn Innenminister Schäuble nur auffordern: Erproben Sie die Möglichkeit der elektronischen Bürgerdienste im Lande. Erproben Sie sie aber zügig, und unterstützen Sie die Kommunen und Landkreise bei dieser Entwicklung mit allen erforderlichen Mitteln. Die Zeit läuft.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Jacobi.

Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Unsere Fraktion wird dem Gesetzentwurf zustimmen. Ich möchte jetzt nicht die ganzen Argumente wiederholen. Ich möchte ausdrücklich auf den Beitrag des Kollegen Rech Bezug nehmen, dessen Ausführungen ich hundertprozentig unterschreiben kann.

(Abg. Wieser CDU: Abgeschrieben! – Minister Dr. Replik: Guter Mann!)

Das kommt nicht oft vor. Ich möchte es deswegen ausdrücklich hier erwähnen. Ich will die Argumente also nicht noch einmal wiederholen.

Ich kann auch auf die Ausschussberatung Bezug nehmen, die wir sehr einvernehmlich geführt haben – allerdings nicht, was den Änderungsantrag angeht; da haben Sie völlig Recht, Frau Kollegin. Aber was das eigentliche Thema des Gesetzentwurfs angeht, gibt es eine große Einigkeit.

(Beifall des Abg. Wieser CDU)

Ich will also meine Ausführungen aus der Ausschussberatung auch nicht wiederholen und will auch nicht wiederholen, was ich bei der Ersten Beratung hier gesagt habe. Ich will nur noch einmal erklären, dass wir diesem Gesetzentwurf zustimmen.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen und der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Veigel.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Abg. Veigel FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wie hier schon mitgeteilt wurde, wurde der vorliegende Gesetzentwurf im Innenausschuss eingehend beraten. Der Ausschuss kam zu dem Ergebnis, diesen Entwurf unverändert zur Zweiten Beratung zu bringen und vom Landtag beschließen zu lassen. Ich stelle fest, dass unter den Fraktionen eine weitgehende Einigkeit besteht.

(Beifall des Abg. Wieser CDU)

Man braucht also nichts mehr über die Beratung im Ausschuss zu sagen.

Herr Kollege Rech, Sie haben den Vorschlag gemacht, eine Zielmarke bis zum Jahr 2005 zu setzen. Ich glaube, dem können wir uns anschließen;

(Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Sehr gut!)

denn gerade bei dieser Materie muss im Dienste und zum Nutzen unserer Bürger weitergearbeitet werden. Da können wir uns das Jahr 2005 eigentlich zum Ziel nehmen.

(Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Wie bei der Steuerreform!)

Man kommt mit diesem Gesetz dem Bürger weitgehend entgegen. Wie die Überschrift dieses Gesetzes zeigt, geht

es ausdrücklich um Erprobung. Das Thema ist also im Fluss, und wir werden uns in Zukunft weiter damit beschäftigen müssen.

Mit diesem Beginn zeigen das Land und die Kommunen, dass Bürger und Unternehmen eine effiziente, leistungsfähige und vor allem kundenorientierte Verwaltung vorfinden werden. Diese Instrumente sind im wahrsten Sinn des Wortes Signatur für eine moderne Verwaltung im Dienst der Bürger und der Wirtschaft. Über die Vorteile ist heute bereits ausführlich geredet worden. Ich habe dem nichts hinzuzufügen.

Ich stelle fest: Erstens: Die Einführung elektronischer Bürgerdienste muss schnell auf den Weg gebracht werden. Zweitens: Dadurch erreichen wir Verwaltungsvereinfachung und bürgerfreundlichere Verwaltung.

Den Kommunen gebührt Dank für ihre konstruktive Vorarbeit und Mitarbeit. Meine Damen und Herren, eine ständige Überprüfung und Begleitung der Materie muss gewährleistet sein.

Wir stimmen dem Gesetzentwurf zu.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Göbel CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Käs.

Abg. Käs REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der ersten Lesung habe ich für die Fraktion Die Republikaner bereits ausführlich begründet, warum wir diesem Gesetzentwurf zustimmen wollen. Ich werde das jetzt nicht wiederholen.

(Abg. Hehn CDU: Gut!)

Da der Änderungsantrag der die Regierung tragenden Fraktionen heute auch nicht mehr zur Debatte steht, darf ich in diesem Zusammenhang auf die völlig richtigen Ausführungen der Kollegin Grünstein verweisen. Das Verfahren haben wir auch im Innenausschuss kritisiert. Wir können das gerne extra beraten; das ist überhaupt kein Problem.

Meine Fraktion wird dem Gesetzentwurf zustimmen.

Vielen Dank.

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Innenminister Dr. Schäuble.

(Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Kurz und schmerzlos!)

Innenminister Dr. Schäuble: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich höre schon die Aufforderung „kurz und schmerzlos“.

Ich bedanke mich zunächst einmal für die allseitige Zustimmung zu diesem Gesetz zur Erprobung elektronischer Bürgerdienste. Was gesagt worden ist, ist richtig. Ich möchte mich bei unseren Fachleuten bedanken, die dieses Gesetz entwickelt und vorangetrieben haben.

Ich möchte mich auch bei den Kommunen in Baden-Württemberg bedanken, die bundesweit eine führende Rolle spielen. Ich nenne Esslingen und auch Ostfildern. Ich darf darauf hinweisen, dass wir bei diesen modernen Methoden,

(Minister Dr. Schäuble)

die für die Bürger zu Erleichterungen führen sollen und auch führen werden, bundesweit bereits eine Spitzenposition eingenommen haben. Andere werden zweifellos nachziehen.

Frau Kollegin Grünstein, ich darf gerne noch einmal bestätigen, was Sie vorhin verlangt haben. Herr Ministerialdirektor Eckert hat dies schon im Innenausschuss erklärt. Ich bitte noch einmal um Verständnis für meine Abwesenheit. Ich wäre gern persönlich anwesend gewesen, aber an diesem Tag war, wie Ihnen sicherlich bekannt geworden ist, der Herr Bundespräsident in Baden-Württemberg zu Besuch.

Ich darf auch bei der zweiten Lesung in diesem hohen Haus bestätigen, dass der Prüfungsumfang nach materiellem Recht nicht vermindert wird. Es geht um Formalien, zum Beispiel dass man nicht so viele Durchschriften wie manchmal verlangt beifügen muss.

Beim Thema Änderungsantrag habe ich für die Reaktion der Opposition Verständnis. Ich will aber noch einmal klarstellen, jedenfalls was den Änderungsantrag zum Meldegesetz, der mein Ressort betrifft, angeht: Das ist kein böser Wille. Die Anhörung der kommunalen Seite war auch deshalb nicht notwendig, weil der Wunsch zur Änderung des Meldegesetzes ja von der kommunalen Seite an uns hergetragen wurde. Dass diese Änderung nicht heute erfolgt, ist kein Beinbruch. Wir werden alsbald bei einem anderen Gesetz die Möglichkeit haben, diesen Wunsch der kommunalen Seite umzusetzen.

Insgesamt darf ich mich noch einmal für die breite Zustimmung in diesem hohen Haus bedanken.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, wir kommen damit zur **A b s t i m m u n g**. Der Innenausschuss schlägt Ihnen in seiner Beschlussempfehlung Drucksache 12/5312 vor, dem Gesetzentwurf der Landesregierung unverändert zuzustimmen.

Da keine Änderungsanträge gestellt worden sind, werde ich mit Ihrem Einverständnis über alle Paragraphen zusammen abstimmen lassen.

Wer also den

§§ 1 bis 4

zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 20. Juli 2000 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Erprobung elektronischer Bürgerdienste unter Verwendung der digitalen Signatur (e-Bürgerdienste-Gesetz)“. – Das Haus stimmt der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Danke. Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das Gesetz ist einstimmig angenommen.

Damit ist Tagesordnungspunkt 7 erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 12/5309, 12/5340, 12/5341, 12/5342

Sie stimmen den Beschlussempfehlungen zu.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 9** auf:

Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten sowie zu Eingaben – Drucksachen 12/5311, 12/5348

Sie stimmen den Beschlussempfehlungen mit dem gleichen Abstimmungsverhalten wie in den Fachausschüssen zu.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 13. Juni 2000, Az.: 2 BvF 1/00 – Verfassungsgerichtliches Verfahren zur Überprüfung der Entscheidung des Hessischen Wahlprüfungsgerichts – Drucksache 12/5345

Berichterstatter: Abg. Dr. Reinhart

Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 11** auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 23. Juni 2000 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; Mitteilung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften „Die Beschäftigung vor Ort fördern – Eine lokale Dimension für die europäische Beschäftigungsstrategie“ – Drucksachen 12/5303, 12/5316

Berichterstatter: Abg. Haas

Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Tagesordnung angelangt.

Die nächste Plenarsitzung – sie ist zusätzlich anberaumt worden – findet am nächsten Donnerstag, dem 27. Juli 2000, 11:00 Uhr statt. Die Tagesordnung ist Ihnen bereits zugegangen. Einziger Tagesordnungspunkt ist die Verabschiedung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan für die Jahre 2000 und 2001 in Zweiter und Dritter Beratung.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 15:52 Uhr